

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,60 Mk. im voraus zahlbar, Halbjahres 12,50 Mk. einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Zustellungsgebühren. Kundenabonnement 6,- Mk. pro Monat für Käufer mit regelmäßiger Druckformerteilung 5,- Mk.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“ illustrierte Beilage „Welt und Zeit“, „Berliner Frauenstimme“, „Technik“, „Bild in die Zukunft“, „Jugend-Vorwärts“, „Stadtschau“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einzige Konparatabelle 80 Pf. Postgebühr 5,- Pf. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 25 Pf. (einschließlich des fertigen Wortes), jedes weitere Wort 12 Pf. Rabatt 11. Zahl. Bestellungsfrist des ersten Wortes 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familienanzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags von 9 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, D. S. u. W. C. - G. e. l., Depositent, Jerusalemstr. 65-66.

Tag der Jungen.

Das Jugendprogramm auf dem Parteitag.

F. St. Leipzig, 4. Juni. (Eigenbericht.)

Genau genommen, war dieser Donnerstag der zweite Tag der Jungen auf dem Leipziger Parteitag. Der erste war jener Sonntag, an dem die Zehntausende und aber Zehntausende junger Menschen in blauen Blusen mit roten Schlipfen, im Sportdress oder in Reichsbanneruniform an dem Volkshaus vorbeimarschierten. Jener Tag hat bewiesen, daß die Partei nicht ohne Erfolg von neuen Mitteln Gebrauch gemacht hat, um die Jugend an ihre Fahnen zu fesseln. Aber bunte Farben und blinkendes Metall, Fanfaren und Trommeln können nur locken, nicht binden. Binden kann nur die gemeinsame Idee, für die das feistliche Gepränge der Ausdruck sein soll. Am Donnerstag ging es um das geistige Band, das die Jugend mit der Partei verbindet.

Vielleicht wäre es zu dieser wichtigen und interessanten Aussprache nicht gekommen, wenn nicht die Jungsozialisten durch ihr katastrophales Versagen den unmittelbaren Anlaß zu ihr gegeben hätten. Insofern kann man ihnen ein gewisses Verdienst zusprechen — ein letztes und vielleicht ein einziges. Damit soll natürlich nichts gegen die einzelnen Mitglieder der Jungsozialistengruppe gesagt sein — ihnen können die Erfahrungen, die sie mit einer mißglückten Organisation gemacht haben, für ihre künftige Arbeit in der Partei nur von Nutzen sein.

Der Jungsozialismus ist an dem Versuch, eine Richtung in der Partei sein zu wollen, zugrunde gegangen. Für den jungen Sozialismus und die jungen Sozialisten eröffnet sich in der Sozialdemokratischen Partei ein desto freieres Betätigungsfeld.

Nach den rednerischen Meisterleistungen Larnows, Breitscheids und Söllmanns stand Dillenbauer vor keiner leichten Aufgabe. Inbes kann man mit gutem Gewissen sagen, daß der Dreißigjährige mit seinen älteren Vorbildern erfolgreich konfrontiert hat — nicht bloß, was die Länge des Referats, sondern auch was seinen Inhalt und seine rednerische Form betrifft. Leichter als er hatte es der folgende Redner Löwenstein. Ihm war für seinen Bericht aus der Bewegung der Kinderfreunde Sympathie und Beifall des Parteitag ohne Unterschied der Richtung — oder wie man seit Larnows Rede sagt, der „Schattierung“ — von vornherein gewiß.

In der folgenden Debatte fand die Rede des Vertreters der Sozialistischen Studentenschaft, Berlowitz, besondere Beachtung. Es war das erste Mal, daß ein Repräsentant der studierenden Jugend auf einem sozialdemokratischen Parteitag zum Wort kam. Aber nicht bloß deshalb war

der Parteitag geeignet, ihm die Redezeit mehrfach zu verlängern, sondern auch, weil das, was er zu sagen hatte, ungewöhnlich interessant war.

Bei Beginn der Nachmittags-Sitzung billigte der Parteitag den Vorschlag von Wels, aus der unendlich langen Reihe der zum Wort Gemeldeten die jüngsten herauszuholen und voranzustellen. So sprachen Fliege-Dortmund, Keller-Eisenberg, Pirner-Nürnberg, Renner-Gelsenkirchen. Auch diese Rednerreihe bot ein Bild, wie es bisher noch kein Parteitag erlebt hatte, und ein ungewöhnlich erfreuliches dazu.

Es war ein glückliches Zusammentreffen, daß bei dem folgenden Punkt der Tagesordnung „Bericht des Parteivorstandes“ das jugendfrische Gesicht Max Westphals auftauchte, der vor vier Jahren als Vertreter der Jugend in den Parteivorstand gewählt worden war.

Die Sozialdemokratische Partei ist nicht überaltert, sie hat in ihren Reihen viel Jugend, mehr als irgendeine andere Partei. Aber freilich nicht so viel wie sie haben will und braucht.

„Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft.“ Dieses Wort ist auf dem Parteitag oft zitiert worden. Es ist aber nicht unbedingt richtig. Bei den Kommunisten und Nationalsozialisten treibt sich viel verlaufene Jugend herum — und doch haben sie nicht die Zukunft. Was an dieser verlaufenen Jugend wertvoll ist, wird früher oder später in die Straße einbiegen, auf der unsere Jugend marschiert.

In dieser Zuversicht hat uns der Leipziger Parteitag bestärkt.

Wels-Crispien-Bogel.

Die Wahl des Parteivorstandes.

Die Wahl des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei durch den Parteitag ergab für Otto Wels die größte Stimmenzahl. Crispien und Hans Vogel erhielten die gleiche Stimmenzahl.

Der Kandidat der Opposition zum Parteivorstand, der Reichstagsabgeordnete Seydewitz, erhielt nur 54 Stimmen; er ist nicht gewählt.

Wiedergewählt wurden die bisherigen Sekretäre. Die Wahl der Beisitzer erfolgte nach dem Vorschlag des Parteivorstandes. Die bisherigen Mitglieder wurden wiedergewählt. Neu hinzugewählt wurden Breitscheid und Litke-Berlin.

Der Kontrollkommission tritt neu bei der Leipziger Reichstagsabgeordnete Lipinski. Nicht wiedergewählt wurde Frau Agnes.

Jagennanten Schlageter-Denkmal zur Verprügelung Andersdenkender aufgefordert. Beide Gründe waren für das Verbot und seine Dauer maßgebend.

Auch die „Hessische Volkswacht“ auf 4 Wochen verboten.

Kassel, 4. Juni.
Der Oberpräsident der Provinz Hessen-Kassel hat die in Kassel erscheinende nationalsozialistische Tageszeitung Hessische Volkswacht wegen Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 auf die Dauer von vier Wochen verboten. In der Begründung des Verbots heißt es u. a.: Die Hessische Volkswacht hat in einer fortlaufenden Reihe von Artikeln ein im Jahre 1925 in der Presse erschienenes „Fremdbild“ zum Anlaß genommen, um den Regierungspräsidenten Dr. Friedensburg in Kassel in äußerst verletzender und beleidigender Weise anzugreifen. Die ganze Form, der Inhalt der Artikel lassen deutlich die böswillige Absicht des Artikelschreibers erkennen, den leitenden Beamten des Regierungsbezirks Kassel in der öffentlichen Meinung herabzusetzen und als der Achtung der Volksgenossen unwürdig hinzustellen.

Leichenschänder Stahlhelm.

Strafantrag der Witwe Eisners.

München, 4. Juni. (Eigenbericht.)
Ein Münchener Rechtsanwalt hat bei einem Stahlhelmabend in Immenstadt im Allgäu den ermordeten bayerischen Revolutionsminister Kurt Eisner bezichtigt, er sei durch ausländische Gelder bestochen worden. Die Witwe Eisners hat Strafantrag wegen Verleumdung gestellt.

Einberufung der Reichstagsfraktion.

Beratung über die Notverordnung am kommenden Freitag.

Die neue Notverordnung wird voraussichtlich erst am kommenden Montag veröffentlicht werden. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion tritt zur Beratung der durch die neue Notverordnung geschaffenen Lage am kommenden Mittwoch zusammen, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist für Freitag einberufen worden.

Die Sitzung des Ältestenrats des Reichstags, die über das Verlangen der kommunistischen Mitglieder auf Einberufung des Reichstags zu entscheiden hat, ist für Mittwoch oder Donnerstag in Aussicht genommen.

„Der Angriff“ verboten.

Wegen Beleidigung der Polizei und wegen Aufforderung zur Gewalt.

Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: Die nationalsozialistische Tageszeitung „Der Angriff“ wurde heute bis einschließlich 4. Juli 1931 verboten, und zwar auf Grund des § 1, Abs. 1, Nr. 1 und 2, und § 12, Abs. 2 der Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen. Das genannte Blatt hat trotz der eingehenden amtlichen Vorstellung über das sogenannte Fremdbild erneut dem Polizeipräsidenten von Berlin eine Fälschung vorgeworfen. Weiterhin hatte das Blatt in Beiprägung der Vorgänge anlässlich der Enthüllung des

Vor Chequers.

Vorspiel zur Revision des Young-Planes?

Heute betreten Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsaußenminister Dr. Curtius englischen Boden. Sie folgen einer „privaten“ Einladung des Premierministers Macdonald und des Staatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten Henderson, die zum erstenmal bereits während der Januartagung des Völkerbundes in Aussicht gestellt wurde. Ihre Verwirklichung ist durch das Zollunionsprojekt um mehrere Wochen verzögert worden, und vielleicht ist auch die Stimmung in England nicht mehr ganz so günstig wie vor diesem deutsch-österreichischen Diplomatenreich. Die englische Arbeiterregierung, die außenpolitisch ihre ganze Kraft auf den Erfolg der kommenden Abrüstungskonferenz konzentrieren wollte, empfand dieses Zwischenspiel schon deshalb als bedauerlich, weil es den Militaristen aller Länder einen willkommenen Vorwand bot, gegen die Abrüstungsbestrebungen Stimmung zu machen. Hoffentlich wird in Chequers nicht allzuviel Zeit darauf verwendet werden, die Lösungsmöglichkeiten für diese leidige, durch den jüngsten Genfer Beschluß nur vertagte Angelegenheit zu besprechen.

Daß die ursprüngliche Absicht der englischen Minister in der Hauptsache dahin ging, mit ihren deutschen Kollegen die Abrüstungsfrage zu erörtern, ergibt sich schon daraus, daß nur Macdonald und Henderson als Gesprächspartner in Aussicht genommen waren. Die letzte Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission hatte zu einer fast völligen Isolierung Deutschlands geführt, wobei der deutsche Vertreter Graf Bernstorff und der englische Delegierte Lord Cecil offensichtlich in einen recht scharfen Gegensatz geraten waren. Um nämlich überhaupt zu einem Ergebnis zu gelangen und die baldige Einberufung der Weltabrüstungskonferenz zu ermöglichen, hatte der Engländer in verschiedenen nicht unwesentlichen Einzelfragen sich dem französischen Standpunkt angeschlossen. Bernstorff aber hatte strikte Anweisung, unachgiebig zu bleiben, so daß zur größten Benützung der franko-polnischen Gruppe die Vorkonferenz mit einem schrillen deutsch-englischen Mißklang geendet hatte. Diese Mißbilligkeiten aus der Welt zu schaffen, war und ist wohl heute noch die Absicht der englischen Staatsmänner.

Gerade in den Tagen vor der Abreise von Brüning und Curtius haben sich übrigens Zwischenfälle gehäuft, die den deutschen Unterhändlern die Möglichkeit bieten werden, die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Rüstungsungleichheit überzeugend darzulegen. Wir meinen damit dieses fortwährende Heberfliegen deutschen Bedictes durch fremde Militärflugzeuge, das an sich ziemlich gleichgültig ist, denn bei uns gibt es nichts zu „spionieren“, das aber auf die Dauer psychologisch deshalb unerträglich ist, weil eben Deutschland allein, neben vielen anderen einseitigen Rüstungsbeschränkungen, keine Militär- und Marineflugzeuge besitzen darf. Die Stellung der deutschen Minister, die ihre englischen Kollegen von der Notwendigkeit einer wirklichen, allseitigen Abrüstung überzeugen wollen, wäre freilich noch viel günstiger, wenn nicht die geradezu verbrecherischen nationalsozialistischen Provokationen auf dem Stahlhelmtreffen in Breslau vorangegangen wären, die den Franzosen und Polen die willkommene Gelegenheit zu einem Gegendruck auf London geboten haben. Das war wieder einmal das klassische Beispiel eines von deutschen Nationalisten geführten diplomatischen Dolchstoßes in den Rücken deutscher Unterhändler.

Heute steht es aber außer Zweifel, daß die Abrüstungsfrage nicht mehr im Vordergrund der Gespräche von London und Chequers stehen wird. Vielmehr erblickt die ganze Welt in dieser Zusammenkunft den Auftakt zu einer abermaligen Aufrollung der Reparationsfrage. Eigentlich ist für eine verbindliche Besprechung dieses Fragenkomplexes auf englischer Seite der Schatzkanzler Philip Snowden unentbehrlich, aber es ist zweifelhaft, ob er, der erst kürzlich eine schwere Krankheit durchgemacht hat, an den Zusammenkünften mit den deutschen Ministern teilnehmen wird. Dennoch erwartet die gesamte englische Presse, vor allem der „Daily Herald“, der der Regierung am nächsten steht, daß die Frage einer baldigen Revision des Young-Planes den eigentlichen Beratungstoff von Chequers bilden wird.

Allgemein wird in England anerkannt, daß eine Wiederaufröhlung des Reparationsproblems berechtigt ist. Die Entwicklung der Weltwirtschaft seit den Haager Konferenzen hat die Voraussetzungen für die Durchführbarkeit des Young-Planes vollkommen erschüttert. Einmal hat durch das beträchtliche Sinken der Weltmarktpreise, das gleichbedeutend ist mit einer entsprechenden Steigerung des

Wertes des Goldes, die tatsächliche Höhe der deutschen Reparationslasten wesentlich zugenommen; andererseits hat die Verschärfung der Wirtschaftskrise und die damit zusammenhängende wachsende Zahl von Erwerbslosen die Reichsfinanzen dermaßen in Anspruch genommen, daß die Durchführung der Haager Verpflichtungen immer schwieriger wird. Mit dem im Plan vorgesehenen Moratorium, das Deutschland von sich aus für einen Teil der Zahlungen anmelden darf, ist uns nicht gedient. Wohl könnte uns eine große Anleihe im Augenblick helfen, sie muß sogar im Interesse der Arbeitsbeschaffung jedenfalls erstreckt werden, aber eine wirkliche Lösung der Krise bringt sie nicht. Was notwendig ist, ist eine Generalrevision der Reparationsverpflichtungen.

Mit Recht wird allerdings auf englischer Seite schon jetzt darauf hingewiesen, daß England allein darüber nicht entscheiden könne und daß die Zustimmung der übrigen Mitunterzeichner des Haager Abkommens für die Einberufung einer neuen Reparationskonferenz erforderlich sei. Aber England kann uns sicherlich dabei helfen, vor allem, indem es auf Frankreich und noch mehr auf Amerika in diesem Sinne einwirkt. Es wird die Aufgabe des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers sein, ihre britischen Partner für diese Idee zu gewinnen. Deshalb war es auch richtig, daß noch vor der Englandreise das Reichskabinett die Notverordnung verabschiedet hat, durch die versucht wird, die ungeheuren Fehlbeträge zu decken, die die Fortdauer der Wirtschaftskrise im Reichsetat verursacht hat. Mögen die einzelnen Bestimmungen dieses Sanierungsplanes noch so angreifbar sein, es war notwendig — besonders in dem Augenblick, in dem man die Revision des Young-Planes beantragt —, der Welt den Beweis zu liefern, daß Deutschland von sich aus die äußersten Anstrengungen macht, um seine zerrütteten Finanzen in Ordnung zu bringen. Diese Maßnahmen, die freilich nach unserer Überzeugung in vielen Punkten verfehlt und ungerecht sind, werden allerdings naturgemäß eine weitere innerpolitische Zuspitzung zur Folge haben, deren Ernst man in England immer deutlicher erkennt. Die Hungerkrawalle und Plünderungen der letzten Tage, so bedauerlich sie auch sind und so wenig sie auch geduldet werden können, wenn nicht allgemeine Anarchie einreißen soll, sind dennoch ein ernstes Warnungssignal für die ganze Welt. Sie beweisen, daß Deutschland zu einer Katastrophe treibt, wenn es nicht gelingt, die Weltwirtschaftskrise und ihre Folgen in absehbarer Zeit zu überwinden. Die Reparationslasten mögen dabei durchaus nicht der entscheidende Faktor für die Fortdauer dieser Krise in Deutschland sein, aber sie bilden jedenfalls inmitten der Krise ein psychologisches Element, dessen Auswirkungen verhängnisvoll wären, wenn man das deutsche Volk nicht bald von einem wesentlichen Teil dieser Lasten befreit.

Mehr als eine erste geistige und diplomatische Vorbereitung der Revision des Young-Planes ist aus den Besprechungen dieser Tage nicht zu erhoffen. Dennoch dürfte dieser persönliche Kontakt von größtem Nutzen sein, und man darf wohl hoffen, daß er das Vorspiel bilden wird für einen weiteren Fortschritt auf dem Wege zur Liquidierung der Vergangenheit.

Alles hängt von Amerika ab.

London, 4. Juni. (Eigenbericht.)

Der „Daily Herald“ veröffentlicht in äußerst sensationeller Auffassung das Programm der Ministerbesprechung in Chequers. Sein Hauptpunkt ist natürlich die Reparationsfrage, welche die deutschen Minister im Rahmen einer Schilderung der deutschen Wirtschaftsnot berühren werden. Darüber hinaus glaubt das genannte Blatt mitteilen zu können, daß Dr. Brüning dem englischen Premierminister MacDonald sagen wird: „Wenn wir nicht dauernd von einem großen Teil der Reparationslasten befreit werden, können wir gezwungen sein, nicht nur die Reparationszahlungen einzustellen, sondern auch den Dienst für alle auswärtigen Anleihen.“ Das Blatt knüpft an diese Aussicht einen

Appell an Amerika.

in eine Schuldrevision einzuwilligen, die allein es den anderen Ländern ermöglichen könne, in eine Herabsetzung der Reparationszahlungen einzuwilligen.

In einem Leitartikel begrüßt daselbe Blatt die deutschen Minister und deutet ihren Besuch als ein Zeichen dafür, daß die

Vergangenheit endgültig begraben

und die Beziehungen Englands zu Deutschland dieselben sind wie zu irgendeiner anderen Nacht. Es warnt dann davor, angesichts der zu erwartenden Schilderung der deutschen Wirtschaftsnot in Panik zu geraten. Ein nicht geringer Fehler aber wäre, die Augen vor dem Ernste der deutschen Lage und vor den Folgen, die sie für Europa mit sich bringen könne, zu verschließen.

Überhaupt kann man in der englischen öffentlichen Meinung feststellen, daß man

der deutschen Forderung gerecht zu werden

versucht. Sogar ein Blatt wie die „Morningpost“ gibt zu, daß Deutschland einer verzweifeltsten Krise gegenüberstehe. Gleichzeitig aber wird allgemein sehr stark unterstrichen, daß die Möglichkeiten Englands, Deutschland zu helfen, gleich null sind. Man muß sich daher in Deutschland hüten, von dem Besuch in Chequers irgendeine Lösung oder auch nur eine Aussicht auf eine Lösung zu erhoffen. Die Engländer werden das größte Verständnis für Deutschlands Lage zeigen, aber nichts unternehmen, was den interalliierten Charakter der Reparationsfrage durchbrechen würde. Sie werden auf ihre Schuldenverpflichtungen gegenüber Amerika hinweisen, die ihnen nicht erlauben würde, auf ihren Reparationsanteil auch nur vorübergehend zu verzichten.

Amerikanisches Interesse für Chequers.

Washington, 4. Juni.

Einer Erklärung im Staatsdepartement zufolge betrachtet die Regierung der Vereinigten Staaten die Zusammenkunft in Chequers als eine rein private Unterhaltung zwischen den deutschen und britischen Staatsmännern. Trotzdem habe sie aber ein großes Interesse an dieser Konferenz, da sie ihr — gleichgültig, welches Resultat sich dort ergebe — einen bedeutenden Einfluß auf die außenpolitische Gestaltung während der nächsten Monate beimeße.

Mordheke der Hafent Kreuzfraktion.

Ungeheuerliche Beschuldigungen gegen die Polizeibehörden und Reichsregierung.

Die aus dem Reichstag entlaufene nationalsozialistische Reichstagsfraktion hat am Donnerstag eine Sitzung abgehalten, in der sie zwei Entschlüsse faßte. Die erste dieser Entschlüsse lautet:

„Der Terror marxistischer Mörderbanden gegen Angehörige rechtsstehender Organisationen, insbesondere Nationalsozialisten, hat in den letzten Wochen unter der Herrschaft der Rotverordnung des Reichspräsidenten von Hindenburg vom 28. März zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen jedes Maß überschritten. Selbst bürgerliche Blätter, die bisher grundsätzlich von marxistischen Mord- und Gewalttaten kaum Notiz nahmen, mußten in diesen Tagen nach der Ermordung mehrerer Stahlhelmmitglieder feststellen, daß seit der genannten Verordnung nicht weniger als 15 deutsche Männer — in Wirklichkeit sind es noch weit mehr — durch das organisierte marxistische Unternehmertum ihr Leben verloren haben. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß sich in der deutschen Bevölkerung immer mehr die Überzeugung verbreitet, daß die für die öffentliche Sicherheit verantwortliche Polizeibehörde weder den Willen, noch die Kraft habe, die marxistische Mordpest insbesondere durch Verfolgung der geistigen Urheber und Anstifter der Verbrechen (vergleiche ihre Parole: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“) wirksam zu bekämpfen, und daß die Rotverordnung des Reichspräsidenten von Hindenburg im Vollzug und in ihrer Wirkung tatsächlich zum Schutz politischer Ausschreitungen marxistischer Verbrecher und zur Unterdrückung der nationalen Opposition dient. Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion erachtet es für ihre Pflicht, den Herrn Reichspräsidenten und die Reichsregierung auf die hierüber von Tag zu Tag wachsende ungeheure Erbitterung nationaler Kreise aufmerksam zu machen, die sich schloßlos diesen Verbrechern ausgeliefert fühlen, und macht sie für alle daraus mit Notwendigkeit entstehenden Folgen schon heute verantwortlich.“

Eine solche Häufung von demagogischer Heuchelei und widerlicher Verleumdung ist selbst in nationalsozialistischen Verlautbarungen bisher noch selten erreicht worden! Die Verleumdungen gegen die Polizeibehörden und der perstet angebrachte Angriff auf den Reichspräsidenten ist jedoch noch nicht das bemerkenswerteste daran!

Diese Verlautbarung ist ein Dokument der Mordheke selbst, sie stellt sich würdig der Heke der nationalsozialistischen Presse an die Seite! Die Nationalsozialisten sind die Väter des politischen Wortes in Deutschland. Sie haben Terror und Mord in die Wohnungen ihrer Gegner getragen. Ihre Schuld wiegt nicht weniger leicht als die der Kommunisten, die mit ihnen wetteifern!

Täglich schreit die nationalsozialistische Presse „Blut!

Blut! Täglich peitscht sie die Blut- und Mordinstinkte auf im Bild und Wort! Das Wort vom „Körperroller“, das Hitler geprägt hat, die fortgesetzte Anfündigung von Köpfen, Hängen, Erschießen, die die Führer der Nationalsozialisten gegen ihre Gegner geschleudert haben, hat systematisch die Blut- und Mordatmosphäre geschaffen. Die Partei der Mordheke hat wahrlich kein Recht, sich heuchlerisch darüber zu beklagen, daß ihre blutige Saat aufgeht!

Der letzte Satz dieser Entschlüsse aber ist eine dreifache Aufforderung zum Gesetzesbruch, eine unverschämte Drohung mit dem organisierten Mord. Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion kennzeichnet sich damit selbst als geistige Urheberin des blutigen Treibens. Wir erwarten, daß die Reichsregierung die ungeheuerliche Beschuldigung, die die Väter der Mordheke gegen sie geschleudert haben, mit der größten Schärfe zurückweist!

An Heuchelei übertrifft die zweite Entschlüsse noch die erste. Sie lautet:

Die Reichsregierung hat in der Gewissheit, abermals die Zustimmung des Herrn Reichspräsidenten zu erlangen, eine neue volksfeindliche und verfassungswidrige Rotverordnung vorbereitet, die neue Lasten auf das gequälte deutsche Volk häuft und sogar vor einer Verschlechterung der Lage der Kernisten der Armen, der Erwerbslosen und der Kriegsversehrten, nicht juristisch, nur um weiter dem Tributmoloch Milliarden über Milliarden in den unerfülllichen Rachen werfen zu können. Die Reichstagsfraktion der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei legt gegen diese neuen angeblich der Sanierung der Reichsfinanzen dienenden Maßnahmen feierlich Verwahrung ein, weil sie nur zur weiteren Verelendung der wertvollen Massen des deutschen Volkes und zur völligen Vernichtung der deutschen Wirtschaft führen, und verlangt zum Zwecke ihrer Aufhebung die sofortige Einberufung des Reichstages.“

Die Leute, die die Schuld an der Verlängerung der Krise, an dem Wachsen der Arbeitslosigkeit tragen, vergießen Krokodilstränen über das Elend des Volkes! Sie wollen die neue Rotverordnung aufheben — aber wozu? Damit das Chaos eintritt, das sie zur Macht bringen soll, damit das Direktorium nach dem Herzen der Schwerindustrie jeden Schutz des Volkes gegen die Not zerbricht, damit alle Lasten auf die Schultern des arbeitenden Volkes gelegt werden sollen!

Sie wollen die Rotverordnung des Kabinetts Brüning aufheben, um durch eine Diktaturverordnung einer faschistischen Regierung die wertvollen Massen grausamem Elend preiszugeben! Das ist die Absicht, wenn die Söldlinge der Scharmacher sich als Freunde des gequälten deutschen Volkes aufspielen!

Richter Lau in Glogau.

Lau gegen Hafent Kreuzer, scharf gegen Sozialdemokraten.

Bei den Beratungen des Justizauschusses für 1931 im Preussischen Landtag ist mehr als einmal der Name des Landgerichtsdirektors Dr. Lau in Glogau genannt worden. Unter seinem Vorsitz sind wiederholt Nationalsozialisten, die in wüster Weise die Republik und ihre führenden Männer beschimpft hatten, freigesprochen oder zu ganz geringen Geldstrafen verurteilt worden. Besonders empörend waren dabei die Begründungen, die Dr. Lau seinem Urteil mitgab und die seine einseitige innere Einstellung noch klarer als das Strafmaß zum Ausdruck brachten.

Dieser Tage hatte Herr Lau einmal Gelegenheit, seine richterliche Unparteilichkeit nach der anderen Seite zu beweisen. Vor dem Erweiterten Schöffengericht in Glogau standen fünf sozialistische Arbeiter, die nach einer Versammlung in Röhwig mit Nationalsozialisten einen Zusammenstoß gehabt hatten. Die Stimmung war besonders erregt, weil am Vortage in Proskau eine Saalschlacht stattgefunden hatte, bei der die Nationalsozialisten wie die Banditen gehandelt hatten. Auch an dem Zusammenstoß in Röhwig waren die Nazis keineswegs unschuldig. Ihr herausforderndes Verhalten, ihre Kommandos „Strohe frei!“ usw. mußten von der Arbeiterschaft als Provokation empfunden werden. Schlimme Folgen hat dieser Zusammenstoß nicht gehabt. Durch einen Steinwurf wurde die Fensterhebe des Nazisolals zertrümmert und ein Nazimann leicht verletzt.

Vor Gericht kennzeichnete sich die Objektivität des Vorsitzenden Landgerichtsdirektor Lau zunächst dadurch, daß er die Angeklagten im Nazijargon als „Marxisten“ bezeichnete. Es muß das Vertrauen des Angeklagten zu seinem Richter gewaltig steigen, wenn dieser ihn mit einem Ausdruck anredet, der von seinen politischen Gegnern als Ausdruck bewusster Gehässigkeit gebraucht wird. Die Beweisaufnahme ergab die Mißhandlung der Nazis an den Zusammenstößen. Drei Angeklagten konnte keine Schuld nachgewiesen werden, das Gericht mußte sie freisprechen. Um so schärfer ging es gegen die beiden übrigen Angeklagten vor. Der Rordmacher Josef Wegler und der Arbeiter Arthur Gröz wurden zu je 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Hier merkte man nichts von der Milde, die in Glogau gegen nationalsozialistische Angeklagte üblich ist. Es handelte sich eben um „Marxisten“.

Münchmeyer belohnt.

Strafammerurteil: 100 Mark statt 3 Monate Gefängnis.

Kassel, 4. Juni.

Das hiesige Schöffengericht verhandelte am Donnerstag über die Berufung des früheren Pfarrers und jetzigen nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Münchmeyer wegen Vergehens gegen das Republiksschutzgesetz. Münchmeyer war in erster Instanz zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Gericht hob das erstinstanzliche Urteil auf und erkannte auf eine Geldstrafe von 100 M.

Der Verurteilung zugrunde liegen Äußerungen des Angeklagten in einer öffentlichen Versammlung, u. a.: „Kein Deutscher, der einen Funken Ehre im Leibe hat, kann diesem System noch Achtung entgegenbringen“, außerdem sollte Münchmeyer die preussische Regierung eine „feige Regierung“ genannt haben.

Die Zahl der unterstufen Arbeitslosen in Wien in der zweiten Hälfte des Monats Mai ist um 2149 auf 87 003 gestiegen. Damit ist der Stand um 12 630 höher als im Vorjahre, in welchem in der gleichen Zeitperiode ein Fall um 2660 zu verzeichnen war.

Grabhändler an der Arbeit.

Bandalistische Zerstörungen auf Friedhöfen.

Halle, 4. Juni. (Eigenbericht.)

In der vergangenen Nacht haben bisher noch unbekannte Bandalen auf dem Nordfriedhof 32 Grabsteine umgeworfen und zum Teil zerstört. Unter den 32 Grabsteinen befindet sich nur ein einziges Kreuz, alles andere sind große Steine, Platten oder Grabmonumente mit Aufsätzen. Auf dem gegenüberliegenden jüdischen Friedhof wurden acht große Steine und Säulen umgestürzt. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Täter in den Reihen der Nationalsozialisten zu suchen sind, die die beiden Friedhöfe, die sich gegenüberliegen, nur verwechselt haben.

Der Eindruck von Leipzig.

Was die andern sagen.

Die „Königliche Zeitung“, das führende volksparteiliche Organ Westdeutschlands, schreibt über die Auseinandersetzungen auf dem Leipziger Parteitag:

Ausschlaggebend für den Ausgang des Kampfes war die Tatsache, daß die Partei trotz mancher Mißerfolge der letzten Jahre nichts von ihrer straffen Disziplin und nichts von ihrem klassenmäßig unterbauten Zusammengehörigkeitsgefühl eingebüßt hat. Die Partei teilt zwar, wie nicht zu bestreiten ist, das Schicksal jeder älteren Organisation, aber sie ist doch noch nicht so alt, daß nicht bittere Erfahrungen und Enttäuschungen für sie eine heilsame Lehre geworden wären. Ihre jetzige schwierige taktische Lage ist eine Folge ihres selbstfertigen und rein parteipolitisch eingestellten Verhaltens im Frühjahr des vergangenen Jahres. Das Wort Hilferdings: „Wir brauchen jetzt nicht so viel zu tolerieren, wenn wir damals etwas mehr toleriert hätten“, legt Zeugnis ab dafür, daß die Partei sich heute nicht mehr im unklaren darüber ist, wohin man als Partei gelangt, wenn man immer und ausschließlich an die Interessen der Partei denkt. Aus dem Worte Hilferdings hat der Parteitag in Übereinstimmung mit der Mehrheit der Reichstagsfraktion die Kugelanwendung gezogen, daß nur die Disziplin innerhalb der Partei eine Rückversicherung gegen neue Fehlschläge und gegen die Wiederholung taktischer Irrtümer darstellt. Wer heute den stürmischen, fast jubelnden Beifall miterlebt hat, den der Parteitag dem Abgeordneten Breitzfeld spendete, als er öffentlich Buße tat für die Spaltung der alten Partei im Jahre 1916, dem drängte sich mit zwingender Klarheit die Erkenntnis auf, daß die Sozialdemokratische Partei in dem immer noch starken Klassencharakter der Organisation sich ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl bewahrt hat, das in der Wiederbefestigung der Disziplin greifbar zutage tritt.

Im Zeichen der wiedergefestigten Parteidisziplin wird also die Sozialdemokratie in ihre nächsten politischen Kämpfe eintreten. Für die bürgerlichen Parteien liegt in dieser Tatsache eine ernste Warnung vor der Unterschätzung des Gegners und eine dringende Mahnung zu rechtzeitiger Selbstbesinnung.“

Die Bombenleger im Justizhaus. Da die neuen Bemühungen um die Begnadigung der im sogenannten großen Bombenlagerprozess Verurteilten Claus Heim, Johnsen und Schmidt, abschlägig beschieden worden sind, hat man sie heute morgen aus dem Altenauer Unterjuchungsgefängnis in das Justizhaus von Celle übergeführt, wo sie ihre Strafe verbüßen werden.

Gondli ist auf einem Spaziergang über einen Eisenbahnradweg gekommen und dabei versehentlich auf ein noch glühendes Kohlenstück getreten, seine Verletzung soll nicht allzu schwer sein.

Brandstiftung im Konsumverein Halle?

Zwei Tage vor der Zwangsversteigerung.

Halle, 4. Juni. (Eigenbericht.)

In der Nacht zum Donnerstag brach in dem Keller des Zentralgebäudes des Konsumvereins Halle, in dem sich Kisten mit Baumwolle, Spirituosen, Farben und andere leicht brennbare Stoffe befanden, ein Brand aus.

Die gesamte Bevölkerung von Halle, soweit sie nicht auf die SPD. schwört, ist der Ueberzeugung, daß dieser Brand angelegt worden ist und daß ein alzu gekreuzter Fribolin des kommunistischen Geschäftsführers das von ihm in der letzten Vertreterversammlung gesprochene Wort: „Die Sozialfaschisten sollen nur die nackten Ideen brauen bekommen!“ alzu wörtlich genommen und das Feuer angelegt hat. Am Sonnabend sollen bekanntlich die Gebäude des Konsumvereins Halle zwangsweise versteigert werden.

Der Fall Davidsohn.

Als Abstinenz im Golde des Braukapitals.

Vor kurzem konnten wir feststellen, daß der „Korruptionskämpfer“ Georg Davidsohn als Führer einer Splitterbewegung der Abstinenz gleichzeitig im Golde des Alkoholkapitals gestanden hat. In einer Zuschrift an den „Vorwärts“ ging Davidsohn am Kern dieses Vorwurfs vorbei. Jetzt bringt das Amtsblatt des deutschen Guttemplerordens „Neuland“ in seiner neuesten Nummer eine Berichtigung des Deutschen Brauerbundes e. B., Propagandaabteilung, gezeichnet Dr. Vgenstein, worin unsere Behauptung in vollem Umfange von Davidsohns heimlichen Geldgebern bestätigt wird. Die dem „Neuland“ zugeführte Berichtigung des Deutschen Brauerbundes sagt nämlich:

„Es entspricht nicht den Tatsachen, daß die Propagandazentrale „aus dem Lager der Alkoholgegner einen gefährlichen literarischen Kämpfer mit einem entsprechenden Betrage zum Schweigen gebracht hat“. Wahr ist vielmehr, daß dieser „gefährliche Kämpfer“, wie sich erst später zu unserer Ueberraschung herausstellte, der Verfasser der Dabeststein-Broschüre, Herr Davidsohn, sich dadurch bei der Propagandazentrale einführte, daß er uns aus eigenem Antrieb und unter Hinweis darauf, daß er sich von der Abstinenzbewegung endgültig zurückgezogen, seine Mitarbeiterschaft und sogar auf Grund seiner im alkoholgegnerischen Lager gewonnenen intimen Kenntnisse u. a. eine Schrift gegen Herrn Professor Dr. Reinhard Strecker anbot, welsch letzteres von uns aus selbstverständlichen Anstandsgründen abgelehnt wurde.“

Die Zeitschrift „Neuland“ fügt dieser Entlarzung Davidsohns durch seine bisherigen Patrone vom Alkoholkapital noch hinzu:

„Inzwischen hat nun der „Vorwärts“ in seiner Morgennummer vom 23. Mai die Tatsache festgestellt, daß Herr Davidsohn mit dem Brauerbund Geschäfte gemacht hat. Selber konnten wir an dieser Tatsache selbst nicht mehr zweifeln, welsch auch in einem Briefe von Herrn Davidsohn an uns vom 3. Mai ein mittelbares Zugeständnis enthalten war und welsch wir ein Exemplar in Schriftstücke genommen haben, die diese Tatsache außer Zweifel stellen.“

Damit dürften die Akten über den Fall Davidsohn geschlossen sein.

Der Arbeitsplan des Landtages.

Tagung bis Ende Juni vorgesehen.

Der Preussische Landtag wird am Montag seine Kolligungen wieder aufnehmen, um vor allem den Vertrag mit der evangelischen Landeskirche zu verabschieden. Mit der Beratung soll auch das neue Pfarrbesoldungsgesetz verbunden werden. Die beiden Vorlagen werden am Montag in erster Lesung beraten werden. Am Dienstag wird voraussichtlich eine Vollsitzung stattfinden, damit der Hauptauschuß diese Vorlage vorher beraten kann. Die zweite Beratung wird am Mittwoch, die dritte am Sonnabend nächster Woche erfolgen.

Der Vorkonferenzrat wird am Montag noch die Einzelheiten des Beratungsplanes festlegen. Neben kleineren Vorlagen und Anträgen sollen auch die neuen Siedlungsgesetze zur Beratung gestellt werden, die eine Aenderung des Landesrentenbankgesetzes und der gesetzlichen Bestimmungen über das Kreditwesen für die ländliche Siedlung umfassen. Der Vorkonferenzrat wird auch die Frage zu entscheiden haben, wenn der Landtag zu seiner letzten Tagung vor der Sommerpause zusammentreten soll, um die Vorlage des Staatsministeriums über den Volksentscheid zu beraten. Man rechnet damit, daß diese Tagung in der Woche vom 22. bis 27. Juni stattfinden wird. Es sollen dann auch die Siedlungsgesetze verabschiedet werden.

Frankreich und deutscher Nationalismus

Eine Mahnung Blums

Paris, 4. Juni. (Eigenbericht.)

Leon Blum verteidigt im Leitartikel des sozialistischen Parteiorgans die Haltung der Sozialdemokratie gegenüber dem Kabinett Brüning. Er führt den Nachweis, daß die Sozialdemokratie alles tut, um die Ausbreitung des Nationalismus in Deutschland zu verhindern. Die deutschen Sozialdemokraten hätten, so schreibt er, alles für den Kampf gegen den Nationalismus und für den Frieden geopfert und keinen Augenblick nachgegeben. Die französischen Sozialisten hielten sich solidarisch mit ihnen, da sie die Gefahren des deutschen Nationalismus für Europa, trotz der gegenteiligen Behauptungen der nationalistischen Presse nicht unterschätzten. Die Hauptfrage sei, wie der deutsche Nationalismus außerhalb Deutschlands mit wirksamen Mitteln bekämpft werden könne. Es hänge zum größten Teil von Frankreich ab, durch eine entsprechende Haltung die Bemühungen der deutschen Sozialdemokraten zu unterstützen.

Die Kammer wird am Freitagnachmittag die Interpellationsdebatte über die Außenpolitik fortsetzen. Auf der Tagesordnung stehen die Interpellationen der Abg. Margaine (Radikal) und Signaux (Fraktion Radikal) sowie die vom Abg. Borin neuerdings eingebrachte Interpellation über die Stahlhelmlandung in Breslau.

Die sozialistische Fraktion hat den Abg. Frassard ermächtigt, eine Interpellation über die Lage in Indochina und über die Kolonialpolitik der Regierung einzubringen.

Der Korruptionsprozeß.

Paris, 4. Juni. (Eigenbericht.)

Die Untersuchungskommission des Staatsgerichtshofes hat den früheren Minister Peret über seine Rolle bei der Einführung der Sinia Biscala-Aktien an der Pariser Börse vernommen. Da die Beratungen streng geheim sind, ist darüber nichts zu erfahren. Am Freitag werden die drei übrigen Angeklagten Besnard, Bidal und Favre vernommen.

Brüderlich vereint.

n. Salomon biedert sich bei der SPD. an.



... und, wissense, Herr v. Salomon: 1922, wie die Rapede am Kurfürstendamm gegen die Rathenau-Mörder demonstriert hat, da ha' id schon innerlich ne stille Sympathie for Sie gehabt.

Entmilitarisierte Luftzonen!

Schluß mit den Provokationen durch fremde Kriegsfieger.

Seit einem Monat wiederholen sich zum vierten oder fünften Male Grenzüberschreitungen durch französische Kriegsfieger. Das kann kein Zufall mehr sein, sondern ist nur als ein von dem Pariser Luftfahrtministerium geduldetes Vorgehen und Daraufankommenlassen der französischen Grenzfliegertrupps zu erklären. Es ist doch kein Zufall, daß im ganzen verflochtenen Jahr nur je ein schweizerisches und dänisches unsere Landesgrenzen überschritten, während monatelang die polnischen Kriegsfieger und sehr plötzlich — nachdem so etwas jahrelang nicht vorgekommen ist — die französischen Kriegsfieger sich auf deutsches Gebiet „verfliegen“. Daß provokatorische Absichten militärischer Stellen dabei vorliegen müssen, ist um so sicherer, als nach deutschen Einsprüchen gegenüber der polnischen Regierung und Einwirkungen der Warschauer Zentralbehörden auf die Fliegertrups die Grenzüberschreitungen dort so gut wie aufgehört haben.

Die nationalistische Presse verlangt bereits, daß in zukünftigen Fällen scharf geschossen und fremde Kriegsfieger exemplarisch bestraft werden, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um eigenes Versehen, eigene Schuld oder Schuld vorgelegter Stellen handelt. Demgegenüber ist es wohl für einen Staat, der eine eigene Kriegsfiegerflotte nicht besitzt und eine wirkliche Friedenspolitik treibt, angemessen, nach würdigeren und zugleich wirksameren Abwehrmethoden zu suchen.

Was die Veranstaltung von militärischen Luftübungen in unmittelbarer Grenznähe anlangt, so sollte die bisher mit gegen Deutschland angewandte Idee der entmilitarisierten Zone um Deutschland verwirklicht werden. Auf der Erde ist sie

zwar angesichts des französischen Festungssystems gescheitert; ohne weiteres aber wäre sie in der Luft zu verwirklichen. Durch Verhandlungen müßte darauf hingewirkt werden, daß Luftmanöver in unmittelbarer Nähe der Landesgrenzen in Zukunft unterbleiben. Die fortgesetzte Beunruhigung und nationalistische Verhegung von Nachbarvölkern, die die Folge ist von Luftmanövern an den Landesgrenzen, kann nur durch eine internationale Verständigung darüber unterbunden werden, daß militärische Fliegerübungen nur noch eine große Zahl von Kilometern von den Grenzen entfernt stattfinden dürfen. Ebenso wäre dafür zu sorgen, daß die Garnisonierung von Fliegertrups in Grenzstädten aufhört; für sie können militärische Gründe nicht, gegen sie aber alle Gründe freundschaftlichen Zusammenwirkens ins Feld geführt werden. Eine entmilitarisierte Luftzone um Deutschland könnte einen gewissen ersten Ausgleich für die entmilitarisierten Zonen in Deutschland darstellen.

Protest in Paris.

Die amtliche Nachprüfung hat ergeben, daß tatsächlich französische Marineflugzeuge die Nordsee-Inseln Bornum und Nordenern überflogen haben. Die Flugzeuge befanden sich auf dem Wege von Kopenhagen nach den Niederlanden, wohin sie Einflugerelaubnis hatten. Eine Ueberflugerelaubnis für die deutschen Inseln war nicht eingeholt worden. Der deutsche Botschafter in Paris ist angewiesen worden, scharfen Protest gegen die Ueberflugung einzulegen.

Amerika und Rußland.

New-Yorker Handelskammer fordert Abbruch der Handelsbeziehungen.

New York, 4. Juni.

Die einflußreiche Handelskammer des Staates New York nahm mit 210 gegen 3 Stimmen eine Entschließung an, in der der sofortige Abbruch der Handelsbeziehungen zu Rußland gefordert wird. Die Maschinenausfuhr nach Rußland, die Mitarbeit von amerikanischen Ingenieuren am Aufbau Sowjetrußlands sowie die Einfuhr sowjetrußischer Waren sei aus moralischen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Gründen ungerichtlich.

Kabinett Renkin in Belgien.

Eine reaktionäre Kollision.

Brüssel, 4. Juni. (Eigenbericht.)

Nach genau zwei Wochen anhaltender Regierungskrise ist es dem rechtskatholischen Führer Renkin am Mittwoch gelungen, die katholisch-liberale Mehrheit wieder zusammenzubringen. Er hat demgemäß den Antrag zur Regierungsbildung angenommen.

Ueber die vermutliche Zusammenlegung der neuen Regierung ist zunächst noch nichts Bestimmtes zu sagen. Nur soviel scheint sicher, daß de Broqueville als Kriegsminister aus dem Kabinett ausscheidet. Man wird ihm keine Träne nachweinen. Man denke nur an die klägliche Rolle, die er anfänglich seiner Behauptungen über die angeblichen Geheimrüstungen Deutschlands gespielt hat. Am übrigen war er ein gefügiges Werkzeug des belgischen und französischen Militärklingels. Allerdings ist auch von der neuen Regierung kein Widerstand gegen die übertriebenen Forderungen der Militärkreise zu erwarten. Die volle Aufrechterhaltung der Militärforderungen und Befestigungsbauten Jaspars ist einer der Hauptpunkte des neuen Regierungsprogramms. Jaspars verschwindet in der Verlenkung, sein Nachfolger Renkin steht ihm politisch sehr nahe. Er dürfte ihm trotz seiner 68 Jahre an autoritärer Brutalität kaum nachstehen, wird aber in schwierigen Situationen wohl mehr latente Geschmeidigkeit aufbringen. Für seine politische Stellung ist die Tatsache bezeichnend, daß er der belgische Vertreter an einer in Lausanne gegründeten internationalen faschistenfreund-

lichen Organisation ist. Wie die katholischen Flamen und die Demokraten bei der neuen Regierung auf ihre Rechnung kommen wollen, ist ihr Geheimnis. Die wichtigsten Streitpunkte in der Sprachenfrage werden einfach vertagt. Ueber die Finanzen wird zunächst überhaupt nicht gesprochen. Ein langes Leben wird der Regierung Renkin ebenfalls nicht beschieden sein.

Kürten und der Rechtsauschuß.

Der Landtag nicht zuständig.

Der Rechtsauschuß des Preussischen Landtags nahm am Donnerstag seine Beratungen wieder auf. Er beriet den deutsch-nationalen Antrag, wonach das Staatsministerium ersucht wird, das gegen Kürten rechtskräftig gewordene Urteil vollstrecken zu lassen. Abg. Dr. Kaufmann, Berlin (Dnat.), empfahl als Berichterstatter, daß der Auschuß dem Landtag die Annahme dieses Antrages empfehlen solle. Es komme der deutsch-nationalen Fraktion vor allem darauf an, eine Erklärung der Regierung darüber herbeizuführen, inwieweit die frühere Erklärung des Justizministers, daß er keine Todesurteile vollstrecken lassen werde, eine grundsätzliche Stellungnahme bedeute. Gerade der Fall Kürten zeige, daß die Todesstrafe nicht entbehrt werden könne. Es fand nur eine kurze Beratung statt. Die Abgg. Ahlert (Str.) und Kiedel (Staatsp.) erklärten, der Landtag sei nicht zuständig dafür, einen solchen Beschluß zu fassen. Abg. Eichhoff (D. Sp.) wies darauf hin, daß er Anhänger der Todesstrafe sei. Der Landtag könne aber dem Staatsministerium nicht im Einzelfall seine Direktiven auferlegen.

Abg. Kuttner (Soz.) wies auf die Konsequenzen hin. Wenn man den Antrag annehme, dann würde auch umgekehrt das Ministerium jeden einzelnen Fall dem Landtag zur Beschlußfassung unterbreiten und damit die Verantwortung von sich weisen können. Abg. Frhr. v. Wangenheim (Dt.-Hann.) betonte, daß auch er, besonders im Falle Kürten, für die Todesstrafe sei, der Landtag könne aber hier nicht eingreifen. Abg. Dr. Marchly (Dnat.) brachte hierauf einen Ergänzungsantrag ein, wonach entgegen der Erklärung des Justizministers das Staatsministerium ersucht wird, die Vollstreckung der Todesstrafe künftig grundsätzlich nicht abzulehnen. Dieser Antrag wurde gegen die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei abgelehnt. Annahme fand der sozialdemokratische Antrag, den zugrunde liegenden deutsch-nationalen Antrag abzulehnen, da der Landtag nicht zuständig sei.

Unternehmertum und Jugend.

„Dolmetscher gesucht!“

„Auf der Tagung „Unternehmertum und Jugend“ fand die Jugend zwar viele Einwände gegen das Unternehmertum, aber kein einziges Wort der Anerkennung.“ Mit dieser ehrlichen Enttäuschung kennzeichnet Dr. Karl Düffel das stimmungsmäßige Ergebnis einer Tagung, die am 28. und 29. November 1930 auf Veranlassung des von ihm geleiteten „Wirtschaftspolitischen Schulungskreises“ stattfand. Wer ist dieser „Wirtschaftspolitische Schulungskreis“? Wer den gedruckten Bericht liest, braucht nicht lange auf Antwort zu warten. Die Beleitworte hat Geheimrat Duisberg, der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie, geschrieben, und die einseitigen Ausführungen der Geschäftsführer des Reichsverbandes, Herr Dr. Herle.

Was mit dieser Veranstaltung eigentlich bezweckt wurde, kommt in Dr. Düffels eigenem Beitrag, sowohl im Titel „Dolmetscher gesucht“, wie in einzelnen Sätzen deutlich zum Ausdruck. Am eindringlichsten vielleicht erhellt das Ziel aus folgenden Worten: „Das Ziel wäre, in Gruppenausführungen zwischen Unternehmertum und Jugend

eine Auslese von Vertrauensleuten der Jugend

zu befähigen, den Nachwuchs wirtschaftspolitische Schulung knapper Prägung zu vermitteln.“ Wie diese wirtschaftspolitische Schulung aussehen soll, darüber kann wohl kein Zweifel bestehen.

Das interessanteste ist, daß diese Tagung, die offensichtlich eine Ehrenrettung des Unternehmertums bezweckt, damit begann, daß der erste Redner der Jugend ausdrücklich von einer Vertrauenskrise gegenüber dem Unternehmertum sprach. Selbst bei aufmerksamster Lektüre kann man — und das mag der Hauptgrund für die Ergebnislosigkeit der Tagung sein, — feststellen, daß zwar versucht wurde,

die Unternehmerfunktion zu idealisieren,

daß auch mancherlei reale Einzelbilder gegeben worden sein mögen, daß aber nirgends eine wirkliche schöpferische Lebenskraft des Unternehmertums in Erscheinung zu treten vermochte.

Besonders interessiert es dahin, daß man sich vor allem an die mittelständische Jugend wandte, die unter dem Namen „bündische Jugend“ mehr oder weniger romantisch eingestellte Organisationen der verschiedensten Art von den wandervoogelartigen „Freischaren“ bis zu den Pfadfindern und den konfessionellen Jugendverbänden umfaßt. Man hat dabei wohl einen ganz guten Instinkt bewiesen. Es ist schon so, wie Dr. Düffel sagt: „Die Lustigkeit der Konstruktion gerade der mittelständischen Jugend hat das Gute, daß sie in ihnen noch nicht festgelegt ist... Ihre Wirtschaftsforderungen sind größtenteils als gefühlsmäßige Ausbrüche einer Wirtschaftsgesinnung zu verstehen, die noch nicht zur Klarheit und Konsequenz sich durchdrang.“ Diese jungen Menschen, die tatsächlich zumeist ehrlich um die noch fehlende Klarheit ringen und die zugleich als der

„neue Mittelstand der hohen Berufsbildung ohne Besitz“.

von uns schlichter als „proletarisches Akademikertum“, definiert werden, haben tatsächlich einen ausgeprägt antikapitalistischen Sinn. Jeder, der einmal bündischen oder studentischen Veranstaltungen der verschiedensten bürgerlichen Richtungen beigewohnt hat, wird wissen, wie gerade hier die hellen Quellen fließen, die nachher allzu leicht in das schlammige Staubecken des Rationalsozialismus abgelenkt werden.

Lehrreich und sogar amüsant ist es, wie auf die nicht formulierten Einwände der Jugend von Vertretern der Unternehmenseite erwidert wird: „Ob die jetzige Krise zur fortschreitenden Verelendung der Massen und zum Untergang des herrschenden Wirtschaftssystems führen werde?“ — „D, nein, der gegenwärtige Rückschlag sei nicht dieser Wirtschaftsverfassung, sondern den ungewöhnlichen Wirtschaftsbelastungen durch Krieg, Niederlage und Inflation, vor allem aber staatlichen Zwangseingriffen in die seit 1914 ja keineswegs mehr

freie Wirtschaft zu danken. Daher müßten die Eingriffe des Staates auf ein Mindestmaß beschränkt werden, insbesondere im Schlichtungswesen und in der Wohnungswirtschaft.“ In Anbetracht des Zugeständnisses, daß die Wirtschaft alsdann den Staat freundlicher Weise als höchste Instanz anerkennen wolle, müßte ihr aber als Gegengabe das Vertrauen zum Unternehmertum, Optimismus und Arbeitswillingkeit entgegengebracht werden.

„Ob die Ausdehnung des gebundenen Wirtschaftssektors zur Überwindung dieses Wirtschaftssystems führen werde?“ — Antwort: „Vor Überhöhung des gebundenen Wirtschaftssektors sei zu warnen — und im übrigen sei die Wirtschaft bereit, auf viele Kartelle und Konventionen zu verzichten, wenn der Staat seinerseits auf das Recht verzichtet, den Lohn durch Schiedspruch verbindlich festzusetzen. Im übrigen (leichter Bink an die jungen Mittelständler) sichere das Kartellwesen die Existenz kleinerer Betriebe. Wobei die Herren vergaßen, hinzuzufügen, daß dadurch auch die dauernde Überhöhung der Preise, die von den mit Kartellhilfe künstlich am Leben gehaltenen unrentablen Betrieben gefördert wird, zustande kommt.“

Die Jugend warf trotzdem das Problem der Monopolpreispolitik und die Kaufkraftfrage auf. Sofort wurde ihr eingehend dargelegt, daß es sich nicht um einen einseitigen Lohnabbau handle, da die Unternehmenseinzelheiten durch Kürzung an ihrer Bestandteile weit stärker als die Löhne gesunken seien. (1) Im übrigen müßte die Lohnsenkung der übrigen Senkung der Kostenelemente zeitlich vorausgehen, da das Sinken der Rohstoffpreise erst in längeren Zeiträumen wirksam gemacht werden könne.

Zur Frage des Arbeitnehmers im Betrieb wurde von der Jugend mit Recht auf den Mangel an elastischen Aufstiegsmöglichkeiten und

die ungenügende menschliche Bewertung der Arbeitsleistung

hingewiesen. Von Unternehmenseite wurde der solche Erscheinungen bedingende überragende Anteil des Großbetriebs an der Wirtschaft abgetreten und zur Frage der Aufstiegsmöglichkeiten betont, daß sich hier nur der verengte Lebensraum als Kriegsfolge auswirke.

Das also, was eigentlich die Aufgabe der Tagung war: der Jugend zum Bewußtsein zu bringen — wie Präsident Braumüller ausführte —, „daß in dieser Wirtschaftsform unserer Jugend noch die größte Chance ihrer eigenen Entwicklung gegeben sei“, scheint mit solch faden Limonadenreden nicht gelungen zu sein, und wenn man abendrein konsequent sein will, so wird man die Äußerung des Herrn Abraham Fromeln: „Eine kapitalistische Wirtschaft, die nicht zum Ziel hat, daß eine möglichst große Zahl von selbständigen Existenzen in Landwirtschaft, Industrie, Handwerk und Handel geschaffen werde, und die dieses Ziel nicht erreicht, arbeitet falsch“, durchaus mit dem Jurist bejahen können: „Ja, sie arbeitet falsch, — auch, und besonders vom Standpunkt der liberalen Wirtschaftstheorie aus! Das heißt in Wahrheit: die heutige Wirtschaft arbeitet nicht nur vor allem falsch, sie arbeitet auch anders als die frühere Wirtschaft, und es wäre unverständlich, wenn nicht die im bürgerlichen Lager stehende Jugend allmählich merken würde, daß sie unter Verwerfung der Wirtschafts-demokratie auf dem besten Wege ist, sich einem wirtschaftlichen Feudalismus zu beugen.“

Darum ist das Fazit, das der Direktor des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten, Karl Lange, zog, für einen Sozialisten nicht erstaunlich:

„Nahezu die gesamte Jugend, so sehr auch in gewissen Einzelfragen ihre Meinungen auseinandergelassen mögen, ist sich einig, in der schärfsten Kritik an dem individualistischen Kapitalismus und in der Forderung nach einem mehr oder weniger kollektivistischen Wirtschaftssystem.“

Wenn dem aber so ist, so entsteht für uns Sozialisten in voller Schwere die Frage: „Warum haben wir es nicht vermocht, alle diese jungen, dem Kapitalismus feindlichen Kräfte in unsere Reihen zu ziehen? Gerade aus dieser Perspektive gewinnt auch das Thema „Jugend und Partei“ auf dem Leipziger Parteitag ein brennendes Interesse. Wir haben mehr als zwölf Jahre hindurch in stiller und erfolgreicher Arbeit einen Staat der deutschen Arbeit geschaffen, der in sozialpolitischer Leistungsfähigkeit in der Welt nicht seinesgleichen hat und darum in einer Wirtschaftskrise, die wie kaum eine vor ihr die Kraft der Arbeiterschaft schwächt, von dem Generalanstoß des Unternehmertums bedroht wird. War unsere Propaganda für diese Arbeit so gut wie die Politik, durch die sie geschaffen wurde? Ist es uns gelungen, die Jugend für die Verteidigung dieses langsam werdenden sozialen Staates in Kampfbereitschaft zu bringen?

Wir sind allezeit eine gute Organisation gewesen. Eine Jugend, die weniger die Erfolge der Nachkriegszeit mit den Mängeln der Vorkriegszeit, sondern die Unzulänglichkeiten der Gegenwart mit den leuchtenden Wünschen der Zukunft vergleicht, kann nur dann gewonnen werden, wenn Gegenwart und Zukunft zueinander in Beziehung gesetzt werden durch die bestimmte Linie eines zielbewussten Handelns. In diesem Sinne muß aus der Organisation aber auch wieder eine Bewegung werden. Die Gegenwart mit ihren tatsächlichen Notwendigkeiten der Verteidigung und eines in der Defensive unumgänglichen gelegentlichen Zurückweichens wird auf den vorwärtsdrängenden Sinn der Jugend nicht so zu wirken vermögen, wie die Haltung unbekümmerten Ansturms. Da aber die Verteidigung dessen, was wir errungen haben, nicht nur eine Verteidigung einzelner Maßnahmen ist, sondern da gegen den Faschismus eines irreführenden Mittelstandes und gegen den antidemokratischen Nachtrieb seiner kapitalistischen Gönner

die Entscheidungsschlacht auf deutschem Boden ausgetragen

zu werden droht, so muß es trotzdem möglich sein, die Aktivität und Aggressivität der Jugend in den direkten Dienst der Propaganda der Partei und des Kampfes um Demokratie und Sozialismus zu stellen.

Dann werden nicht „wirtschaftspolitische Schulungskreise“ und auch nicht die Truggebilde der „Danks“ und ihrer Wertgemeinschafts-ideologie die Jugend erobern, sondern der alle Zeit aufbauende und kämpferische Sozialismus. Von ihm laßt zu der Jugend sprechen!

Otto Friedländer.

Alkoholische Abweichung.

Abfügung schweizerischer Oberbockschweife.

Zürich, 4. Juni. (Eigenbericht.)

Zwei Mitglieder des Politbüros der Kommunistischen Partei der Schweiz sind ihres Amtes enthoben worden, da sie an einem Saufgelage mit einem als Scharfmacher berüchtigten Unternehmensekretär in Basel teilgenommen haben. Ein drittes Mitglied ist, wie das rechtsoppositionelle Schaffhauser Kommunistenblatt mittelt, schon vor einiger Zeit wegen Unfähigkeit aus dem Politbüro entfernt worden, so daß die ganze erst vor einem Jahr nach der Schwendung in der Parteifaktik neu gewählte Parteispitze wieder verschwunden ist.

Auch in Ägypten Regierungswahl. Die Regierungspartei Sidki Paschas hat 81 Sitze, die sogenannte Königsparität, die die Regierung in allen wesentlichen Fragen unterwirft, 88, die Rationalen oder Baschanisten (regierungs- und fremdenfeindlich) 8, Unabhängige verschiedener Richtung 17, im ganzen 144. Die noch fehlenden 6 Sitze verteilen sich auf entfernte Dafen, deren Ergebnisse erst in einigen Tagen eintreffen, das Gesamtergebnis aber nicht beeinflussen werden.

Gewerkschaftliches siehe 3. Beilage.

Verantwortlich für Politik: Dr. Carl Geier; Wirtschaft: G. Klugebiller; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kultur: Dr. John Schimanski; Lokales und Sonstiges: Rik Karst; Anzeigen: Th. Glöde; Vertrieb in Berlin: Verlag: Buchverlag-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Buchverlag-Verlag und Verlagsanstalt Buchverlag G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Direkt 3-Beilagen und 2-Beilage.

WERTHEIM

Billige

Lebensmittel

Soweit Vorrat

Zusendung von 5 M. an. Obst, Gemüse u. leicht verderbliche Artikel werden nicht zugesandt

Frisch. Fleisch

Kalbskamm	1 Pfund	0.62
Kalbsbrust	1 Pfund	0.68
Kalbskeule	ganz u. geölt bis 9 Pfund	0.84
Kalbsschnittel	1 Pfund	2.00
Rinderkamm	1 Pfund	0.78
Querrippe	1 Pfund	0.66
Schmortfleisch	ohne Knochen, 1 Pfund	1.14
Roastbeef	mit Knochen, 1 Pfund	1.00
Fr. Rinderzungen	1 Pfund	1.10
Gulasch	0.90	Liesen 0.54
Gehacktes	1 Pfund	0.70
Rückenfett	bräunlich, 1 Pfund	0.50
Hammel-Vorderfl.		0.86
Schweinebauch	1 Pfund	0.60
Schweineblatt	1 Pfund	0.68
Schweineschinken	1 Pfund	0.74
Kahler	ohne Knochen, 1 Pfund	0.88
Fr. Bratwurst	Spezialität, 1 Pfund	0.95
Nierentalg	ausgelesen, 5 Pfund	1.50

Fische

Kabeljau	o. Kopf, ganze Fische, 1 Pfund v. an	0.12
Rotbars	u. Schellfisch, 1 Pfund v. an	0.14
Kabeljaufillet	1 Pfund v. an	0.20
Bratschollen	2 Pfund v. an	0.35
Leb. Schleie	1 Pfund v. an	0.65
Lebende Aale	1 Pfund v. an	1.10

Konserven

Apfelmus	1 Dose	0.65
Saure Kirschen	1 Dose	0.90
Aprikosen	halbe Frucht	0.95
Pflirsche	kalif., halbe Frucht	1.18
Ananas	ca. 1000 Gr. brutto	1.35
Aprikosen	span., o. Zucker, 1/2 Frucht, 5, D.	2.75
Senfgurken	1 Dose	2.25 0.58
Sellerie	1/2 Dose	0.40 0.65
Brechbohnen I		0.48 0.54
Gemischtes Gemüse		0.60
Junge Erbsen		0.50
Junge Erbsen	sehr fein	1.05
Olisardinen	2 Klubdosen	0.75
Würstchen	Dose 5 Paar	0.75
Corned Beef	ca. 500 Gr. brutto	1.10
Konfitüre	1/2 Elmer, Pflaumen 0.90, Johannisbeere, Aprikosen, Orange 1.10, Kirschen 1.20, Erdbeere, Himbeere 1.30	

Kolonialwaren

Bruchreis	1 Pfund	0.14	
Tafelreis	1 Pfund 0.24, 0.22	0.16	
Hartgrieß	1 Pfund	0.28	
Schnitt-Nudeln	1 Pfund	0.44	
Makkaroni	Bruch, 1 Pfund	0.46	
Pflaumen	1 Pfund	0.52, 0.40	0.28
Backobst	1 Pfund	0.25, 0.38	0.36
Aprikosen	1 Pfund	1.18, 0.96	0.64

Stachelbeeren unreife, Pfund 0.20

Austral. Tafeläpfel	1 Pfund	0.52
Tomaten spanische	1 Pfund	0.45
Zitronen	1 Dutzend von an	0.52
Bananen	2 Pfund	0.78
Spargel	1 Pfund	0.03 0.14 0.48
Salat	4 Kopf	0.10
Radieschen	4 Bund	0.10
Rhabarber	4 Pfund	0.10
Blattspinat	2 Pfund	0.25
Neuer Wirsingkohl	1 Pfund	0.15
Kohlrabi	1 Mandel	0.30
Blumenkohl	1 Kopf von an	0.25
Grüne Gurken	1 Stück von an	0.25
Junge Schoten	2 Pfund	0.35

Neue Kartoffeln 5 Pfund 0.55

Matjesheringe	2 Stück von an	0.25
Hering-Salat	1 Pfund	0.70
Italienischer Salat	1 Pfund	0.75
Brof vorgeschr. Gew.	1/2, 0.20 1/2, 0.40	
Gebrannter Kaffee	eigene Rösterei, 1 Pfund	1.90 2.40 2.80 3.20

Wurstwaren

Hausmach.-Sülze	1 Pfund	0.48
Dampfwurst	u. Fleischwurst, 1 Pfund	0.85
Mettwurst (Braunschw. Art)		0.92
Leberwurst (Hausmach.)		1.08
Schinkenpolnische		1.08
Kümmelwurst	1 Pfund	1.20
Leberwurst	feine, u. Fleischwurst	1.30
Holsteiner	Zerwurst u. Salami, 1 Pfund	1.30
Teewurst	feine u. grobe	1.35
Zerwurst	im Felddarm	1.45
Speck	1 Pfund 0.68 mager, 1 Pfund	0.88
Schinkenspeck	1 Pfund	1.30
Gekochter Schinken	geschw. o. Schwarte, 1/2 Pfund	0.38

Käse u. Fett

Camembert	1 Port. 6 Port., 1/2 Schachtel	0.20
Emmenthaler	1 Port. 6 Port.	0.60
Harzerkäse	1 Pak. ca. 1 Pfund	0.30
Briekäse	vollfett, 1 Pfund	0.52
Holländer	vollfett, 1 Pfund	0.70
Steinbischer	vollfett, 1 Pfund	0.72
Limburger	0.42 vollfett	0.76
Tilsiter	vollfett, 1 Pfund v. an	0.72
Margarine	u. Kokosfett, 1 Pfund	0.75
Molkereibutter	1 Pfund 1.44	1.24
Markenbutter	1 Pfund	1.48
Dän. Butter	1 Pfund	1.58

Geflügel

Tauben	fisch geschlachtet, 1 Stück von an	0.70
Hühner	frisch u. gefroren, 1 Pfund von an	0.88
Enten ungar.	1 Pfund von an	0.78
Brathühner	1 Pfund v. an	1.15
Feh-Kochfleisch	1 Pfund v. an	0.26
Reh-Blatt	1 Pfund von an	0.88
Rehkeule	u. Rücken, 1 Pfund von an	1.50
Frische Eier	10 Stück von an	0.55

Räucherwaren

Flundern	u. Seezachs, 1 Pfund von an	0.36
Makrelen	1 Pfund von an	0.42
Kieler Bücklinge	1 Pfund v. an	0.45
Aale	1 Pfund v. an	0.38 2.20

Wein

Preise für 1/2 Flasche, ohne Glas		
Rackies Urquoll	Frankfurter Apfelwein	0.60
1930 Oberhaardler		0.73
1928 Senheimer Mosel	zur 0.80	
Fruchtschaumwein	mit Sauer u. Flasche	1.20
1928 Liebraumlich Blaukapsel		1.25
1928 Obermoller Riesling		1.30
1928 Schloß Büchelheimer		1.60
1921 Médoc Bordeaux		1.50
Himboozart	mit Kirz u. dunkel, mit Spezialglas	1.20
Wein vom Faß		
Johannisbeerwein	1 Liter	0.70
Malkammor	1 Liter	0.80
Tarragona u. Wermut	1 Liter	1.00

Was ist der Unterschied...?

Die Domeliade des Bäckergeesellen.

Vor Zeiten war es ein beliebtes Gesellschaftsspiel, Scherzfragen zu stellen, beginnend mit der Formel: „Was ist der Unterschied...“ Beispielsweise: „Was ist der Unterschied zwischen einem Postlerfessel und einem Kaktus?“ Antwort: „Man setze sich erst auf den Postlerfessel und dann auf den Kaktus, so wird man den Unterschied merken.“ (Nebenbei: es empfiehlt sich, diese Scherzfrage allen Kommunisten aufzugeben, die an einen die sinnreiche Frage richten, was denn schon der Unterschied zwischen der Demokratie und dem Faschismus ist.)

Zur Zeit aber legt ein Vorfall, der sich in den Kreisen der Erwählten, in der gesellschaftlichen Elite, abgespielt hat, uns folgende Frage vor: „Was ist der Unterschied zwischen einem prinziplichen Kammerherrn und einem arbeitslosen Bäckergeesellen? Die Antwort darauf ist schwer, denn der Familie eines Berliner Großindustriellen ist dieser Unterschied in wochenlangem Verkehr mit dem 42jährigen arbeitslosen Bäckergeesellen Otto Baate, der sich als Baron Edgar von Alten, Kammerherr des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen, bei ihr eingeführt hatte, keineswegs aufgefallen. Wir können also unsere Frage: „Was ist der Unterschied zwischen einem prinziplichen Kammerherrn und einem arbeitslosen Bäckergeesellen?“ höchstens dahin beantworten: Es ist der gleiche Unterschied wie zwischen Herrn Domela und dem Kaiserentel oder wie zwischen einer Ruhmagd aus Erfurt und der Prinzessin Margarete von Preußen, nämlich: gar keiner.

Der Vorgang ist kurz der: Das Fabrikantentöchterlein (selber unterfährt uns der Bericht den Namen) lernt den „Baron“ auf einer Tanzgesellschaft kennen. Nachdem dieser ihr ins Ohr geflüstert hat, daß er in Langfuhr bei den Totenkopfschularen gestanden habe und seit dieser Zeit enge Beziehungen zum Kronprinzen unterhalte, ist das Töchterlein Feuer und Flamme. Wie auch nicht? Sollte nicht

die kronprinzliche Unwiderstehlichkeit durch den freundschaftlichen Verkehr auf den Herrn Baron abgefärbt haben?! Der Baron wird im elterlichen Hause eingeführt. Bei Fabrikantens hält man noch auf Tradition und Untertanensinn, man ist durch sein Erscheinen beglückt und tiefgeehrt. Als der lang erwartete Heiratsantrag kommt, schwimmen Fabrikantens in Bonne und die Schwiegermama schenkt dem Bräutigam in spe ein Auto für 40 000 M. als kleine Verlobungsgabe. Leider hat der Herr Baron beim Verkauf seiner großen Güter, die „irgendwo in Mecklenburg“ liegen, ärgerliche Schwierigkeiten. Mama ist beglückt, ihm mit einem Ueberbrückungstredit von 100 000 M. unter die Arme greifen zu dürfen. Und so man einmal im Leben ist, so soll der künftige Schwiegersohn gleich Generalvollmacht für den Fabrikbetrieb erhalten, denn — welch Ideal von Kammerherrn — er interessiert sich brennend „fürs Geschäft“.

Aber in der Fabrik ist ein alter Prokurist, der etwas nüchterner und kühler denkt als seine Herrschaft, die sich an der Vorstellung eines Barons als Schwiegersohn berauscht. Gerade als der Kammerherr vor dem Notar die Generalvollmacht zur Unterschrift vorgelegt erhält, erscheint Polizei auf der Bildfläche. Binnen Sekunden wird aus dem Kammerherrn ein arbeitsloser Bäckergeeselle. Und die Moral von der Geschicht? Was gehört schon eigentlich dazu, um als Mitglied der aristokratischen Elite zu gelten? Ein Domela, eine Ruhmagd, ein Bäckergeeselle, brauchten sich nur einen tönenden Namen beizulegen und alles schwor auf ihre fürstliche Herkunft.

In Oels und Sphissenort bei Breslau aber paradiert der Stahlhelm vor dem echten Kronprinzen und dem echten Genich. Sie hätten vor einem verkleideten Bäckergeesellen mit der gleichen Begeisterung getan. Jonathan.

Selbstmord der Mörderin.

Aus der Havel als Leiche gelandet.

Der Mord an dem zehnjährigen Manfred Pöhlke, der am Mittwoch von seiner Stiefmutter erdroffelt wurde, hat eine schnelle Sühne gefunden. Die Täterin wurde am Donnerstagnachmittag aus der Havel zwischen Konradshöhe und Tegelfort als Leiche aus dem Wasser gezogen.

Ausfänger sahen dicht am Schiffe eine weibliche Leiche treiben, die mit Hilfe von Anglern geborgen wurde. Da bei der Toten keine Papiere gefunden wurden, die auf die Personlichen Schüsse zuließen, wurde die Leiche ins Schauhaus gebracht. Hier glaubte man auf Grund der Kleidung, die nach der Mordtat seit Mittwochnachmittag stüchtige Frau Prohle aus der Bahnhofstraße 5 in Lichtenberg zu erkennen. Die letzten Zweifel an der Identität der Toten wurden behoben, als eine nahe Verwandte in der Leiche Frau P. einwandfrei erkannte. Die Polizei glaubt, daß Frau P. nach der furchtbaren Tat zunächst planlos umhergeirrt und dann nach Konradshöhe hinausgefahren ist, wo sie in den späten Abendstunden den Tod im Wasser suchte.

Wie noch ermittelt werden konnte, trägt der Bekleidungssteller Pöhlke viel Schuld an der zerrütteten Ehe. So nahm es P., als seine Frau zu Ostern einige Wochen verreise war, mit der ehelichen Treue nicht allzu genau. Die schlechten ehelichen Verhältnisse mügen zweifellos dazu beigetragen haben, die Frau feilsch aus dem Gleichgewicht zu bringen. Vielleicht ist die Tat als ein Akt der Vergeltung für die Vorkommnisse während der Osterreise der Frau anzusehen.

Mutter erschlägt vier Kinder.

Alle mit der Axt umgebracht.

Hilzingen bei Singen am Hohentwiel, 4. Juni.

Am Donnerstagsmorgen kurz vor 6 Uhr hat die Frau des Landwirts und Straßenwirts Emil Meier in einem Anfall von geistiger Amnachtung nacheinander ihre vier Kinder im Alter von 9 bis 22 Jahren mit der Axt erschlagen. Alle Kinder sind kurz nach der Tat gestorben. Der Vater befand sich, während das Verbrechen verübt wurde, im Stall und war mit dem Viehfüttern beschäftigt. Die Frau klagte in den letzten Tagen über heftiges Kopfschmerz. Sie wurde gleich nach der Tat in die Heil- und Pflegeanstalt Reichenau gebracht.

Erwerbslosentragödie auf Rügen.

Selbstmord eines Vaters von 7 Kindern.

Stralsund, 4. Juni. (Eigenbericht)

Eine Erwerbslosentragödie spielte sich in dem Rügenischen Dorfe Nipmerow ab.

Ein Erwerbsloser, der sieben Kinder und zwei Kindeskinder zu versorgen hat, fand in der Nacht auf und trat, ohne daß die Familie es merkte, Lysol. Als die Angehörigen am Morgen erwachten, lag der Ernährer tot im Bett. Der Mann hatte sich das Leben genommen, da er seit längerer Zeit als Erwerbsloser ausgebeutet war und nicht mehr mußte, wie er seine Angehörigen vor Hunger schützen sollte.

Sperrung. Das Engelager von der Schillingsbrücke bis zur Köpenicker Straße ist für den gesamten Fahrverkehr wegen Umpflasterung bis auf weiteres gesperrt. Die Sperrung der Weisestraße in Neudölln ist aufgehoben.

Der Reichsverband des deutschen Gartenbaus hält in der Zeit vom 6. bis 9. Juli seine Sommertagung in Berlin ab.

Aufregung um „Do X“.

Falsche Meldungen von einem Unglücksfall.

Überall in der Welt wurden gestern Meldungen über einen angeblichen Unglücksfall des „Do X“, der sich augenblicklich auf dem Wege nach Brasilien befindet, verbreitet. Dem „Vorwärts“ wurde aus Paris gedruckt:

Nach einer Meldung aus Porto-Praya ist der „Do X“ etwa eine Stunde nach seinem Start, 60 Meilen von der Hauptstadt der Kapverdischen Inseln entfernt, ins Meer gestürzt. Das Unglück soll auf die übergroße Belastung mit Brennstoffen zurückzuführen sein, die bereits den Start sehr schwierig gemacht hatte. Das Flugboot konnte erst nach mehreren vergeblichen Versuchen vom Wasser loskommen. Einzelheiten über das Unglück fehlen bisher.

Ein Telegramm aus London meldet:

Während britische Meldungen aus Lissabon nur besagen, daß „Do X“ am Donnerstagnachmittag von Porto-Praya (Kapverdische Inseln) zu einem Fluge aufgestiegen sei und 60 Seemeilen von der Insel niedergehen mußte, spricht eine Reuters-Meldung davon, daß das Flugboot „ins Wasser gefallen“ sei. Die drahtlose Station in Porto-Praya hat zuletzt ein Funktelegramm der „Do X“ aufgenommen des Inhalts, daß sie zu einer Notwasserlandung gezwungen sei. Weitere Versuche der drahtlosen Station, mit der „Do X“ in Verbindung zu treten, haben bisher keinen Erfolg gehabt.

Aus Porto-Praya sind — wie gemeldet — Schlepper nach der Unglücksstelle ausgelaufen.

Es ist verständlich, daß angesichts dieser Sensationsmeldungen in allen Redaktionen der Weltpresse größte Aufregung herrschte, bis Havas aus Lissabon drachte:

Die irtümliche Nachricht von dem Absturz des deutschen Flugbootes „Do X“ wurde von einem Dampfer verbreitet, dessen Mannschaft geglaubt hatte, das Flugboot abstürzen zu sehen. Sogar eine Mitteilung der Aero-Postale Station in Paris wie auch eine Meldung aus Lissabon bestätigten die Tatsache, daß das Flugboot seinen Flug in Richtung auf das Südkap fortsetze. Reuter veröffentlichte dazu eine neue Meldung aus Praia (Kapverdische Inseln), daß die Nachrichten über einen Anfall des Flugbootes „Do X“ unzutreffend seien. „Do X“ sei auch nicht auf die Meeresoberfläche niedergegangen.

Sonntagswanderungen in die schöne Mark. Die nächste Wanderung veranstaltet das Bezirksamt Schöneberg am 7. Juni nach Tiefensee—Samengrund—Inlandsee—Strausberger Forst. Abfahrt: 8.25 Uhr Schlessischer Bahnhof, Weizener Bahnsteig. (Sonntags-Rückfahrkarte nach Tiefensee.) Auskunft: Cornelius 2780.



„Bitte, wo kann man hier den Genossen Verwalter finden?“, fragte Ostap in der ersten Pause. Er reichte dem Dirigenten die Hand und fragte freundschaftlich: „Volkslieder? Sehr interessant. Guten Tag. Ich bin Inspektor der Feuerkontrolle.“

Der Verwalter wurde verlegen. „Ja, ja“, sagte er stotternd, „das paßt mir sehr. Ich wollte eben eine Bericht machen.“

„Sie brauchen sich nicht zu bemühen“, sagte Ostap großmütig, „ich werde selbst einen Bericht schreiben. Lassen Sie uns jetzt das Haus inspizieren.“

Alchen hieß den Chor mit einer Handbewegung sich entfernen, und die Alten zogen mit kleinen, muntern Schritten ab.

„Bitte schön, folgen Sie mir“, lud der Verwalter ein. Bevor ihm Ostap folgte, musterte er die Möbel des ersten Zimmers. Ein Tisch, zwei Gartenbänke auf eisernen Füßen und ein braunes Harmonium.

„Werden hier keine Spirituskocher angezündet? Keine Defen geheizt?“

„Nein, durchaus nicht. Hier beschäftigt sich der Chor und die Theater- und Musikabteilung.“

Indem er das Wort „Musik“ aussprach, errödete Alexander Jakowlewitsch. Alchen schämte sich sehr. Er hatte schon längst alle Blasinstrumente verkauft. Dnyedies war nur ein Hundegewinnel herausgekommen, wenn die schwarzen Lungen der Alten bliesen. Das ganze Metallzeug war so komisch anzusehen. Alchen konnte nicht anders, er mußte es stehlen. Und jetzt schämte er sich sehr.

Zwischen zwei Fenstern an der Wand war ein Stoffstreifen gespannt, darauf die Devise: „Blasorchester ist ein Weg zur kollektiven Macht.“

„Sehr gut“, sagte Ostap. „Dieses Zimmer ist vor Feuergefahr ziemlich sicher. Gehen wir weiter.“

Ostap durchschritt mit schnellen Schritten alle Räume des Borobjewischen Hauses, erspähte aber nirgends den Ruchholz-

stuhl mit gebogenen Beinen, überzogen mit englischem gebäumten Stoff. An den Wänden hingen die Anordnungen der Verwaltung. Ostap las sie und fragte von Zeit zu Zeit energig: „Werden die Ofenrohre regelmäßig geputzt? Sind die Defen in Ordnung?“ Er bekam ausführliche Antworten und ging weiter.

Der Inspektor der Feuerkontrolle suchte ein Plätschen im Hause, wo er Feuergefahr hätte konstatieren können. Vergeblich, alles war in schönster Ordnung. Auch die Suche nach dem Schatz war erfolglos. Ostap trat in den Schlafraum der Alten, die sich bei seinem Kommen erhoben und ihn begrüßten. Hier standen Eisenbetten mit haarigen Decken, zottig wie Hundesell, an deren einem Ende das Wort „Füße“ eingebrennt war.

Die Ausstattung des Hauses war außerordentlich bescheiden. Die Möbel bestanden fast ausschließlich aus den Gartenbänken, die man vom Alexanderboulevard herübergeschafft hatte, dann gab es kleine Petroleumlampen und jene Decken mit der wenig anheimelnden Aufschrift: „Füße“.

Bei keinem Nachspüren nach etwas Feuergefährlichem kam der Inspektor auch in die Küche. Dort lockte man in einem großen Waschkessel einen Brei, dessen Geruch den großen Kombinator schon im Vestibül empfangen hatte. Ostap rümpfte die Nase und fragte: „Ist das Maschinenöl?“

„Bei Gott, reine Butter“, sagte Alchen und errötete, „wir beziehen alles von einer Milchfarm.“ Er schämte sich bis zu Tränen.

„So ja. Uebrigens ist es nichts Feuergefährliches“, bemerkte Ostap.

Auch hier ir der Küche war der Stuhl nicht zu sehen. Auf einem fettbeschmierten Stoderk sah der Koch mit Leinenschurz und ebensolcher Kappe.

„Warum ist hier die Bekleidung so grauhaarig und von einem so dünnen Stoff, wie er sich eigentlich nur zum Fensterwischen eignet?“

Alchen verdrehte die Augen: „Ich habe ein allzu bescheidenes Budget.“ Er mühte einen Widerwillen gegen sich selbst.

Ostap sah ihn misstrauisch an und sagte: „Hoffentlich wird hier nicht gespart, wenn es um die Sicherheit des Lebens geht. Ich meine in bezug auf Feuergefahr.“

Alchen erbebte.

Sie gingen weiter. Ostap beschloß in seinem Innern, dieses Leinwandstoffs nicht eher zu verlassen, bis er alles erfahren hatte. Und während Inspektor und Verwalter auf

dem Dachboden herumkletterten und für alle Einzelheiten, für Röhren und Kamine interessierten, nahm das Leben im Versorgungshaus seinen gewohnten Verlauf.

Das Mittagessen war fertig. Der Geruch des angebrannten Breies verstärkte sich und trug über alle andern übeln Gerüche, die das Haus erfüllten, den Sieg davon. Es raschelte auf allen Gängen. Die alten Weiber kamen aus der Küche und trugen Blechschüsseln mit Brei in den Händen. Sie setzten sich im gemeinamen Speisezimmer zum Essen und blickten krampfhaft zur Seite, um die Inschriften an den Wänden nicht zu sehen. Die waren von Alexander Jakowlewitsch zusammengestellt, von Alexandra Jakowlewna künstlerisch ausgeführt und lauteten: — Essen ist die Quelle der Gesundheit. — Ein Ei enthält genau denselben Fettgehalt wie ein halbes Kilo Fleisch. — Fleisch ist schädlich. —

Alle die heiligen Worte weckten in den alten Frauen die Erinnerung an ihre Zähne, die schon vor der Revolution nicht mehr existiert hatten, an das Fleisch, das in seinem Fettgehalt den Eiern angeblich nachstand und das sie schon lange nicht gegessen hatten.

Außer den alten Frauen saßen auch noch Sidor Jakowlewitsch, Oleg Jakowlewitsch und Pascha Emiliewitsch bei Tisch. Weder ihrem Alter noch dem Geschlecht nach gehörten sie in diesen Kreis. Dafür aber waren die beiden Jakowlewitsch Alchens Bettern und Pascha Emiliewitsch Frau Alexandra Jakowlewnas Nefle. Diese jungen Leute (der älteste von ihnen, Pascha Emiliewitsch, war zweieunddreißig Jahre alt) sahen ihr Leben in diesem Altersversorgungshaus als ein ganz normales an. Sie hatten dieselben Rechte wie die Alten, die gleichen Betten und staken ebenso wie sie in grauen Leinwandstoffs, nur sahen sie, dank ihrer Jugend und Kraft, besser als die Jünglinge aus. Sie stahlen alles im Haus, was Alchen übrig ließ. Pascha Emiliewitsch ah zweieinhalb Kilo Fisch auf einem Sitz und konnte in diesem optimalen Fall das ganze Haus ums Mittagessen bringen.

Kaum hatten die alten Frauen ihren Brei verzehrt und die jungen Leute ihre Ration verschlungen, als die letzteren auf der Suche nach etwas Nahrhaftem in die Küche gingen. Indes dauerte das Mal weiter. Die alten Frauen konnten jetzt ungezwungen plaudern. „... und Pascha Emiliewitsch hat heute dem Trödler einen Stuhl verkauft.“ Mitten im Gespräch wurden die Jünglinge durch ein schnarrendes Geräusch unterbrochen, man vernahm eine schallende Stimme, die eine Rede hielt. (Fortsetzung folgt.)

Mann ist Mann?

Frau Margarete ist jedenfalls sehr skeptisch.

Wenn Walter Be., von Beruf Kassensbote, nach anstrengendem Dienst nach Hause kam, empfing ihn seine Frau regelmäßig mit den Worten: „Bist du schon da? Und so etwas will ein Mann sein!“

Im den tieferen Sinn dieser tränkenden Worte zu verstehen, hätte man dabei sein müssen, als vor etwa zehn Jahren der freudestrahlende Walter die liebliche, aber sehr selbstbewusste Margarete heiraten durfte. Er durfte es; denn es hatte lange gedauert, bis sie entschlossen war, diesem ziemlich unansehnlichen, dafür aber ihr völlig ergebenen Mann die Hand zu reichen. Und gleich nach der Trauung erklärte sie ihm: „Eines vertrage ich nicht, wenn nämlich der Mann fortwährend an der Schürze seiner Frau hängt. So etwas ist kein Mann.“ Walter gelobte alles, was sie wünschte, aber halten konnte er es nicht!

So entstand die regelmäßig wiederkehrende Kränkung. Walter fand sich auch damit ab; seine Frau leider nicht, denn sie verlangte eines Tages die Scheidung. „Mit so etwas kann ich nicht länger leben“, erklärte sie einfach.

Darauf Walter erkrankte. Frau Margarete pflegte ihn wochenlang, wie es sich für eine mitleidige Gattin gehörte. Was sie nicht hinderte, am Tage, an dem ihr Mann das Bett verließ, wiederum die Scheidung zu verlangen. Walter legte sich aber gleich wieder ins Bett und das Spiel rollte von neuem ab: Er wurde gepflegt, er genas, Margarete verlangte die Scheidung.

„Sieben Mal habe ich das mitgemacht“, meinte Frau Be. vor dem Scheidungsgericht, wo sie heute endlich erscheinen konnte; „aber jetzt habe ich es endgültig satt. So etwas ist kein Mann!“ „Ich bin genau so ein Mann wie jeder andere!“ rief Herr Walter entrüstet; aber du bist leider nicht die Frau, die meine große Härtslichkeit, mein Bedürfnis nach Freundschaft vertragen kann.“

Ich finde auch, daß Herr Be. genau so ein Mann ist wie jeder andere“, sagte der Richter. „Versuchen Sie es doch noch einmal mit ihm. Vielleicht wenn er einem Turnverein beitrifft, daß er da...“ Die Idee leuchtete der energischen Frau Be. ein. Mit einem sehr kritischen Blick umfahnte sie die schmächtige Figur ihres Mannes, zuckte mit den Achseln und sagte schließlich: „Wenn Sie meinen, Herr Richter,“ Dann schob sie ihren Arm unter den des kleinen Mannes und zog ihn davon.

Das 25-Pfennig-Wochenende

Zum Havelparadies mit Autobus und Straßenbahn

Der Tarif der BSB. ist in den letzten Monaten erheblicher Kritik ausgesetzt gewesen. Aber darüber dürfte es keinen Streit geben, daß eine Weitstreckenfahrt nirgends so billig ist wie in Berlin.

Zum Stöfensee fahren die Straßenbahnlinien 58 und 75. Man kann auch mit der Untergrundbahn bis zum Reichstanzlerplatz fahren und dann auf eine dieser Linien um-

steigen oder auch den kurzen Weg zu Fuß gehen. Kurz vor der weitgespannten Brücke, die sich über den Stöfensee schwingt, hält die Straßenbahn. Von der Brücke aus hat man bereits einen herrlichen Blick auf die schimmernde Wasserfläche, über die weißen Segel-, Motor- und Paddelboote dahingleiten. Der Stöfensee ist ein Wasserparadies für sich. Im Norden grünen die Häuser von Tietzwerder, das sich selbst im Rahmen des großen Berlin seinen eigenen dörflichen Charakter bewahrt hat. Im Süden leuchtet die weite Fläche der Havel.

Wir schreiten über die Brücke und gehen dann links zum Bichelswerder. Bald fallen die von märkischen Riefen bestandenen Höhen steil zum Ufer hinab. Berühmtest sind die Wurzeln der Bäume nach einem Halt. Und der Wind spielt mit dem Sand. Märkische Dünenlandschaft, umgeben von Schilf und Wasser und blumigen Wiesen. Von der Südspitze des

Bichelswerder öffnet sich der Blick auf Schildhorn. Gegenüber liegen die vielen kleinen Häuser von Satow. Wir verlassen das Ufer des Stöfensees, an das sich Bootshäuser auf der einen, Gastwirtschaften und Parks auf der anderen Seite schmiegen, umschreiten die Südspitze und kommen zum Havelgemünd, das einen fast „seemäßigen“ Eindruck macht. Ein richtiges Leuchtfeuer zeichnet auch dann, wenn die Dunkelheit die Landschaft einhüllt, die schmale Wasserstraße, die hier in die seearartig verbreiterte Havel mündet. Das Gemünd ist gut reguliert und fanalartig ausgebildet. Am Wochenende tummeln sich hier ungezählte Sportboote, die in Spandau oder auch in Bichelswerder beheimatet sind.

Wir kehren nun zur Stöfenseebrücke zurück, überschreiten sie in südlicher Richtung, gehen auf der Chaussee am Ostrand des Stöfensees entlang nach Schildhorn. (Etwa 2 Kilometer.) Der Halbinsel sind Gasthäuser vorgelagert. Wasserräder tummeln sich neben Booten auf der kleinen Bucht zwischen der Halbinsel und dem festen Ufer. Dann klettern wir die viel betretenen Stufen zum Denkmal empor, das an alte Bergangenheit erinnert, an jene Zeit, als noch keine Brücke über den Stöfensee führte, als noch niemand daran dachte, daß Berlin sowohl an der Spree als auch an der Havel liegen könne.

Im Jahre 1157 soll sich der Wendenfürst Jaczo von Köpenick hier vor der Verfolgung Albrechts des Bären gerettet haben. Damals pflegten die Fürsten bei Kämpfen immer noch an der Front zu sein. Als Jaczo Weh gehabt hätte, soll er den alten Wendengöttern geflücht und die Absicht bekundet haben, es nunmehr mit dem Christengott zu versuchen. Seinen Schild soll er an eine der Eichen gehängt haben, die hier früher an Stelle der armenischen Riesen gestanden hätten. Als Eichenerfah, zum Gedenken an jenes Ereignis, steht nun auf Schildhorn eine steinerne Eichenstübe. Von der Höhe der Halbinsel zeigt sich wieder das schöne Bild der Havel. Im Norden die Türme von Spandau, das als Hauptstich eines ausgedehnten Berliner Verwaltungsbezirkes erhebliche Bedeutung erlangt hat. Auf dem anderen Ufer läuft der Autobus, der von Spandau kommend für 25 Pf. nach Gladow, gegenüber der weiten Wasserfläche des Wannensees fährt.

Zwei Kilometer südlich von Schildhorn ragt der Karlsberg auf, dessen höchster Punkt 79 Meter über dem Meere liegt. Ihn krönt der Grunewaldturm, der eine ausgezeichnete Landmarke an den Ufern der Havel ist. Von der Höhe des Turmes (Aufstieg 10 Pf.) schweift der Blick weit über die grünen Wipfelwogen des Grunewalds hinweg zum Funkturm, dem Wahrzeichen Berlins, und darüber hinaus zu den anderen Steintürmen der Riesenschicht. Im Süden grünen die Kuppeln Potsdams, die über einen Schleier von Wäldern emporzustiegen scheinen. Davor liegt Schwanenwerder und dahinter unter dem Turm das kleine Eiland Lindwerder: Das ganze Havelparadies ist ausgebreitet.

Vom Grunewaldturm aus kann man zur Stöfenseebrücke zurückwandern (4 Kilometer) oder aber über die stärkere Sandbucht und den eingezäunten Barssee, der zum Naturschutzgebiet erklärt worden ist, und dann über den Teufelssee nach Bahnhof Grunewald (etwa 5 Kilometer) zurückwandern. Man kann auch zum Hundehäufchen wandern, wo man den Anschluß an die Straßenbahnlinien 76 und 176 erreicht.



Der Grunewald bei Schildhorn

steigen oder auch den kurzen Weg zu Fuß gehen. Kurz vor der weitgespannten Brücke, die sich über den Stöfensee schwingt, hält die Straßenbahn. Von der Brücke aus hat man bereits einen herrlichen Blick auf die schimmernde Wasserfläche, über die weißen Segel-, Motor- und Paddelboote dahingleiten. Der Stöfensee ist ein Wasserparadies für sich. Im Norden grünen die Häuser von Tietzwerder, das sich selbst im Rahmen des großen Berlin seinen eigenen dörflichen Charakter bewahrt hat. Im Süden leuchtet die weite Fläche der Havel.

Wir schreiten über die Brücke und gehen dann links zum Bichelswerder. Bald fallen die von märkischen Riefen bestandenen Höhen steil zum Ufer hinab. Berühmtest sind die Wurzeln der Bäume nach einem Halt. Und der Wind spielt mit dem Sand. Märkische Dünenlandschaft, umgeben von Schilf und Wasser und blumigen Wiesen. Von der Südspitze des

Revier 82 freigesprochen.

Die Misshandlungen Unschuldiger. — Ein unbefriedigendes Urteil.

Die Berufungskammer des Landgerichts I sprach gestern nach zehnstündiger Verhandlung den Polizeioberwachtmann Gärtners von der Anklage der gemeinshaftlichen gefährlichen Körperverletzung und die beiden Polizeioffiziere, den Polizeioberleutnant Mader und den Polizeihauptmann Alsdorf frei.

Das Gericht erster Instanz hatte Gärtners zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hat gestern die Anklage gegen Mader fallengelassen und sowohl gegen Gärtners als auch gegen Alsdorf Gefängnisstrafen beantragt. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende u. a. aus: Der Angeklagte Gärtners sei mangels Beweises freizusprechen gewesen, da eine Verurteilung auf Grund der Aussage bloß eines Zeugen, bei dem ein Irrtum nicht ausgeschlossen erscheine, nicht ausgesprochen werden konnte. Die beiden Polizeioffiziere mußten aus rechtlichen und teilweise aus tatsächlichen Gründen freigesprochen werden. Eine bewusste Vertuschung oder einen Versuch, die Beamten der Strafe zu entziehen, haben sie sich nicht zuschulden kommen lassen. Das sei subjektiv unwahrscheinlich, da sie sich hätten sagen müssen, daß sie wegen der Vorfälle disziplinarisch zur Rechenschaft gezogen werden würden, daß nachgeprüft werden würde, ob sie ihre Pflicht verletzt hätten. Zugabegeben sei, daß der Hauptmann Alsdorf in den Wirren jenes Tages vielleicht nicht in allen Momenten das Richtige getan habe, andererseits sei er es aber gewesen, der ganz energisch gegen die Mißhandlungen eingeschritten ist. Dieses stelle das Gericht im Gegenjah zum Urteil der ersten Instanz fest, das es als erwiesen erachtet habe, daß die Mißhandlungen in Gegenwart der beiden Polizeioffiziere stattgefunden hätten.

Unschuldige Menschen sind auf dem Polizeirevier auf das gemeinste mißhandelt worden. Der Polizeipräsident Jörgelbel hat sich damals, sobald ihm die Einzelheiten bekannt wurden, veranlaßt gesehen, das Revier aufzulösen. Dem Gericht, ebenso in der ersten wie in der zweiten Instanz aber war es nicht möglich, einwandfrei einen einzigen Beamten festzustellen, der auf die wahren Häuflinge eingeschlagen hat. Wie ist das zu erklären? In der ersten Instanz trat ein Beamter nach dem anderen auf und erklärte, nichts gesehen zu haben. In der zweiten Instanz widerholte sich das gleiche Schauspiel. Beidemal sah sich das Gericht gezwungen, einen großen Teil der Beamten unerschuldig zu lassen, weil sie entweder der Mittäterschaft verdächtig schienen oder in Gefahr standen, einen Meineid zu leisten. Die Mitglieder des Arbeiterschützenbundes sind auf der Revierstube in piehischer Weise geprügelt worden. Aber von den etwa 40 Beamten hat niemand angeblich einen der Prügelnden festzustellen vermocht. Das ist beschämend, und es ist geradezu erschreckend, daß auch der zuständige Vorgesetzte nicht in der Lage war, durch energische Rückfrage die Schuldigen festzustellen. Jeder Mensch hat für seine Taten einzustehen, und das verlogene Rein des Schuldigen ist eine Feigheit. Die

Beamten aber, die als Zeugen auftraten, zeigten eine falsche Kameradschaft. Sie bewiesen, daß in diesem Revier der Schutzpolizei Verkleidung und Vertuschung vorlagen.

Wir sind die letzten, die zu unberechtigten Angriffen gegen die preussische Schutzpolizei neigen. Aber wir verlangen eine saubere Volkspolizei im besten Sinne des Wortes. Der Polizeipräsident Jörgelbel hat damals ohne Verzug energisch durchzugreifen. Wir wissen, daß sein Nachfolger, Polizeipräsident Grzesinski, in gleicher Weise befreit ist, dem Berliner Polizeikörper unangenehme Elemente fernzuhalten und sollten sie angetroffen werden, für ihre Entfernung aus dem Dienst zu sorgen.

Vergleich im Rüdinger Prozeß.

Die Innere Mission kommt zur Einsicht.

Biel, 4. Juni. (Eigenbericht.)

Im Rüdinger Fürsorgeerziehungsprozeß kam gestern ein Vergleich zustande. Man kann nicht gerade sagen, daß dieser Vergleich zugunsten der Inneren Mission ausgefallen ist. Die Innere Mission hat, solange das Verfahren schwebt, von der Anklageerhebung bis zu dieser Berufsungsverhandlung, ihre ganze Verteidigungstaktik darauf eingestellt, die als Zeugen vernommenen ehemaligen Fürsorgeerzöglinge als unglaubwürdig hinzustellen. Sie hat, um das zu beweisen, das ganze Leben der Fürsorgeerzöglinge wieder aufgerollt. In dem Vergleich nimmt sie jetzt alles zurück und erklärt, daß sie auch in Zukunft diese Erzieher nicht mehr als unglaubwürdig hinstellen will. Auf Grund dieses Vergleichs zog der Nebenkläger die seine Berufung zurück. Das Verfahren wurde daraufhin eingestellt. Im Interesse der allgemeinen Fürsorgeerziehung und vor allen Dingen der guten modernen Fürsorgeerziehung hätte die Innere Mission sich für diesen Schritt besser schon nach der ersten Verurteilung, die so vernichtend für sie ausgefallen ist, entscheiden sollen.

Wieder Plünderung am Görliger Bahnhof.

In die Filiale der Butterhandlung „Korbflorn“ in der Reichsberger Straße 138, unweit des Görliger Bahnhofes, drangen gestern abend wieder etwa 12 bis 15 junge Burschen ein und raubten größere Mengen Lebensmittel. Eine Polizeipatrouille, die gerade des Weges kam, nahm die Verfolgung der flüchtenden Plünderer auf. Zwei Täter wurden ergriffen und der Abteilung IA des Polizeipräsidenten zugewandt.

Führung durch Alt-Berlin. Die nächste Führung durch die verschiedenen Winkel des Altberlins veranstaltet das Bezirksamt Schöneberg unter der leuchtenden Leitung des Schriftführers Hans A. Ambergert am Sonntag, 7. Juni, abends um 10½ Uhr auf dem Spitzmaas, Ausgang Unter den Eichen, Teilnahme 50 Pfennig.

Der überfallene Kinobesitzer.

Ringvereinsmitglieder auf der Anklagebank.

Der Überfall auf den Kinobesitzer Thomas und dessen Ehefrau am 15. März hat jetzt zur Erhebung der Anklage durch die Staatsanwaltschaft III gegen fünf Angeklagte, unter denen sich mehrere Ringvereinsmitglieder und Schwerverbrecher befinden, geführt.

Wie die Ermittlungen ergeben haben, ließen sich die Eheleute Thomas, die Inhaber von fünf Berliner Kinos sind, nach erfolgter Kassenabrechnung unter Mitnahme der Kasse von dem Droschkenfahrer Otto Büttner regelmäßig nach Hause fahren.

Jetzt ist erst bekannt geworden, daß der Droschkenschaffner Mitglied des Ringvereins „Alle Freie“ war.

Büttner machte von seinen Wahrnehmungen seinem Freunde, dem Papler Franz Schwertfeger, der wiederum dem Ringverein „Königlicher Vorstadt“ angehört und von diesem wegen „hervorragender Verdienste“ die goldene Vereinsnadel erhalten hat, Mitteilung. Schwertfeger griff den Plan sofort auf und bereitete einen Raubüberfall vor. Man suchte sich aber noch Gehilfen für das schwierige Unternehmen und fand sie in Bruno Schulz, der kurz vorher aus dem Zuchthaus ausgebrochen war, und Max Franke. Diese beiden waren die Hauptbeteiligten an dem Tempelhofer Kassentraub gewesen. Franke ist Mitglied des Ringvereins „Einigkeit“. Weitere Verbündete waren auch noch ein gewisser Thimm, der noch nicht ergriffen ist, und der Kraftwagenbesitzer Ignaz Kloos. Dieser fuhr die Spießgesellen zu dem Hause, in dem das Ehepaar wohnte und wartete auch mit seinem Wagen, um die Flucht nach vollbrachter Tat ins Werk zu setzen. Der Überfall verlief planmäßig. Die Verbrecher hatten sich einen Nachschlüssel verschafft und lauerten dem Ehepaar auf der Treppe auf.

Sie flüchteten, nachdem sie Frau Thomas die Handtasche mit 3500 M. entrisen hatten, wurden aber auf die Hilferufe verfolgt und zerstreuten sich nach allen Richtungen.

Schutz wollte in die Droschke von Kloos flüchten, wurde aber zunächst als einziger festgenommen.

Die fünf Angeklagten werden sich vor dem Schöffengericht Wedding wegen gemeingefährlichen schweren Raubes zu verantworten haben.

Fünf Wochen im Wasser gelegen.

Ver schwundener Oberlandesgerichtspräsident aufgefunden.

Der seit dem 1. Mai vermißte Oberlandesgerichtspräsident Bruno Krüger, der in der Rosenburgstraße 10 in Steglitz wohnte, ist gestern an der Nonnendammstraße aus der Spree gelandet worden.

Krüger war das letzte Mal am 1. Mai gegen 12 Uhr nachts an der Autobushaltestelle in der Joachimsthaler Straße gesehen worden, von wo er, nach der Sitzung einer juristischen Vereinigung, offenbar nach Hause fahren wollte. Von diesem Zeitpunkt ab fehlte jede Spur von ihm. Zunächst wurde vermutet, daß Krüger, der unter starker Nervosität litt, planlos umherirre. Als die Suche der Polizei nach dem Vermissten jedoch erfolglos blieb, mußte damit gerechnet werden, daß Krüger seinem Leben freiwillig ein Ende gemacht hatte. Diese Annahme scheint sich durch das Auffinden seiner Leiche zu bestätigen. Da der Tote, dem fast sämtliche Kleider fehlten, bereits stark in Verwesung übergegangen war, konnte die einwandfreie Identifizierung erst durch den Zahnarzt erfolgen, der Krüger an dem Weib erkannte.

Die Angehörigen glauben, daß ein Verbrechen vorliegt, die Leiche ist darum zur Sektion beschlagnahmt worden.

Drei Arbeiter verschüttet.

Schweres Unglück in Nordschweden.

Stockholm, 4. Juni.

In der Nähe von Göpö in Nordschweden waren heute früh vier Arbeiter in einer Tiefe von 4 Meter mit Kanalarbeitsarbeiten beschäftigt. Plötzlich gerieten die Erdmassen ins Rutschen und begruben die Arbeiter. Nach dreistündiger Rettungsarbeit wurde ein Arbeiter lebend geborgen, die übrigen drei waren bereits tot.

Der Tag der Jugend.

Parteitagdebatte über die Jugendfrage. — Der Bericht des Parteivorstands.

Für die Studenten spricht

Berlowitz-Berlin: Die freundlichen Worte, die mehrere Referenten des Parteitags den sozialistischen Studenten gewidmet haben, haben uns erfreut und beschämt. Wenn man sich erinnert, daß die Kieler Studenten einen alten Theologen wie Baumgarten beschimpft und körperlich bedroht haben, weil er sich zur Republik und zum Frieden bekannte, oder wie man in Heidelberg Gumbel verfolgt, der doch ein Wissenschaftler von Rang ist, dann muß man den Worten MacDonalds zustimmen, daß sich der erfolgreiche Universitätsbesuch darin erweise, daß sich tiefes Dunkel über einem menschlichen Geist verbreitet und sein staatsbürgerlicher Wert sich sehr vermindert habe. (Heiterkeit und Zustimmung!)

In der Tat sind Bedeutung und Ansehen der Universitäten stark gesunken und die Universitäten haben noch nicht begriffen, daß gerade in der Demokratie selbst der Bestand der Hochschulen abhängig ist von der öffentlichen Meinung, abhängig davon, daß sie sich in den Rahmen der Republik einfügen.

Der wenn die geistige Bedeutung der Universitäten herabgemindert ist, so ist ihr politischer Einfluß gemindert. Die soziale Schichtung auf den Universitäten und Hochschulen überhaupt entspricht genau der sozialen Schichtung des deutschen Volkes. Akademisierung und Profetisierung gehen auf den Hochschulen in geradezu grotesker Weise hand in Hand. Dazu beigetragen hat die sinnlose Heberziehung des Berechtigungsweises, die Heberziehung der akademischen Bildung auch in der Arbeiterklasse und im Mittelstand. Die Zahl der Studenten an den Universitäten ist um 50 Proz. gewachsen, an den Technischen Hochschulen und Handelshochschulen nahezu verdoppelt. Eine große Rolle spielt dabei allerdings die Anstauung der Hörerzahl durch die älteren Semester, die mangels jeder Anstellungsmöglichkeit einfach ihr Studium fortsetzen. So ist die Universitätskrise mit der Wirtschaft eng verbunden. Unter den Studenten sind nur 2,4 Proz. Arbeiterkinder, aber über 45 Proz. Beamtenkinder. Das Ideal des kleinen Beamten besteht eben darin, seinen Sohn auf den Posten zu bringen, den sein Vorgesetzter hatte. Über 50 Proz. der Studenten gibt als ihr Ziel Anstellung im Staat und in der öffentlichen Verwaltung an. Über 50 Proz. der Studenten sind nationalsozialistisch beeinflusst.

Das zeigt die ganze Größe der akademischen Gefahr für Republik und Staat. (Sehr wahr!)

Es ist falsch, zu sagen, daß die Universitäten Monopol der bestehenden Klasse seien. Richtig ist, daß Beamte und Mittelstand auf dem Umweg über die Hochschulen Anschlag an die führende kapitalistische Schicht suchen. Es ist auch nicht richtig, zu behaupten, die Studentenschaft wäre reaktionär; sie ist im tiefsten revolutionär. Aber die Not der eigenen Familie, die Sorge um die eigene Zukunft und die Angst vor der Konkurrenz der Außenwelt hat bei ihnen jedes Solidaritätsgefühl gegenüber der Arbeiterklasse erstickt. Diese Einstellung bringen die Studenten bereits von den höheren Schulen mit und die Kultusverwaltungen der Länder haben der politischen Beeinflussung der Jugend nicht die genügende Aufmerksamkeit geschenkt. (Sehr richtig!) Bei den nationalsozialistischen Studenten geht eine starke Rückwirkung aus auf die Jugend überhaupt und auch auf die Eltern, die durch die Studenten aus ihrer früheren staatspolitischen Einstellung herausgerissen und radikalisiert worden sind. Die Professoren hätten die Aufgabe gehabt, die antisozialistischen Aspekte der jungen Generation in die Bahnen fruchtbarer Erkenntnis zu lenken. Aber sie haben dabei fast reiflos versagt. Dabei würde die Republik schon über genügend Nachwuchs verfügen.

Wenn man bedenkt, wieviele Anwälte der Industrie Behauptungen erhalten, muß man sich wirklich wundern, daß nicht längst eine ganze Reihe von Gewerkschaften Aufzug erhalten hat, wirtschaftliche und sozialpolitische Fragen vor der akademischen Jugend zu besprechen. (Lebhafte Zustimmung.) Aber der ganzen Sozialversicherung wird heute auf deutschen Hochschulen noch nicht so viel Beachtung geschenkt, wie der interessanten Juristenfrage des Zusammenstoßes von Schiffen auf hoher See! (Heiterkeit.)

Trotzdem sind die Universitäten nicht ganz der Reaktion ausgeliefert. Wir haben in Deutschland und Deutschösterreich 5000 sozialdemokratische Studenten und Studentinnen organisiert und etwa 10 000, fast 10 Proz. der Gesamtzahl, stimmen für uns.

Diese sozialistischen Studenten stehen meistens den Leuten aus der Bourgeoisie, die in die Arbeiterbewegung kommen, um sich proletarisch aufzuspielen als die Proletarier selbst. Wenn wir in die Arbeiterparlamenten gehen wollen, machen wir uns nicht vorher den Kraken schmutzig! (Heiterkeit.)

Wenn Anhaltstitelaten in der „Weltbühne“ sich nicht genug über mangelnden Geist der Sozialdemokratie enträsten können, dann ist es mit eine Ehrenpflicht, ihr zu erklären, daß Partei und Gewerkschaften in den letzten Jahren der sozialistischen Propaganda und Idee unter den Studierenden eine Aufmerksamkeit zugewendet haben, wie nie zuvor und in keinem anderen Lande des Kontinents.

Es ist mit eine Ehrenpflicht, der preussischen Fraktion für ihre Kulturarbeit zu danken und der Professoren Kadbruch, Lederec und der zahlreichen anderen sozialistischen Professoren zu gedenken.

Wenn die Älteren der „Weltbühne“ das Maul so aufreißen können, verdanken sie es nur der Kraft, mit der die Sozialdemokratie die Republik schützte. Gerade die Akademiker hätten die Aufgabe, ihre bessere Erkenntnis in der Arbeit zu verwerten. Sie sollten nicht aus dem Falschismus einen Popanz machen, mit dem man alles und gar nichts beweist. Wie unsere Gegner alles, was ihnen nicht paßt, für Marxismus oder Kulturbolschewismus erklären, so dürfen nicht unsere akademisch gebildeten Genossen in den gleichen Fehler verfallen und jede ihnen unbequeme Regierung und Regierungstätigkeit als Falschismus bezeichnen. Damit erzeugt man nur Defatismus und verhindert jede ernsthafte Betrachtung des falschistischen Problems! Man hat der Partei oft vorgeworfen, daß sie den geistigen Bedürfnissen der Jugend nicht genug Rechnung trane. Aber auf der anderen Seite werden die jungen Menschen, die völlig selbstgefähren sind, nie zu den besten der Arbeiterbewegung gehören. Wer nicht mehr zweifelt, wer seine Meinung gar nicht mehr ändern kann, ist geistig tot. Wer blind auf Sendewind schwört, kann sich nicht mehr entwickeln. Ich gestehe ganz offen, daß die Jungen vor dem Parteitag unsicher waren, ob die Partei noch die innere Kraft besitze, wieder offensiv zu werden. Auch wir haben gedacht, jetzt müsse einer aufstehen und die Fahne vorantreiben.

Aber die Referate von Tarnow und Sölmann und besonders das Schlusswort von Bräutigam haben uns doch wieder befestigt. Wenn die Demokratie fähig ist, solche Männer herauszustellen, hat sie doch nicht versagt, haben wir doch allen Anlaß, sie und ihre Formen zu verteidigen! (Stürmische Beifall.)

Unsere Studenten haben in den Parteierfassungen oft angeecdt. Genossen, messen Sie dem keinen Wert bei! Die jungen Menschen

haben es heute schwer, immer den richtigen Weg zu finden. Unsere Partei leidet an den großen Spannungen, daß sie an den Grundfesten der Gesellschaft rüttelt und doch wie ein neuer Herkules das ganze Gesellschaftsgebäude trägt. Heute kann man den jungen Akademikern nicht mehr vormerken, wie 1918, daß sie um der Konjunktur willen zur Sozialdemokratie kamen, aber doch sind die jungen Akademiker noch nie so stolz darauf gewesen, daß sie Sozialdemokraten sind, wie jetzt, da wie dem Unlasi und dem Terror der Gegenseite die ewigen Postulate der Freiheit und Menschenwürde entgegenstellen. (Lebhafte, langanhaltender Beifall.)

Kleinobst-Ottshagen: Der Referent hat mit Bedauern feststellen müssen, daß ein nicht geringer Teil der Jugend zu den Nationalsozialisten übergetreten. Das hat wirtschaftliche, aber auch psychologische Gründe. Wenn die Nationalsozialisten sich gegen aus unserem Programm für ihr Puppentheater gerissen haben, so haben auch wir Ansehen bei den Nationalsozialisten gemacht. (Unruhe. Wels: Wir nicht, vielleicht Sie!) Ich protestiere gegen diese Störungen in der Geschäftsleitung. Ich finde wenig Demokratie darin, daß man mich nicht einmal in meinen 10 Minuten sprechen läßt. (Beifall auf der Tribüne.) Ich meinte damit, daß wir dem Nationalismus nicht genügend stark entgegengetreten. Die Jugend wird vom Gefühl bestimmt, und wenn sich jetzt schon unsere Parteipresse verhalten läßt, von Tribulasten zu schreiben, wird das Gerechtigkeitsgefühl der Jugend irregeführt. Die Tribute nach innen sind an unserem Wirtschaftselend viel mehr schuld, als die Reparationen nach außen. (Vorliegender Dipinst! bittet den Redner, nicht wieder in die außenpolitische Debatte einzutreten, er möge zur Jugendfrage sprechen.) Wenn wir die Jugend der Partei näherführen wollen, müssen wir sie vom Nationalismus ablenken. Dann darf nicht das Auslandskapital der Feind sein, sondern das Kapital.

Vorliegender Dipinst: Ein Debattieredner auf dem Parteitag darf in keinem Zusammenhang erklären, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion habe die Agitation der Nationalsozialistischen Partei unterstützt. Die Sozialdemokratie hat von jeher die Behauptung von Deutschlands Allein Schuld am Kriege bekämpft. Auf dieser Unwahrheit ist die deutsche Reparationsverpflichtung begründet. Wir haben vielmehr jederzeit gegen die Reparationen gekämpft und praktisch für das deutsche Volk eine erhebliche Herabsetzung der Reparationslast erreicht. Die Sozialdemokratie hat von jeher eine gerechte Verteilung der Lasten des Krieges gefordert, die im Einklang mit der deutschen Leistungsfähigkeit steht. Wenn wir in dieser Weise das Gesamtinteresse der deutschen und der internationalen Arbeiterklasse wahrgenommen haben, da ist es unerhöflich, wenn ein Parteitagdelegierter und Wissenschaftler wie Kleinobst uns Konzeptionen an den Nationalismus unterstellt, bloß um neue Vorwürfe gegen die Reichstagsfraktion zu schleudern. In der Zurückweisung dieser Entgleisung weis ich mich mit dem gesamten Parteitag einig. (Lebhafte Beifall.)

Rölling: Das Jugendproblem ist für uns nicht identisch mit der Frage der Jungsozialisten. Wenn wir den jungsozialistischen Laden schließen, verschütten wir damit keinen Weg zur Partei, sondern riegneln nur eine Sackgasse ab. (Sehr wahr!) Wir richten hier keinen Gasen auf, sondern vollziehen nur ein Urteil der Geschichte.

Der Jungsozialismus ist gestorben an einer starren Orthodoxie, einem ungeheuren Kult des Westigen und Vorgesetzten und andererseits an einer unympathischen Ueberheblichkeit. (Sehr gut!)

Das Jugendproblem bleibt, weil das Generationenproblem bleibt. (Sehr wahr!) Und es hat sich verschärft, weil eine junge Generation heranwächst, der Krieg und Revolution nur noch ein Vesebühnenereignis ist. Der junge Nationalismus muß bleiben, und wir dürfen nicht versuchen, ihn dadurch abzubiegen, daß wir den Jungen Funktionärposten geben. Die Jugend, die am Sonntag mit uns demonstrierte, war, richtig verstanden, radikalster als die Jugend, die hier von der Tribüne larmt. (Lebhafte Zustimmung.) Ich sehe folgende Aufgaben für die Jugend: Stärkung des nüchternen Sinnes für Radikalität, ein Abgehen von dem allzu starken gefühlsmäßigen Betrachten des Geschehens. Sonnentum bedeutet Apparatur um ihrer selbst willen, bedeutet organisatorischen Fettersatz. (Heiterkeit.) Das fehlt der Jugend. Die Aufgabe ist hier, nicht Saboteur zu sein, sondern Gegenspieler. Die dritte Aufgabe ist: Herst uns, heranzutreten an die kapitalistischen Zwischenschichten. Dazu brauchen wir eine große geistige Benüßigkeit und Geschlossenheit. Helft uns weiter im Kampfe gegen den rüden Nationalismus, nicht nur durch den Ruf „Nie wieder Krieg!“ — der macht auf die Jugend einen erstaunlich geringen Eindruck —, sondern dadurch, daß ihr den nationalsozialistischen Berhebungen ever gutes Europäerbewußtsein gegenüberstellt. Spottet über die Grenzheine, über die man mit einem Flugzeug in wenigen Stunden hinwegfliegen kann! Helft uns auch gegen die Berlinisierung und Vermäderung, die wieder über Deutschland hereinzubrechen droht. Die Menschen, die man nicht mehr unbedeutendigt ins Kino und ins Theater gehen lassen will, wird man bald nicht mehr unbedeutendigt in die Wahlzelle gehen lassen. Arbeitet mit an neuen Werbemöglichkeiten. Wir müssen dem Sozialismus einen neuen kulturellen Ausdruck verschaffen. Er darf nicht zu verstandesdürr sein. (Sehr richtig!) Die schönste Aufgabe der Jugend aber ist, daß sie dem Sozialismus die visionäre Schau, die Zielgläubigkeit erhält. Bewegung ist nur Ziel, wenn das Ziel alles bleibt. Den jungen Freunden auf den Tribünen möchte ich noch sagen: Wir haben Aufgaben für euch, wir haben Aufgaben für euch alle. Wir wollen euch die gleichen Rechte geben, aber, ihr jungen Freunde, übernehmt dann auch die gleichen Pflichten. (Stürmische Zustimmung.)

Edel-Dresden: Der Resolution über die Jungsozialisten werden wir zustimmen, aber mit dem Bedauern, daß es durch die Ablehnung aller Vermittlungsversuche durch die Leitung der Jungsozialisten dazu kommen mußte. Es herrschte dort ein aufbelebtes Kraftgefühl, genährt von älteren Parteigenossen.

Es ist ein Mißbrauch der Jugend, wenn ihr solche Reden seroiert werden, wie die des Genossen Kleinobst.

Gewiß, Fehler sind auch von uns gemacht worden. Die Jungsozialisten wurden stark hofiert, als sie noch eine politisch genehme Haltung einnahmen. Der Eintritt mußte erfolgen nach dem 14. September, im Augenblick höchster Not der Partei. Da hätte keine elektrische Heberzeugung, wie wir in die Schwierigkeiten hineinkommen waren, sondern wir mußten heraus aus den Schwierigkeiten, zum Kampf gegen die Nationalsozialisten. Die Verhängung des Parteiapparates könnte wohl etwas schneller erfolgen. Sie muß erfolgen für die Jugend und mit der Jugend, aber nicht durch die Jugend gegen die Partei. (Beifall.)

Dietrich-Erfurt: Die nächste Tagessarbeit läßt natürlich nicht die Anzeichenstrotz auf die Jugend aus. Bei der Darstellung des sozialen Mißstands der Jugendlichen schloß die Gefühlsregung noch

höhere Bogen als bei den drei von Rölling erwähnten Punkten. Und diese Gefühlsregung wird sich nach den Gefühlsauswirkungen der neuen Rotverordnung vor den Stempelstellen noch verstärken. (Sehr wahr!)

Es darf nirgends die Auffassung aufkommen, als gingen die politischen Fragen der Jugend nichts an. Wenn wir begreifen, daß die Jugend alles angeht, wird manche Spannung vermindert werden.

Die größte Gefahr sehe ich darin, daß durch organisatorische Maßnahmen verhaltene Aktivität geschaffen wird. Sie geht dann ihre eigenen Wege. Wer etwa glaubt, die Schwierigkeiten seines Arbeitsgebietes durch Schaffung von Arbeitsgemeinschaften beheben zu können, wird bittere Enttäuschungen erleben. Die Hauptsache ist die Verantwortung der einzelnen Funktionäre als Mensch, als Beispiel für die heranwachsende Jugend. (Lebhafte Zustimmung.)

Meißmann-Hamburg: Zunächst müssen wir feststellen, wodurch wir die Jugend nicht gewinnen: nicht mit pastoraler Belehrung, nicht mit Ueberheblichkeit oder mit mimosenhafter Empfindlichkeit. Ein wichtiges Problem ist, wie die Hunderte, tausende aus der Kinderfreundebewegung in unsere Bewegung hineinzuführen sind. Die Politisierung der Jugendbewegungen bejube ich. Aber man kann auf verschiedene Weise politisieren. Entweder, wenn man seine eigenen, mit guten Gründen erarbeiteten Grundlätze vorwegnimmt, oder indem man wie ein guter Pädagoge den Stoff und die Problematik an den jungen Menschen heranbringt. Zur Frage der Heranholung der Jugend zur Mitarbeit weise ich darauf hin, daß Wels und Hermann Müller mit dreißig Jahren in führende Ämter der Partei gekommen sind. Darum sollte unsere jetzige Leitung nicht allzu ängstlich sein.

Geben wir unserer Jugend eine Chance!

Wenn der Jugendliche sich dann nicht bewährt, dann muß er, eben, wie der ältere Genosse, der nichts leistet, verschwinden. Ich warne davor, den Nachwuchs nach seiner tatsächlichen Haltung auszuwählen.

Liebmann: In der noch Referenzen vorgelegten Entschließung ist nicht konkret genug gesagt, wie die Mitarbeit der Jugendlichen aussehen soll. Auch auf dem Parteitag sind zu wenig Genossen, die eigentlich als Hauptbeteiligte zum Thema der Jugend reden könnten. Die mangelhafte Berücksichtigung der jüngeren Generation in der Organisation hat einzelnen überalterten Jugendlichen, einzelnen Parteiführungsaspiranten ohne Verantwortungsgelbst Gelegenheit gegeben, einen wahren Jugendkult zu treiben und diese Jugendlichen zu mißbrauchen. Wenn die Jugendlichen keine Wortführer mehr nötig haben, wenn wir ihnen in der Organisation den gebührenden Platz geben, dann hört das von selbst auf.

Was hier oben auf den Tribünen seinen Gehören recht lauten Ausdruck verleiht, ist weder ein wesentlicher Bruchteil der Leipziger Jugend, noch sind es leider sozialistisch organisierte Jugendliche.

Zu dieser Feststellung vor dem Parteitag fühle ich mich doch verpflichtet. Im übrigen hat der Parteitag seine Pflicht zu tun, und noch unserer Ueberzeugung dienen wir der Partei, wenn wir die Jugend in der Organisation und bei allen Kandidatenaufstellungen praktisch mitbestimmend berücksichtigen.

Die Verhandlungen werden auf nachmittags 3 Uhr vertagt.

Nachmittagsitzung.

Vorliegender Wels: Zur Rednerliste sind 40 Redner gemeldet, lauter gewichtige und schwere Namen. (Heiterkeit.) Auf diese Weise lämen die wirklichen Jugenddelegierten überhaupt nicht zu Wort, da wir unsere Arbeit hier auch zu Ende bringen müssen. Ich erbitte deshalb vom Parteitag die Ermächtigung, zuerst den vier jüngsten gemeldeten Delegierten — sie sind 21, 24 und 26 Jahre — das Wort zu geben. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind zu ihren Gunsten bereit, von der Rednerliste zurückzutreten. Der Parteitag stimmt diesem Vorschlag zu.

Fliege-Dortmund: Wir danken dem Genossen Wels für die Möglichkeit der Aussprache. Als jüngster Delegierter des Parteitags darf ich stolz erklären, daß der Bezirk „Westliches Westfalen“ mich einstimmig gewählt hat. (Beifall.) Wir wollen der Partei unsere Aktivität und unseren Willen zur Arbeit geben; denn die Sozialdemokratie ist eine Partei der Jugend, ist eine Partei der Zukunft. Die jugendlichen Wähler haben am 14. September dem politischen Leben Deutschlands ein neues, wenn auch nicht schönes Gesicht gegeben. Aber wir müssen die Gründe begreifen. Gerade die Arbeitslosigkeit hat den Drang der Jugend nach Betätigung übersteigert. Wir dürfen uns nicht wundern, wenn sie in dieser Lage der Parole nicht widersteht, Schaufenster einzumerzen. Dazu kommt der ungeliebte Einfluß des Sports, da, wo er auf die Züchtung von Sportkanonen ausgeht und namentlich in den Wertsportvereinen. Auch da, wo wir mit der Entscheidung der Partei nicht ohne weiteres einverstanden sein konnten, haben wir uns ehrlich demütigt, die Gründe zu verstehen und die jugendlichen Genossen objektiv darüber zu unterrichten. So wollen wir mit den älteren Genossen Schulter an Schulter für unsere Idee kämpfen.

Virner-Rürnberg: Wir brauchen zwischen Partei und Jugend eine Atmosphäre des Verstehens, des gegenseitigen Vertrauens. Es ist seit dem Weltkrieg ein neuer Typ der Jugend herangewachsen. Nicht nur Krieg und Revolution haben ihre entscheidenden Merkmale geprägt; es kam dazu die Technisierung, die Typisierung und die Normung. So entstand die Jugend für die auch äußere Norm der Uniform, die ja auch der Ausdruck gemeinsamen Willens sein kann.

Die Schulzeit dieser jetzigen Jugend lag während des Krieges. Als wir ausgehert hatten, ließ man uns in das Millionenheer der Arbeitslosen.

Noch stärker als die proletarische Jugend hat sich die junge Angestellten- und Bauernschaft der Verzweiflung und dem Radikalismus in die Arme geworfen. Sie alle sind Kinder der verworrenen Zeit, Kinder der Maschinen, Kinder der Nationalisierung. Die Partei muß diese Jugend zu verantwortlicher Tätigkeit heranziehen. Sie darf die Funktionen in der Partei nicht nach dem Alter vergeben, sondern dem Willen und Können der jungen Generation Raum schaffen. Das wird für die Jugend psychologisch ein gewaltiger Anreiz sein. Den relativen Radikalismus der Jugend wird die Sozialdemokratie nur überwinden durch radikalen Positivismus, durch entschlossene Tat. (Beifall.)

Keller-Eisenberg: Leider hat es die Republik veräumt, die junge Generation an das jetzige System zu binden. Sie hat der Jugend keine Selbstverantwortung auferlegt. Raumnot ist es, die große Teile der jungen Wählerschaft zu den Feinden der Republik ge-

trieben hat. Die Republik hat den Fuder der Jugend brach liegen lassen; ihre Feinde haben ihn bestetzt und abgeerntet.

Deshalb erscheint uns die Ueberwindung des Faschismus besonders schwer. Wir werden sie nur erreichen, wenn Sie den jungen Krafte in der Partei den weitest gehenden Raum geben.

Sie dürfen die Jugend nicht als Konkurrenz betrachten, die Sie verdrängen will. Die Jugend hat hohe Anerkennung z. B. für unseren erkrankten Genossen Ludwig, der in schweißgarter Arbeit eine starke Verjüngung in den Zentralstellen der Partei herbeigeführt hat. (Wels: Nicht nur Ludwig, der ganze Parteivorstand!) Die Aktivität der Jugend muß in verantwortungsvoller Arbeit umgeleitet werden; das ist die Anmarschstraße der Partei zum Herzen der Jugend. Lassen Sie die Mitarbeit der Jugend nicht sein einen rethorischen Tafelzuffah bei festlichen Anlässen, sondern machen Sie sie zur Tat und Wirklichkeit! (Lebhafte Beifall.)

Renner-Gesellschaft: Gewisse jugendliche Tribünenbesucher des Parteitag, die uns in den letzten Tagen so eifrig mitgespielt haben, zeigen heute durch ihre Abwesenheit, daß das Thema „Partei und Jugend“ sie wenig interessiert. Das überrascht uns nicht sehr; denn wer sein Urteil für unbedingt entscheidend für die hohe Politik hält, kann sich für die Klärung der Jugendfrage nicht sehr erwärmen. Die uns nun bereits bekannten Gesichter, die so schöne Zwischenrufe machten und so demonstrativ bestimmten Parteitagrednern Beifall klatschten, haben ihre hohe politische Mission auf dem Parteitag erfüllt und damit ist ihr Interesse an ihm erloschen. Wir bitten Sie daher sehr, die SWJ nicht nach dem Maßstab dieser Tribünenbesucher zu messen. (Beifall.) Die Arbeiterjugend verlangt nicht nur Rechte, sie ist zu schwerer Pflicht und Arbeit bereit.

Die Vierzehn- bis Achtzehnjährigen, die Severing und Wiffel einfach ad acta legen, sind nicht die deutsche Arbeiterjugend, und wenn die 35jährigen Jugendlichen jetzt eine besondere Zeitschrift für die proletarische Jugend herausgeben und ihr vordringen, die Sozialdemokratie wolle den Kapitalismus nicht mehr bekämpfen, Sowjetdeutschland müsse das Ideal sein — nun, auch für diese Jugendführer kommt die Stunde, wo sie einmal keine Steigerung mehr wissen. Wir haben ja erlebt, wie klein der Schritt vom janatistischen Kommunismus zum Standardführer der SWJ ist!

Wir sind, allen älteren Genossen dankbar, die der Jugend aus dem Schatz ihrer Erfahrungen spenden. Aber wir sagen auch, die älteren Genossen können nicht mit der Junge der Jugend sprechen. Die Arbeiterjugend hörte jenen Berzweigungslehre jenes Schlosserlehrlings, der seinem Leben ein Ende machte, weil kein Staat und keine Behörde ihm helfen konnte, weil er verzweifelte. Damals ist die Arbeiterjugend gegründet worden, um der gequälten proletarischen Jugend teils ein Sprachrohr zu sein. In diese Arbeiterjugend gehören vor allem die Kinder der Parteigenossen. Lassen Sie unsere Organisation nicht immer von vorn anfangen, sondern schicken Sie uns vor allem die, die bereits vom Elternhaus her Sozialisten sind. Wir haben den Bau des neuen Staats der Arbeit begonnen und gefördert. Nehmen Sie das starke und ernstliche Bekenntnis der proletarischen Jugend entgegen, daß sie bereit ist, diesen Bau zu vollenden. (Starker anhaltender Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. Das Schlußwort erhält

Ollenhauer.

Die Politisierung der Jugend ist eine Tatsache, mit der wir rechnen müssen. Aber in einem gewiss nur scheinbaren Gegensatz

zu Löwenstein bin ich außerstande, alle Formen dieser Politisierung rückhaltlos zu bejahen. Wenn Kommunisten Kinder gegen die Sozialdemokratie reden lassen, wenn sie im Wahlkampf Kinder-Sprechstunde auf Lastwagen laden, wird die Politisierung zur Verwilderung der Jugend. Auch Politisierung und politische Reife sind zwei Dinge. Die Aufgabe der sozialistischen Arbeiterjugend besteht darin, die politisierte Jugend zur politischen Reife zu bringen. Die Ausführungen von Kleinewitz haben mich überzeugt, daß ich unsere Erziehungsaufgaben zu eng gefaßt habe, wenn ich sie auf die Jugend beschränkte. Es scheinen auch den älteren Parteigenossen manchmal noch die einfachsten politischen Grundbegriffe zu fehlen. (Lebhafte Zustimmung und Widerspruch.)

Wir wollen die Jugend keineswegs von einer Betätigung ihrer radikalen Gesinnung abdrängen. Wir wollen im Gegenteil der Jugend die weitesten Möglichkeiten eröffnen, zu beweisen, daß hinter ihren radikalen Worten mehr als nur Worte stecken. Eine größere Möglichkeit können wir der Jugend nicht eröffnen. Genosse Dietrich wird mir zugeben, daß wir nie versucht haben, gegenüber der Jugend durch organisatorische Maßnahmen einen Zwang auszuüben. Wir haben immer pädagogisch gewirkt.

Wenn wir aber in den letzten Jahren erlebt haben, daß schlechte Politiker, die in den Parteiorganisationen nicht auf die Beine kamen, Jugendorganisationen benutzten, um sich und ihre Auffassung durchzusetzen, dann mußten wir erklären: dazu ist die Jugend nicht da, daß man in sie die Quernägel einschlägt, die die Partei nicht brauchen kann.

Seht die Partei ältere Funktionäre in die Jugend, dürfen es nicht die unbrauchbarsten sein, es müssen die besten sein, die wir haben. (Lebhafte Zustimmung.) Gerade die Arbeit in der Jugend setzt pädagogische und politische Fähigkeiten voraus. (Sehr wahr!) Weil nicht alle Parteiorganisationen die Jugendarbeit so ernst genommen haben, deshalb war der Beschluß notwendig, daß die Organisationen der Verantwortung für die älteren Jugendfunktionäre tragen. Wer kann gegen eine solche Selbstverständlichkeit mit guten Gründen ansetzen? (Sehr wahr!)

Unsere Entschliessung verpflichtet die Organisationen zur Jugendarbeit in unserem Sinne. Demgegenüber wäre jede Einzelausführung im Sinne Liebmanns eine Einschränkung. Wir bitten Sie deshalb, alle Anträge durch Annahme der Entschliessung für erledigt zu erklären. Der Zusatzantrag 206 kann dem Parteivorstand überwiesen werden. Aber es kommt keine Neuaufgabe der Jungsozialistischen Formen in Betracht, sondern nur Richtlinien für die Parteiorganisation und ihre jüngere Arbeit. Ich bitte Sie, unsere Entschliessung einstimmig anzunehmen und damit zu bekunden, die Sozialdemokratie gewährt der jungen Generation Raum zu praktischer Arbeit und ruft sie zum Kampf für die Verwirklichung des Sozialismus auf. (Lebhafte anhaltender Beifall.)

Ein Antrag Müller-Chemnitz über den Abschluß des Resolutionsentwurfs, der bestimmt, daß die Parteiorganisationen die älteren Jugendfunktionäre veranlaßt auswählen, getrennt abzustimmen, wird gegen eine kleine Minderheit abgelehnt. Gegen dieselbe Minderheit wird die Resolution Ollenhauer und der Antrag vom Parteiausschuß und Parteivorstand auf Auflösung der Jungsozialistengruppe angenommen. Antrag 206 wird dem Parteivorstand überwiesen. Alle übrigen Anträge werden für erledigt erklärt.

Die Auseinandersetzungen der Partei dürfen die Kampfkraft der Partei niemals brechen. (Sehr wahr!) Diese Worte sind nicht gegen diejenigen gerichtet, die irgendwie oppositionell eingestellt sind. (Der Redner zählt eine ganze Reihe von Schwärmungen gegen die Partei durch Organe der Linken innerhalb der Partei auf.) Wir müssen auch in dieser Zeit den Kampf gegen den Faschismus mit aller Kraft führen, aber wir müssen uns auch den Kommunisten entgegenstellen. Man liest jetzt oft von Straßenkämpfen zwischen Nazis und Kommunisten. Aber das beweist nur, daß beide Parteien einen großen Prozentsatz raufstügender Elemente enthalten.

Die Hauptfront der Kommunisten ist nicht gegen den Faschismus gerichtet, sondern gegen uns.

Die Kommunisten haben ihre Wahlerfolge und man muß es bei dieser Not bewundern, daß sie nicht größer sind. Aber schon bei einem Volksentscheid haben sie ihre Anhänger nicht hinter sich und gar erst, wenn sie von ihren revolutionäre Entschlossenheit forderten! Nein, General Thalman wird sein Schlachttross im Stalle lassen und nicht auf die Barrikaden reiten. (Große Heiterkeit und Beifall.)

Aber wenn wir in Deutschland Schändlingsprozesse durchführen könnten, dann würden die Kommunisten und ihre Helfershelfer wegen Sabotage an den Interessen des werktätigen Volkes zu schwersten Strafen verurteilt!

Die Sozialdemokratie wird sich gegen alle Gegner behaupten, wird alle Feinde überwinden. Wir haben die Kraft und Entschlossenheit, zum Gegenstoß überzugehen. Man hat dem Parteivorstand den sinnlosen Vorwurf gemacht, er arbeite auf eine Entpolitisierung der Partei hin. Keine Partei gibt ihren Funktionären und Mitgliedern soviel politisches Informationsmaterial wie wir, keiner hat soviel Kurse, keiner diskutiert so sehr, keiner hat soviel Koalitionsfrage und Außenpolitik. Unter der Parole: „Wo bleibt der zweite Mann?“ ist die Reserve freudig begrüßt in Reich und Glied eingerückt. Wir müssen immer weiter werben für die Kraft, Kommunismus und Faschismus niederzukämpfen. Wir müssen prüfen, wo die Massen noch am meisten der Beeinflussung unserer Feinde unterliegen, wo wir die Mehrheit erringen können, welches die nächsten Bastionen sind, die wir stürmen.

Die Front darf nicht wieder erstarren, sie muß lebendig bleiben! Die Ueberwindung der kommunistischen und faschistischen Gefahr wird ein Sieg für uns sein. Aber nur die Vorbereitung eines schöneren Sieges, des Sieges unserer Ideale, des Sieges der Sozialdemokratie. (Lebhafte Beifall.)

Die Weiterberatung wird auf Freitag früh 8½ Uhr vertagt.

Zur Finanznot der Gemeinden.

Zum Bericht der Reichstagsfraktion nahm der Parteitag den folgenden Antrag Kirchner an:

Der Parteitag erkennt die schwierige Finanznot der deutschen Gemeinden und die dringende Notwendigkeit der finanziellen Hilfe durch das Reich an. Er ist überzeugt, daß die Gemeinden die Fürsorge für die Wohlfahrtserwerbslosen nur noch aufrechterhalten können, wenn eine andere Lastverteilung bei der Arbeitslosenfürsorge unter angemessener Beteiligung des Reichs durchgeführt wird.

Die Aufrechterhaltung der Fürsorge für die Wohlfahrtserwerbslosen durch die Gemeinden liegt im unmittelbaren Interesse der Arbeiterklasse. Ein Zusammenbruch der kommunalen Fürsorge wäre nicht nur ein unübersehbares Unglück für die unmittelbar Betroffenen, sondern auch von folgenschwerer Wirkung auf das Lebensniveau der gesamten Arbeiterschaft.

Bisher hat die Reichsregierung lediglich versucht, die Reichsfinanzen zu sanieren und hat dabei den Gemeinden neue Lasten auferlegt. Eine solche Politik ist im Interesse der Volksgenossen untragbar. Das Reich hat die Pflicht, auch an der finanziellen Sicherstellung der Gemeinden mitzuwirken.

Der Versuch, durch die Bürgersteuer den Gemeinden zu helfen, hat sich — ganz abgesehen von ihrem unsozialen Charakter — als unzulänglich erwiesen. Die Bürgersteuer belastet die minderbemittelten Volksschichten aufs Schwerste; ihre Anwendung müßte schon deshalb eine natürliche Begrenzung finden.

Der Parteitag begrüßt den Entschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Arbeitslosenfürsorge, der eine Zulammenfassung der Arbeitslosenfürsorge und der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge und eine andere Lastverteilung vorseht. Er ersucht die Fraktion, unverzüglich bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß im Sinne dieses Entschlusses baldmöglichst Maßnahmen getroffen werden, die den Gemeinden die Möglichkeit geben, ihre Aufgaben auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge zu erfüllen und sie vor dem finanziellen Zusammenbruch zu schützen.

Aus der Partei.

Genossin Elisabeth Hue, die Frau des früheren Bergarbeiterführers, ist in Eisen im Alter von 70 Jahren gestorben. Sie war seit frühester Zeit für die sozialistische und freigewerkschaftliche Arbeiterbewegung tätig. Vorübergehend war sie sogar ehrenamtliche Kaffeeerin des Reichsarbeiterverbandes in Eisen. Mit ihrem Manne, der ihr im Tode vorangegangen, wird auch ihr ein ehrendes Andenken in der Partei bewahrt werden.

Sport.

Rennen zu Grunewald am Donnerstag, dem 4. Juni.

1. Rennen. 1. Böderich (Wolf), 2. Hella, 3. Patriarch. Toto: 61:10. Platz: 21, 22:10. Ferner lief: Servus.
2. Rennen. 1. Eureka (Dr. Siebrecht), 2. Mahadd, 3. Ihermidor. Toto: 14:10. Platz: 12, 12:10. Ferner lief: Leuchturm.
3. Rennen. 1. Sternfunde (Dartwich), 2. Netman, 3. Madames. Toto: 62:10. Platz: 20, 15:10. Ferner lief: Gradiva, Eldon.
4. Rennen. 1. Donnerkeil (Grabsch), 2. Ralholo, 3. Luftballon. Toto: 20:10. Platz: 12, 14, 13:10. Ferner liefen: Bardar, Eslander, Zimmerau, Jungfer.
5. Rennen. 1. Eva (Unterholzner), 2. Simplicius, 3. Rerur II. Toto: 89:10. Platz: 17, 31, 29:10. Ferner liefen: Reich, Sonntagsmorgen, Gerwin, St. Robert, Lichtbild, Rostaleiter, Verlo, Annchen.
6. Rennen. 1. Ana (Nöthen), 2. Metrodorus, 3. Crane. Toto: 17:10. Platz: 13, 19:10. Ferner liefen: Wintermärchen, Pellegrino, Bildgaler.
7. Rennen. 1. Nauff (Sajbil), 2. Hofemat, 3. Eldora. Toto: 56:10. Platz: 17, 26:10. Ferner liefen: Croica, Barro, Rastetter, Geschäftsfreund, Rajeto, Rogara, Roca.

Der Bericht des Parteivorstandes.

Auf Vorschlag von Wels werden zunächst die Wahlen des Parteivorstandes und der Kandidatenkommission vorgenommen. Die Wahl erfolgt durch Stimmzettel. Das Resultat der Wahl wird am Freitag bekanntgegeben. Dann erstattet den Bericht des Parteivorstandes Genosse Westphal.

Max Westphal:

In allen Kämpfen, die wir in der Reichszeit zu führen hatten, haben wir unsere Position im großen und ganzen gut gehalten. Mit diesen Resultaten dürfen wir unter den obwaltenden Umständen zufrieden sein. In dem Kampfe vor den Reichstagswahlen 1930 haben wir sogar recht gut abgeschnitten. Bei den Landtags- und Kommunalwahlen nach den Reichstagswahlen war das Resultat im allgemeinen ungünstiger. Der Umschwung der Wählerstimmen zugunsten der radikalen Parteien hat im Frühjahr 1930 eingesetzt. Die Gewerkschaften haben 1928 noch 763 Streiks geführt, 1930 nur 214, davon waren 1928 nur 4 Proz. erfolglos, 1930 aber 66 Proz. Das hat seinen Grund in den 3 Millionen Erwerbslosen. Die Kämpfe der Partei waren im wesentlichen Kämpfe zur Erhaltung des Bestehenden. Das hat natürlich viele enttäuscht, zumal andere Parteien sehr viel größere Versprechungen machen als wir tun dürfen (sehr gut).

Der Kampf um die Massen wird eben auch heute von den Kreisen geführt, die im kaiserlichen Deutschland als privilegierte Kreise die Masse mißbrauchten. Dazu kommt der Wandel in der Stellung der Sozialdemokratischen Partei, der sich in der Nachkriegszeit vollzogen hat, dadurch, daß sie in der demokratischen Republik ein großes Maß von Verantwortung zu tragen hat.

In über 1300 Stadt- und Gemeindeverwaltungen haben wir heute die absolute Mehrheit, und in vielen anderen großen Einflüssen 25 Proz. aller Bürgermeister in Deutschland sind Sozialdemokraten (Hört! Hört!).

Durch diese Verantwortung ist natürlich unsere Agitation in gewissem Maße gehemmt, aber niemand von uns wird deshalb diese Position wieder aufgeben wollen, nicht etwa aus dem Drang nach der Futtertrippe, den man uns nachsagt, sondern um von diesen Positionen aus Erfolge für die Arbeiter zu erringen und um sie als Positionen zu benutzen, von denen wir weiter zur Erreichung unseres Zieles vorstößen. Wie gegen uns vorgegangen wird, beweist zum Beispiel die eine Broschüre „Totgeschwiegene Wahrheiten. Sünden der Sozialdemokratie“. Danach haben wir sogar Paradiesbecken, eigene Autos und Flugzeuge den Arbeitern versprochen (Seiterkeit) und haben sie nun um diese Versprechungen betrogen. Eine besonders große Sünde ist die der Korruption, die die

Sozialdemokratie betreibt. Diese ganzen Anschuldigungen beruhen zum größten Teil auf gemeinen Mißtrauen. Es sind auch keineswegs immer Sozialdemokraten, die bei solchen Fällen in Betracht kommen und es hat auch schon früher Korruption gegeben.

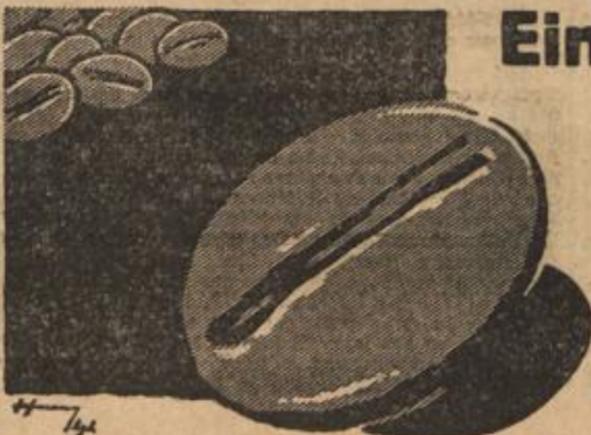
Jedenfalls war die Sozialdemokratie immer die härteste Bekämpferin jeder Korruption, wo sie sich auch immer beteiligt. (Lebhafte Zustimmung.)

Sie ist der Auffassung, daß Sozialdemokraten selbstverständlich nicht in öffentliche Ämter kommen, um sich Reichtümer zu erwerben, sondern, um dort für die Interessen des Volkes zu wirken. Wir wollen den Genossen in diesen Ämtern sagen, daß sie zwar alles, was notwendig ist, auf dem Gebiete der Repräsentation durchaus erfüllen sollen, aber in den Grenzen, die der heutigen Zeit und die unserer sozialdemokratischen Auffassung entsprechen.

Der Kampf gegen die Sozialdemokratie ist gerade in der letzten Zeit mit großer Leidenschaft geführt worden. Man versucht, ihr mit aller Kraft den Todesstoß zu versetzen. Dabei haben wir es mit einer ungeheuren Verrohung und Beschmutzung des politischen Kampfes zu tun. (Sehr wahr!) Die politische Leidenschaft hat selbst in den Parlamenten zu ungeheuerlichen Szenen geführt. Die Gemeinheiten des Kampfes nehmen zu, je nationalistischer sich eine Bewegung gebärdet. Aber die Kommunisten nehmen im Kampfe um diese Siegespalme die stärkste Konkurrenz mit den Nationalisten auf. Sie haben sich sogar nicht scheut, das Begräbnis Hermann Müllers in der schamlossten Weise zu glorifizieren. (Hört, hört!) Wir lehnen es ab, uns in unserem Abwehrkampf auf dasselbe niedrige Niveau zu begeben! (Sehr gut!)

Es gibt in der Sozialdemokratie nur eine Meinung darüber, daß wir unser Ziel, so lange es irgend möglich, mit friedlichen Mitteln erreichen wollen. Daß wir aber dem, der uns mit Gewalt entgegentritt, auch mit Gewalt zu begegnen bereit sind, dazu brauchen wir eine organisierte Abwehrfront, und dabei kommt es vor allem auf die Stärkung des Reichsbanners an. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir sprechen den Kameraden des Reichsbanners, die uns in diesem Kampfe unterstützt haben, unseren herzlichsten Dank aus. (Lebhaftes Bravo!) Wenn heute in den nationalsozialistischen Kreisen ein Regalitätsstimmeln ausgebrochen ist, wenn Goebbels seine Broschüren, in denen er wie ein dummer Narr seine klügeren Revolutionssphantasien losgelassen hat, einstampfen läßt, so ist das gewiß zurückzuführen auf den Versuch, sich Koalitionsreize zu machen, aber auch auf diese gewaltige Robilmadung in unseren Reihen gegen den Faschismus. Die Mobilisierung unserer Kräfte muß aber noch mit viel größerer Einheit durchgeführt werden. (Sehr richtig!)



Eine einzige schlechte Kaffeebohne

kann den ganzen Kaffee verderben . . .
Trinken Sie den vorzüglichen Kaffee Hag.
Jede Bohne ist auserlesene Qualität.

Dabei ist Kaffee Hag coffeinfrei
und vollkommen unschädlich.



1,5 Milliarden neue Einkommensverluste.

Das Konjunkturinstitut über das 1. Vierteljahr 1931.

Borgestern hat die Schwerindustrie, schon vorher haben andere Unternehmerorganisationen einen neuen Lohnabbau gefordert. Reichsarbeitsminister Stegerwald schätzte den gesamten Lohnausfall für 1931 auf 7½ Milliarden Mark. Die Folge der bisherigen Lohnfällungen war keine Belebung, sondern eine katastrophale Verschlechterung des Arbeitsmarktes. Das Institut für Konjunkturforschung veröffentlicht in seinem Wochenbericht vom 3. Juni eine Darstellung über Einkommen und Verbrauch im 1. Quartal 1931, die die gefährlichen Wirkungen von steigender Arbeitslosigkeit und Lohnsenkung im einzelnen erkennen lassen. Diese Feststellungen, die wir im Wortlaut zum größten Teil wiedergeben, sind eine neue ernste Warnung. Das Institut schreibt:

„Der konjunkturelle Rückgang des Arbeitseinkommens hat sich in den letzten Monaten außerordentlich verschärft. Alle Faktoren, die die Höhe des Arbeitseinkommens bestimmen, drängen nach unten.

Die Arbeitslosigkeit steigt — in ihrer Konjunkturtendenz — noch weiter an. Die Kurzarbeit ist neuerdings zwar wieder etwas eingeschränkt worden; sie ist trotzdem aber noch erheblich größer als im Vorjahr. Zu diesen Einschränkungen im Arbeitsvolumen kommt nun noch die Senkung der Lohn- und Gehaltsätze hinzu, die während der letzten Monate in fast allen Wirtschaftszweigen durchgeführt worden ist.

Arbeitslosigkeit.

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr gibt uns etwa an, um wieviel sich die Zahl der Einkommensbezieher vermindert hat. Die Arbeitslosigkeit war größer als im Vorjahr (in 1000):

Ende Januar 1931	um 1669
Ende Februar 1931	„ 1606
Ende März 1931	„ 1703
Ende April 1931	„ 1571

Demnach ist die Gesamtzahl der Einkommensbezieher sowohl im Durchschnitt des ersten Vierteljahres wie der ersten vier Monate dieses Jahres um gut 1,6 Millionen kleiner gewesen als im gleichen Zeitraum 1930. Daraus ergibt sich, wenn man noch die durch Kurzarbeit entstandene Einkommensminderung in Rechnung setzt, eine Verringerung des Arbeitseinkommens, die schätzungsweise für das erste Vierteljahr im Vergleich zum Vorjahr 1,2 Milliarden Mark betragen dürfte.

Die Lohnsenkung.

Die Senkung der Tariflöhne hat — noch dem Stand vom 1. April — in den wichtigsten Industriezweigen meist 5 bis 7 Proz. ausgemacht. Der April hat weitere Lohnsenkungen gebracht, die in der Uebersicht noch nicht enthalten sind; sicherlich werden auch die folgenden Monate noch neuen Lohnabbau bringen. Die tariflichen Gehälter der Angestellten dürften im ganzen den Arbeiterlöhnen gefolgt sein.

Die tarifliche Senkung der Löhne und Gehälter wird verdrängt durch den Abbau der übertariflichen Verdienste. Zahlenmäßige Unterlagen über die Größe dieses, das Arbeitseinkommen verkleinernden, Faktors sind freilich nicht vorhanden. Aber die Reagibilität dieses Postens und das nachweisbar frühere Einsetzen der Senkung der nicht tariflich gesicherten Einkommen lassen vermuten, daß die Einkommensminderungen, die sich hieraus auch in den letzten Monaten noch ergeben haben, nicht gering sind. Ausgenommen müssen allerdings die Landarbeiterlöhne werden, bei denen über-tarifliche Bezahlung kaum bekannt ist.

Berücksichtigt man weiter die durch die 6prozentige Gehaltskürzung eingetretene Senkung des Beamten Einkommens, so wird man nach vorläufiger Schätzung den Einkommensausfall der Arbeiter, Angestellten und Beamten für das erste Vierteljahr dieses Jahres auf ungefähr 1,5 Milliarden Mark oder 15 Proz. des Einkommens der gleichen Zeit im Vorjahr veranschlagen können.

Arbeitslosenunterstützung.

Mit Lohnabbau und Verkürzung der Arbeitszeit sind aber die Einkommensminderungen bei den Beschäftigten noch nicht erschöpft; denn die Erhöhung der Beitragsleistung zur Arbeitslosenversicherung hat außerdem noch das verfügbare Einkommen geschwächt. Das gleiche gilt selbstverständlich auch für die eingetretene Steuererhöhung.

Alles das — und hierher gehört auch die Kürzung der Beamtengehälter, die oben nur der Vollständigkeit wegen aufgeführt wurde — gewinnt bei volkswirtschaftlicher Betrachtung ein anderes Gesicht. Denn hier handelt es sich um Maßnahmen, die zur Binderung der Folgen der Arbeitslosigkeit notwendig

wendig geworden sind, Maßnahmen, die — volkswirtschaftlich betrachtet — eine einschneidende Einkommensverschiebung bedeuten. Ihr Umfang ist nicht gering. Der Unterstützungsaufwand für die Arbeitslosen betrug im ersten Vierteljahr 1931 rund 0,8 bis 0,9 Milliarden Mark.

Infolge der hohen Arbeitslosigkeit vollzieht sich also eine Einkommensverlagerung großen Stils; denn die Beträge, die auf der einen Seite aufgebracht werden, werden auf der anderen Seite dazu verwendet, den Arbeitslosen in Form ihrer Unterstützungen einen Konsumtionsfonds zur Verfügung zu stellen, der es ihnen gestattet, wenigstens die notwendigen Lebensbedürfnisse zu befriedigen.

Gleichzeitig damit geht aber eine Verlagerung der Nachfrage auf den Konsumgütermärkten vor sich: die Einkommensbezieher, deren Einkommen durch die erhöhten Abzüge reduziert worden ist, sind als Käufer nicht auf den gleichen Märkten ausgefallen, auf denen die Arbeitslosen nun als Käufer auftreten. Die Reduktion der Einkommen auf der einen Seite hat eine Einschränkung in der Nachfrage nach Gütern des elastischen Bedarfs zur Folge; auf der anderen Seite verwenden die Arbeitslosen ihre Unterstützungsgelder in der Hauptsache dazu, zunächst ihre Miete zu bezahlen, sodann ihren Ernährungsbedarf zu befriedigen und gelegentlich den allerdingsten Bedarf an Kleidung usw. zu decken.

Preise und Einkommen.

Die Schwierigkeiten, die sich durch die nominelle Senkung und durch die Verlagerung des Arbeitseinkommens auf den Konsumgütermärkten ergeben, werden durch die Senkung der Preise ver-ringer. Nach der Bewegung der amtlichen Indizes sind die Lebenshaltungskosten im ersten Vierteljahr dieses Jahres um 7,5 Proz. und in den ersten fünf Monaten um 7,1 Proz. gegenüber der entsprechenden Zeit des Vorjahrs zurückgegangen. Am stärksten gesenkt haben sich die Preise für Bekleidung mit 14,6 (15,1) Proz., während zur Deckung des sehr starken Wohnungsbedarfs immerhin 3,9 (3,6) Proz. mehr ausgegeben werden müssen.

Der Verbrauch der breiten Masse ist in seiner Gesamtheit mengenmäßig nicht so stark gesunken wie das Einkommen. Immerhin ist das gesamte Verbrauchsniveau in Deutschland beträchtlich geschrumpft; denn die

Preisrückgänge haben die Einkommensminderung — ganz roh eingeschätzt — nur etwa zur Hälfte ausgeglichen.

Dieser Verbrauchsrückgang hat sich aber nicht gleichmäßig auf die einzelnen Verbrauchszweige verteilt; die Verschiebungen im Einkommensgefüge haben die Zusammensetzung des Verbrauchs entscheidend verändert: Der „starke“ Bedarf, d. h. der Verbrauch von Gütern für den dringlichsten Lebensunterhalt, tritt mehr und mehr in den Vordergrund.

Eine Tabelle gibt wertvolle Anhaltspunkte darüber, wie stark auf einzelnen Gebieten der Verbrauchsausfall durch Arbeitslosigkeit sowie Lohn- und Gehaltsenkung im ersten Quartal 1931 gegenüber dem Vorjahr gewesen ist. Die Ziffern sind gerade deshalb sehr charakteristisch, weil sie nicht den allerdringlichsten Ernährungsbedarf betreffen.

Der Verbrauch von Kaffee ging im ersten Quartal 1931 gegen die gleiche Zeit des Vorjahres von 183 100 auf 148 600, der von Tee von 8800 auf 5300, der von Süßfrüchten von 848 000 auf 781 700 Doppelzentner zurück. Der Bierverbrauch ist von 3,9 auf 3,0 Millionen Hektoliter gesunken. Die versteuerten Zigarettenmengen sind von 2,4 auf 1,3 Milliarden Stück, die Zigarrenmengen von 530 auf 270 Millionen Stück halbiert. Bei Kautabak erfolgte ein Rückgang von 19 700 auf 16 000 Doppelzentner. Bei der Bekleidung zeigte sich ein wertmäßiger Verbrauchsrückgang von etwa 15 Proz.

Man sollte annehmen, daß diese Zahlen schrecken. Aber die Erkenntnis von der wirtschaftsdrosselnden Wirkung der Lohnsenkung ist in die Büros der Unternehmerverbände und der Ruhrherren, die neue Lohnsenkungen fordern, noch nicht vorgedrungen. Um so nachdrücklicher wird sie die Reichsregierung be-achten müssen.

Internationale des Kabelbaus.

Felten & Guilleaume an der Spitze einer neuen Kombination.

Die Felten u. Guilleaume Carlswert N.G. schloß dieser Tage mit einigen ausländischen Kabel-unternehmungen einen Interessengemeinschaftsvertrag. Es handelt sich in den Vereinigten Staaten um die American Cable Co., in England um die British Wire Ropes Ltd., in Australien um die Australian Wire Ropes Co. und einige kanadische Unternehmungen. Patente und Lizenzen zwischen den vertragsschließenden Gesellschaften werden ausgetauscht, wahrscheinlich auch Interessengebiete abgegrenzt.

Das wichtigste Glied dieser internationalen Kabelgruppe ist zweifellos die deutsche Felten u. Guilleaume-Gesellschaft mit einem Aktienkapital von 66 Millionen Mark und einem Umsatz von 250 Millionen Mark einschließlich ihrer Tochtergesellschaften. Fabrikationsunternehmungen des Felten- u. Guilleaume-Konzerns finden sich außer in Deutschland auch in Oesterreich, Ungarn, Polen, Argentinien usw. Die Kapitalkontrolle des Konzerns liegt bekanntlich seit 1920 bei dem luxemburgischen Montanonzern Arbed, der wiederum von französischem Kapital (Schneider-Creusot) beherrscht wird. Demgegenüber sind die erwähnten ausländischen Kabelgesellschaften nur mittleren Formats. Die erwähnte American Cable Co., die ihrerseits von der American Chain Co. kontrolliert wird, beschäftigte im Jahre 1929 nur 400 Mann. Dem jetzt abgeschlossenen Gemeinschaftsvertrag, mit dem irgendwelche finanzielle Verbindungen nicht hergestellt werden, kommt angesichts des auch im Start- und Schwachstromkabelgeschäft verschärften Wettbewerbs erhebliche Bedeutung zu. Im Oktober 1929 schlossen die wichtigsten deutschen Spezialfirmen, zu denen jedoch die großen Konzerne wie Siemens, AEG, und auch Felten u. Guilleaume nicht gehörten, miteinander einen Interessengemeinschaftsvertrag und gründeten gemeinsam eine mit 500 000 M. ausgestattete G. m. b. H. (Indesta); die Deutschen Kabelwerke Rheinb., die Hadethal Draht- und Kabelwerke, die Dynabrüder Kupferwerke, die C. J. Vogel Draht- und Kabelwerke sowie fünf andere Firmen gehören dieser Sonderorganisation an. Abgesehen davon ist bekanntlich die gesamte deutsche Start- und Schwachstromkabelindustrie in zwei die gesamte Industrie umfassenden Kar-

teilen organisiert, die im März vorigen Jahres um weitere vier Jahre verlängert worden sind.

Die jetzt neu sich bildende internationale Gruppe unter Führung des Felten u. Guilleaume-Konzerns dürfte zunächst dazu beitragen, den Wettbewerb insbesondere im überseeischen Kabelgeschäft zu verschärfen.

Das Weltstickstoffsyndikat.

Ein neues Jahr C. I. A.

Das Anfang August 1930 abgeschlossene Internationale Stickstoff-Syndikat (Convention de l'Industrie de l'Azote — C. I. A.) ist jetzt in Paris, wohin Vertreter aller beteiligten Gesellschaften zusammengekommen waren, auf ein weiteres Jahr verlängert worden. Eine Ausdehnung des Syndikatsvertrags auf 10 Jahre, wie es von verschiedenen Mitgliedern gewünscht worden war, konnte nicht erreicht werden. Von europäischen Ländern gehören Deutschland, Frankreich, Belgien, England, Holland, Italien, Norwegen, Polen und die Tschechoslowakei dem Syndikat an.

Gleichzeitig mit der Syndikatsorganisation wurde eine gemeinsame Ausgleichskasse gegründet, um einen Fonds zur Entschädigung für Produktionseinschränkungen ansammeln zu können. Auch diese Organisation wird bestehen bleiben. Ob die vorläufig noch lose Syndikatsform angesichts der viel ernster gewordenen Krise ausreichen wird, ist eine Frage für sich. Jedenfalls steht fest, daß der Stickstoffindustrie zur Belebung ihres Absatzes nichts anderes fehlt als ein radikaler Abbau der „Dünge-mittelpreise“.

Die Reichsbahn im April.

Im April hat sich der wirtschaftliche Tiefstand bei der Reichsbahn weiter ausgemirkt. Gegenüber dem Vorjahr betrug der Rückgang im Güterverkehr 14, gegenüber April 1929 sogar 26,5 Proz. Der Personenverkehr war durch die Osterfeiertage gegenüber März etwas lebendiger.

Die Einnahmen betragen 326,4, die Ausgaben 343,1 Millionen, davon 19,7 Millionen für Erneuerung der Reichsbahnanlagen und 75,0 Millionen für deren Unterhaltung. Die Einnahmen gingen gegen März nicht weiter zurück. Gegenüber dem April des Vorjahres beträgt der Einnahmerückgang 14,3 Proz.

Preisschlagener ersten Ranges

10

extra billige Tackschuh-Tage

vom 5. — 15. Juni

- Weiß-Leinen-Spang-Schuhe m. Ledersohlen 3.85; dto. mit Gummisohlen und Absatz . . . 3.95
- Hübsche Spangenschuhe in Lack . . . ab 4.85
- Elegante sommerliche Trolleerschuhe 6.45
- Fesche Pumps in verschiedenen Ausführungen — echt Chevreau 8.85
- Turnschlüpfer mit Chromsohle Gr. 21-46 Gr. 43-46 0.85; Gr. 21-24 45 Pf.



6.45

5.45

Eleg. brauner Herrenschuh. Solide gearbeitet. — dto. in schwarz u. Lack.

Beliebter Spangenschuh in braun Boxkalf

Tack

140 eigene Verkaufsstellen, davon 23 in Groß-Berlin und Potsdam

ERI-Präparate für die Schuhpflege und die preiswerten Liwera-Strümpfe nicht vergessen!

Patriotische Ausbeutung.

Das Inland trägt die Verluste — das Ausland bekommt die Gewinne.

Immer offener wird Deutschland durch seine sogenannten Vaterlandsfreunde geschäftlich verraten. Das zeigen die Abschlüsse zweier bedeutender Industriefirmen, die in der vergangenen Woche veröffentlicht wurden. Ihre Veröffentlichung ist auch unter dem Gesichtspunkt interessant, daß beide sich über die Markenartikel-Notverordnung des Kabinetts Brüning beklagen.

In der Aufsichtsratsitzung der Polyphton Werke A. G., Leipzig-Bahren, wurde beschlossen, für 1930 „angesichts der schlechten Geschäftslage“ nur noch 12 Prozent Dividende zu verteilen gegenüber 20 Prozent im Jahre vorher. Im übrigen ist aber beschlossen worden, von den vorhandenen reichlichen flüssigen Kapitalien

eine Anzahl Millionen Mark in das Schweizer Tochterunternehmen

zu überführen. Diese Polyphton Holding A. G., Basel, verwaltet den gesamten Auslandsbesitz des Polyphton-Konzerns. Im Handelsblatt des „Berliner Tageblattes“ heißt es ganz offen, diese Schwergewichtverschiebung nach der Schweiz sei in ihren Motiven kein Geheimnis. Die hohen Lasten und Unkosten in Deutschland hätten „die Reizung zur Umlagerung von Geschäften nach dem Auslande“ stark wachsen lassen.

In Deutschland wird von diesem Großkonzern der Sprechmaschinen- und Schallplattenindustrie also eine verminderte Dividende verteilt und entsprechend gemindert. Nebenher werden erhebliche Kapitalien auf die einfache Art und Weise nach dem Auslande transferiert, daß, wie schon einmal im Vorjahre, den Aktionären auch dieses Mal ein Teil der Dividende nicht in ihrem Lande, sondern in Aktien des Schweizer Konzernunternehmens ausgezahlt wird. Auf diese angenehme Art haben zugleich die Aktionäre die Möglichkeit, ihre Einnahmen in Zukunft im Auslande verwalten zu lassen.

Die patriotischen Führer dieser Transaktionen sind keine gewöhnlichen Leute. Der Aufsichtsrat der Polyphtonwerke A. G. besteht aus fünf Personen. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates ist der Mitinhaber des bekannten Bankhauses Gebrüder Arnhold, Dresden-Berlin. Im übrigen sitzt im Aufsichtsrat auch der frühere Reichswirtschaftsminister und frühere völksparteiliche Reichstagsabgeordnete von Raumer. Die fünf Herren des Aufsichtsrates erhielten in den jüngst vergangenen Jahren jeweils Lantien in Höhe von zusammen 110 000 bis 220 000 Mark. Dafür kann man schon als Patriot entsprechende Mengen Kapital über die Grenze tragen.

Bei der Deutschen Linoleum-Werke A. G., die ebenfalls das wichtigste Glied eines europäischen Konzerns ist, hat das Jahr 1930 einen Rückgang der Dividende von 15 auf 5 Prozent gebracht. Auch hier wird selbstverständlich behauptet und begründet, daß dieser Rückgang im schlechten Geschäft zu suchen sei. Bei genauerer Nachprüfung ergibt sich aber, daß das nur zum geringen Teile der Wahrheit entspricht. In Wirklichkeit hat man sich seit Jahren

in fühne europäische Finanzspekulationen

eingelassen, die verschiedentlich außerordentlich hohe Verluste mit sich gebracht haben. Zum anderen sind die eigentlichen Herren des Konzerns dauernd bemüht gewesen, zu ihren eigenen Gunsten erhebliche Beträge des Produktionskapitals dieses europäischen Linoleumkonzerns in Form von finanzkapitalistischen Sondertransaktionen zu sich hinüber zu ziehen. So haben sich diese Deutschen Herren Eber und Heilner, Generaldirektoren der Deutschen Linoleum-Werke A. G., und ihr Aufsichtsratsvorsitzender Dr. Kurt Schoeller im Einvernehmen mit den Großbanken eben erst wieder zur Gründung einer holländischen Gesellschaft zusammengefunden. Diese „Oseum“ hat ein Aktienkapital von 10 Millionen holländischen Gulden. Die „Berliner Börsen-Berichte“ meinen dazu, daß die neue Gründung nichts anderes sei als ein

jogennannter „Verschiebebahnhof“

wie es im Börsenjargon so schön heißt. Auch hier ist der Hintergrund und eigentliche Zweck der Auslandsgründung nichts anderes, als die Auslagerung der deutschen Produktionsunternehmen auf dem Wege über Transferierung von Aktien, also eine Flucht der patriotischen Geldsäcke aus ihrem Vaterland.

Der Aufsichtsrat der Deutschen Linoleum-Werke A. G. besteht aus 16 Personen. Die Mehrzahl von ihnen sind Direktoren der Deutschen Bank und Discontogesellschaft und der Bremer

Schröder-Bank. Im übrigen befindet sich auch in dieser Gesellschaft ein früherer Minister, Herr von Voebell, Staatsminister a. D. und Exzellenz des alten Regimes.

Das Tollste sowohl bei der Transaktion des Polyphton-Konzerns wie bei den Maßnahmen innerhalb des Linoleumkonzerns ist, daß beide darüber klagen, sie seien

durch die Notverordnung des Kabinetts Brüning geschädigt.

worden. Die armen Polyphton-Werke mußten ebenso wie die Deutschen Linoleum-Werke mit ihren Preisen um 10 Proz. heruntergehen. Diese Notverordnung hat aber überhaupt erst Anfang 1931 das Licht der Welt erblickt und mit dem Geschäftsjahr 1930 nichts zu tun.

Der Rückgang der Dividende für 1930 wird so auch als vorförsliche Maßnahme gegen die Verminderung der Verdienste im Jahre 1931 dargestellt. Mit solchen Bemerkungen wird die unpatriotische Deffektivität abgeleitet. Das ist die Politik der Geschäftsleute. Das sind meist die gleichen, die über die hohen Lasten der Sozialversicherung und darüber klagen, daß sich der Staat zu viel um die Armen kümmere. Kurt Heinig.

Obligatorische Buchprüfung.

Eine alte Forderung, die endlich erfüllt werden muß.

Nach den Feststellungen des Reichsfinanzministeriums haben die von der Reichssteuerverwaltung durchgeführten Buch- und Betriebsprüfungen Mehrerträge an Einkommen und Landeinkommen in der Größenklasse von über 180 Millionen Mark ergeben. Angesichts solcher Erfahrungen gewinnt die im sozialdemokratischen Finanz- und Steuerprogramm schon seit dem Heidelberger Parteitag enthaltene Forderung nach obligatorischen Buch- und Betriebsprüfungen eine besondere Bedeutung. Nicht allein, daß diese Frage bei der so ernsten Lage der öffentlichen Finanzen hochaktuell geworden ist, vielmehr dürfte sie auch mit Rücksicht darauf, daß die Wirtschaftspolitik am Ende ihres Latens sind, eine finanzwirtschaftliche Frage ersten Ranges sein.

Als eines der wirksamsten Mittel der heutigen Steuerrückführung dient die behördliche Buch- und Betriebsprüfung bekanntlich der Überwachung der Steuerdeklarationen des einzelnen Jensten. Ihre innere Berechtigung braucht in einer Zeit so stark gesunkener Steuermoral nicht erst bewiesen zu werden. Neben den bereits erwähnten günstigen Wirkungen auf die Staatseinnahmen und die Steuerlast der breiten Massen birgt die Einrichtung einen unschätzbaren Gerechtigkeitsertrag. Einmal liegt sie im Interesse der Wirtschaft, die ja ständig behauptet, die auf dem tatsächlichen Ertrage beruhenden Steuern gern zahlen zu wollen. Nun, der Fiskus kommt diesen Steuerpflichtigen durch seinen Prüferdienst entgegen. Denn eine korrekte Buch- und Betriebsprüfung bietet schließlich die beste Gewähr für eine richtige Ertragsermittlung. Zum anderen erträgt eine regelmäßig wiederkehrende Prüfung den Druckeberger bei seiner Schande und stärkt auf der anderen Seite in dem ehrlichen Steuerzahler das Bewußtsein einer ausgleichenden Anwendung des formalen Rechts.

Diese Wirkung ist nicht nur für die große Zahl der Lohnsteuerpflichtigen bedeutsam, die den Vorzug einer freien Veranlagung nicht genießen, sondern auch für die vielen Kleinen, selbständigen Existenzen, die sich, obgleich nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches zur Führung von Büchern nicht verpflichtet, in der Mehrzahl der Fälle der sogenannten (kleinen) Umsatzsteuerbuchführung bedienen, um dem rohen Veranlagungsverfahren nach Normalmaßen nicht unterworfen zu sein. Sie, die sowieso schon nicht in der Lage sind, größere Steuerersparnisse zu machen, brauchen die Prüfung von Amts wegen nicht zu scheuen.

Voraussetzung für die Ausgestaltung der Buch- und Betriebsprüfung im obigen Sinne ist zweierlei: einmal die Abänderung der unzulänglichen gesetzlichen Grundlage dieses Rechtsinstituts, zum anderen eine gewisse Reform des bestehenden Buch- und Betriebsprüferdienstes. Was das erste betrifft, so sieht § 162 Abs. 10 der Reichsabgabenordnung, der dem § 162 Abs. 10 der Fassung durch Gesetz vom 10. 8. 1925 angefügt worden ist, für ausgesprochene Großbetriebe zwar eine alle drei Jahre wiederkehrende „ordentliche Buch- und Betriebsprüfung“ vor. Jedoch ist das sachliche Anwendungsgebiet ein viel zu begrenztes und der Passus selbst (Sollvorschrift) für die Praxis nicht viel tauglicher als die voran-

gehende Vorschrift des § 162 Abs. 9 Abs. 2, welche sogar nur als Kannvorschrift die Prüfung der großen Masse der übrigen Betriebe in das gänzlich freie Ermessen der Veranlagungsbehörde stellt. Die immer wiederholten Bemühungen der Sozialdemokratie, diese Vorschriften in zwingendes Recht umzuwandeln, sind — wie viele andere steuerliche Reformen — bislang gescheitert. Zum zweiten ist nur soviel zu sagen, daß, weil ein Gesetz mit seiner Ausführung und praktischen Handhabung steht und fällt, in Zukunft auch auf die Wahl der für die Buch- und Betriebsprüfung eigens bestellten Beamten weit größeres Gewicht gelegt werden mußte. Der Zustand, daß auch mit den Jensten oft blut- oder gesinnungsverwandte, vielfach sachunkundige frühere Offiziere in diesem wichtigen Zweige der öffentlichen Verwaltung Verwendung finden wie ich auf dem Lande feststellen konnte, müßte bei dem heutigen Ueberangebot steuerrechtlich und betriebswirtschaftlich vorgebildeter Kräfte endgültig der Vergangenheit angehören!

Wie in so vielen anderen, so liegt auch auf steuerlichem Gebiete die Entscheidung darüber, ob soziale Umgestaltungen Wirklichkeit werden sollen, letzten Endes bei der Wählerchaft. Nicht nur die Teile der Arbeiterklasse, die letzten noch gewissenlosen Großpredigern ihre Stimme gaben, sondern auch der kleine Mittelstand, dessen Vertrauenslosigkeit gerade in steuerlicher Hinsicht nur dazu ausgenützt wird, damit die Leistungsfähigen sich ihrer sozialen Verpflichtungen entziehen können, werden zu erwägen haben, ob es den eigenen und den staatlichen Interessen nicht dienlicher ist, mit der Sozialdemokratie für die Erreichung konkreter Ziele eines sozialen Steuerrechts zu kämpfen! — H. K.

Prozeß gegen Selbstfinanzierung.

Aktionärsproteste bei den Adlerwerken.

Jahrelang haben die Aktionäre geduldet, daß die Verwaltungen ihrer Gesellschaften die Reingewinne nicht auswiefen, um sie zur Erneuerung und zum Ausbau ihrer Anlagen zu verwenden. Unmüßig ist nun auch bekannt geworden, daß es gerade diese Methode der „Selbstfinanzierung“ war, die eine große Kapitalfehlführung ermöglichte, weil durch die Selbstfinanzierung die Festlegung von Kapital nach rein technischen Gesichtspunkten begünstigt wurde.

In der Generalversammlung der Adlerwerke vom Heinrich Hege A. G., Frankfurt, bestritt ein Aktionär die Richtigkeit der Bilanzen seit 1927. Seit diesem Jahre seien Investitionen in Höhe von 41 Millionen Mark erfolgt. Zur Finanzierung habe man aber nur einen Bankkredit von 15 Millionen Mark aufgenommen, also die Differenz von 26 Millionen aus laufenden Gewinnen bezahlt. Diese Gewinne seien in keiner Bilanz erschienen, sondern durch Unterbewertung der Aktien zur Bildung von stillen Reserven benutzt worden, die dann im Laufe des Ausbaues der Werke aufgelöst wurden.

Die Vermutung vermied es, hierüber Ausschluß zu geben und erklärte, daß über diese Frage ein Prozeß schwebt. Bekanntlich mußte vor etwa zwei Jahren das Aktienkapital der Adlerwerke zur Sanierung zusammengestrichen werden.

Zur jetzigen Lage des Unternehmens wurde mitgeteilt, daß der Bestand an fertigen Wagen niedrig sei und daß man größere stille Reserven hätte bilden können.

24 Milliarden Kilowattstunden.

Der Morgansche Elektrizitätstrust.

Nachdem vor kurzem die New York United Corporation gegründet worden war, eine Tochtergesellschaft der vom J. P. Morgan kontrollierten United Corporation, finden jetzt weitere Vorbereitungen zum Zusammenschluß der großen ostamerikanischen Elektrizitätskonzerne zu einem Riesenenergiekonzern statt. Vertreter des Bankhauses J. P. Morgan und ebenso der National City Bank sind soeben in den Aufsichtsrat der Consolidated Gas Co. in New York eingetreten, einer der größten Elektrizitätsgesellschaften der Vereinigten Staaten. Der kommende Energiekonzern wird eine Elektrizitätserzeugung von etwa 24 Milliarden Kilowattstunden haben, etwa ebensoviel wie Frankreich und Italien zusammengekommen.

Immer noch schlechter Kaliabsatz.

Die Abnahmen der zum Deutschen Kalifiduzat gehörenden Kaliwerke im Mai 1931 betragen 575 384 Doppelzentner Reinkali gegen 771 775 Doppelzentner Reinkali im gleichen Monat des Vorjahres. In den ersten fünf Monaten des laufenden Kalenderjahres wurden von der Kaliwerken insgesamt 5 709 384 Doppelzentner Reinkali gegen 7 332 833 Doppelzentner Reinkali in der gleichen Zeit des Vorjahres verhandelt.

Heute zu Tietz:

billige und gute Lebensmittel einkaufen

Preise nur Freitag und Sonnabend. — Mengenabgabe vorbehalten. Verkauf soweit Vorrat. — Fleisch und leichtverderbliche Waren sind vom Versand ausgeschlossen. — Die Zusendung von Lebensmitteln erfolgt bei Bestellung von 5,00 Mark an.

Kalbskeule
bis 9 Pfd. schwer,
ganz u. geteilt, Pfd. **0,80**

Eisbein
mit Spitzbein, gepökelte, Pfd. **0,38**

Eier 10 Stück 0,55

Deutsche
frische Butter
Pfd. **1,24**

Zitronen
Duz. **0,52**

Schlaraff. - Apfelsaft
naturrein, alkoholfrei, hervor-
ragende Qualität
1/2 Flasche **0,93** 10 Fl. **9,00**

**Himbeer-, Kirsch- oder
Zitronensaft m. Raffinade**
1/2 Flasche **1,20** 10 Fl. **11,50**

Orangeade vorzügliche
Qualität, eigene Abfüllung
1/2 Flasche **1,35** 10 Fl. **13,00**

Frisches Fleisch

Kalbskamm o. Dige. Pfd. v. 0,62
Kalbsbrust u. -Rücken, Pfd. v. 0,68
Kalberoulade gesollt, Pfd. v. 1,28
Kalbsschnittel Pfd. v. 1,90
Hammel-Vorderfleisch, Pfd. v. 0,88
Hammel-Rücken u. Keule, Pfd. v. 1,12
Schweinebauch o. B., Pfd. 0,60
Schweineblatt o. B., Pfd. 0,68
Schweine-Schink., u. Keule, Pfd. 0,74
Schweineleber Pfd. 0,78
Schweineieren Pfd. 0,68
Schweineköpfe o. B., Pfd. 0,28
Rückenfett bratfertig, Pfd. 0,48
Suppenfleisch Pfd. v. 0,58
Schmorfleisch Keule, u. B., v. 1,14
Rouladen Pfd. 1,28
Roastbeef o. Ke., Pfd. von 1,38
Gulasch gemischt Pfd. 0,80
Gehacktes Pfd. 0,68
Rinderbacken o. Ke., Pfd. 0,38
Rinderlunge Pfd. 0,28
Rinderherzen Pfd. 0,44
Euter Pfd. 0,20

Hammelvorderfl. gefr. Pfd. 0,58
Hammelrücken gefr. Pfd. 0,68
Hammelleulen gefr. Pfd. 0,78
Suppenfleisch gefr. Pfd. v. 0,58
Schmorfleisch gefr. Pfd. 0,98
Rinderleber gefr. Pfd. 0,88

Wurstwaren

Schinken gekocht, 1/4 Pfd. 0,35
Schinken roh, 1/4 Pfd. 0,48
Sülze Pfd. 0,48
Sülzwurst Pfd. 0,68
Feine Leberwurst Pfd. 1,08
Schinkenpolnische Pfd. 1,08
Zerelat Pfd. 1,30
Salami Pfd. 1,30
Fetter Speck Pfd. 0,68
Magerer Speck Pfd. 0,88
Schinkenspeck Pfd. 1,38
Nußschinken Pfd. 1,55
Würstchen 1/2-Paar-Dose 0,85
Gulasch Pfd. 0,78
Königsberger Fleck
Dose 400 Gramm 2 Dose 0,95
Huhn i. Reis Pfd. 0,95

Fische

*Lachs gefroren Pfd. 0,58
*Zander gefroren Pfd. 0,28
*Kabeljau gr. o. Ko. Lg. Pfd. 0,12
*Seelachs gr. o. Ko. Lg. Pfd. 0,14
*Schellfisch Lg. Pfd. 0,14
*Kabeljaufilet Pfd. 0,20
*In allen Illustern außer Androsastr.

Käse und Fette

Camembert Pfd. 0,15
Häzer Pfd. 0,58
Blockkäse Tils. Art. 30%, Pfd. 0,58
Brickkäse vollfett, Pfd. 0,52
Edamer, Holland. 40%, Pfd. 0,70
Steinbuscher vollfett, Pfd. 0,72
Tilsiter vollfett, Pfd. 0,72
Münster vollfett, Pfd. 0,58
Italien. Käse 45-50%, Pfd. 0,95
Schweizer Pfd. 1,23
Allerfeinste deutsche
M. ikoreibutter Pfd. 1,44
A. lar. erste deutsche
M. kenbutter Pfd. 1,43
Margarine Pfd. 0,75
Kokosfett 2 Pfd. 0,75

Räucherwaren

Schellfisch geräuchert, Pfd. 0,32
Seelachs geräuchert, Pfd. 0,36
Flundern geräuchert, Pfd. 0,36
Rotbars geräuchert Pfd. 0,38
Makrelen in Tomaten, Dose 0,50
Fleischsalat Pfd. 0,75
Heringssalat Pfd. 0,70
Schammer-Roulade in
Burgunder-Tomatensoße, Dose 0,80
Sardinen Marke Bertie, Dose 0,45
Sardinen 5 Portionendosen 0,55

Obst und Gemüse

Apfelsinen Pfd. 0,58
Bananen Pfd. 0,78
Tafeläpfel Pfd. 0,82
Ananas Pfd. 0,85
Stachelbeeren unref. Pfd. 0,20
Radieschen 4 Bund 0,10
Grüne Gurken Stück von 0,25
Kopfsalat 3 Köpfe 0,10
Rhabarber 4 Pfd. 0,10
Spinat 2 Pfd. 0,25
Schoten 3 Pfd. 0,40
Kohlrabi Bund 0,28

Neuer Wirsingkohl Pfd. 0,15

Neue Kartoffeln 5 Pfd. 0,55

Spargel billigst

Konserven 1/2 Dose

Kaiserschoten 1,15
Junge Erbsen mittelfein 0,78
Gem. Gemüse fein 1,20
Junge Karotten 0,53
Stangenbrei bohren 0,60
Sallerie tafelfertig 0,65
Aprikosen ohne Stein 0,95
Gemischte Früchte 1,40
Pflirsche 1/2 Frucht, geechalt 1,30

Wild und Geflügel

Rehkochfleisch Pfd. 0,26
Rehblättel Pfd. 0,88
Rehkeulen Pfd. 1,5 J
Junge Tauben Stück 0,70
Suppenhühner trieb, Pfd. 0,88
Hühner gefroren Pfd. 0,88
Enten frisch Pfd. 0,98
Waldtauben gefroren, St. 0,50
Gänse frisch Pfd. von 1,15

Kolonialwaren

Bruchreis Pfd. 0,14
Burmareis Pfd. 0,18
Italienischer Reis Pfd. 0,22
Blue-rose-Reis Pfd. 0,32
Buchmakkaroni Pfd. 0,45
Eierbandnudeln Pfd. 0,43
Eiersternchen Pfd. 0,54
Harigreis Pfd. 0,28
Weizengreis Pfd. 0,30
Pflirsche getrocknet Pfd. 0,62
Kakao stark entölt Pfd. 0,48
Krümel
Schokoladenpulver Pfd. 0,85
Kaffee Pfd. von 1,20

Weine 1/2 Fl. 10 Fl.

1929er Edenkobener 0,75 7,00
1929er Obermoseler 0,85 8,00
1929er Ingelheim. Rotw. 0,55 5,00
1929er Silesheimer 1,25 12,00
1929er Braunsberger 1,45 14,00
1929er Riesporter Lay. 1,65 17,50
1929er Chät. Be. che-
ville 2,00 18,50
1929er Haut Sauvernes 2,75 25,00
1 Liter
Spezial-Apfelwein 0,58 2,75
Cider, süßer Apfelwein 0,75 3,50
Röt. Johannisbeerwein
I. Qualität, süß 0,85 4,00
Deutscher Wermut
„Rigolo“ 1,10 5,25
Ingal. S. Mos. II. Qualität 1,20 5,75
Roter Tarragon,
sehr gute Qualität 1,25 6,00
Sonnengartner, vorzüg-
licher Frühtrückwein 1,50 7,50
Deutscher Weinbrand, ab-
gelagerte Qualität, 1 Liter 4,50
* Preise ohne Flasche.

Gegen die Arbeitslosigkeit.

Der Tag der Arbeitervertreter in Genf.

Genf, 4. Juni (Eigenbericht).

In beiden Vollsitzungen der Internationalen Arbeiterkonferenz kamen am Sonntag am stärksten die Gedanken der Arbeiterschaft zum Ausdruck. Neben dem Bericht des Direktors empfohlenen Mitteln zur Behebung der Arbeitslosigkeit stellten besonders Hermann Müller und Jouhaug

die Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhöhung der Löhne

in den Vordergrund, nicht ohne vor den Ausbrüchen der Verzweiflung bei den verelendeten Arbeitermassen eindringlich zu warnen.

Der englische Arbeiter Handay schloß sich der Kritik des Direktors über die Nichtratifikation des Washingtoner Abkommens durch England an unter schärfster Ablehnung der englischen Unternehmerpraktiken. Ein sofortiges Mittel, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, sei die Heraushebung des schulpflichtigen Alters, wie es im britischen Parlament vorgeschlagen worden sei und die Versorgung der Arbeiter über 60 Jahre. Ferrarens, christlicher Gewerkschafter aus Holland, empfahl der Konferenz die päpstliche Enzyklika zur Lösung der Krise. Einen starken Eindruck hinterließ die Rede

Rede des deutschen Arbeiterdelegierten Hermann Müller.

Er verteidigte das Recht des Direktors Thomas zur Kritik an Rückständigkeit. Wenn der Direktor sich wehre gegen die Haltung der englischen Unternehmer, dann habe er sich durchaus im Rahmen seiner Pflicht gehalten. Die Arbeiter sähen, daß weder die Unternehmer Englands noch Deutschlands für den Fortschritt seien. Sie hemmten im Verwaltungsrat und in der Konferenz die Arbeit des Internationalen Arbeitsamtes. Er habe auch kein Verständnis für die Empfindlichkeit der englischen Arbeiterregierung. Ihr Gewicht hätte die Ratifikation des Washingtoner Abkommens beschleunigt in anderen Ländern. Müller vermüßte indessen in dem Bericht des Direktors den Elan für die große Arbeit. Die Entschliessungen des Verwaltungsrates gingen der Krise nicht auf den Grund und brächten keine Lösung. Die vorgeschlagenen Maßnahmen würden keine Hilfe

bringen. Die Arbeitslosenversicherung müsse da sein, aber sie beseitige nicht die Arbeitslosigkeit. In der Arbeitszeitverkürzung und Lohn-erhöhung werde der Bericht sehr zaghaft.

Die 40-Stunden-Woche müsse unbedingt eingeführt werden.

Beweis sei das auch kein Allheilmittel, aber es wäre ein rasch wirkender Anfang. Wirklich zu Beibe geben könne man dem Problem nur durch Hebung des Massenkonsums, durch Steigerung der Kaufkraft. Lohn-erhöhung und Senkung der Preise müßten Hand in Hand gehen. Hier sagten die Unternehmer den Rest ab, auf dem sie sitzen und die deutschen Unternehmer bemühten sich, den Restor dabei zu halten. Die Krise habe bewiesen, daß der Kapitalismus unfähig geworden sei, die alleinige Leitung der Wirtschaft zu behalten. Die Produktion müsse unter die Kontrolle des Staates gestellt werden. Entzöge sich die Regierung dieser Pflicht, dann wäre das Chaos und der Bürgerkrieg die Folge.

Taylor-Australien warnte ebenfalls davor, ohne konkrete Maßnahmen auseinanderzugehen. Ramentisch forderte er eine planmäßige Beseitigung der industriellen und agrarischen Ueberproduktion.

In einer großangelegten Rede legte Jouhaug Frankreich dar: die Arbeiter hätten die Rationalisierung als notwendig bezeichnet. Jetzt wandten sich die Arbeiter mit Recht an die Führer mit der Anklage,

die Arbeiterklasse sei betrogen worden.

Die Unternehmer hätten die Rationalisierung nur als Klassenkampf-mittel ausgenutzt. Lohn-erhöhung und Arbeitszeitverkürzung müßten gegen die Arbeitslosigkeit eingesetzt werden neben allen anderen Mitteln, die im ausgezeichneten Bericht des Direktors empfohlen seien. Geschähe das nicht, dann sei die größte Gefahr, daß die ausgehungerten Massen zur Revolte griffen und die werde dann brutal sein. Die wenigen Unternehmervertreter, die heute sprachen, bewegten sich in bekannten Gemeinplätzen, ohne irgend einen praktischen Weg aus der Krise zu zeigen.

Der Gesamtverband.

Was gewerkschaftliche Kraft vermag.

Das erste Quartal dieses Jahres war auch für die Berliner Ortsverwaltung des Gesamtverbandes ein Jahresabschnitt, in dem mit Ausnahme einer einzigen Lohnbewegung alle Lohn- und Mantelkämpfe im Zeichen der Abwehr von Verschlechterungen standen. Für rund 10 000 Mitglieder, das sind etwa vier Fünftel der Gesamtmitgliedschaft, war die Organisation bemüht, die mühsam errungenen Lohn- und tarifpolitischen Positionen erfolgreich zu verteidigen. Dieses Bemühen war zwar nicht voll erfolgreich, aber immerhin, wie aus dem Geschäftsbericht des Genossen Schaum in der letzten Quartalsgeneralversammlung des Gesamtverbandes hervorging, von beachtlichen Teilerfolgen gekrönt. So war es z. B. möglich, für die städtischen Arbeiter nicht nur den geplanten Lohnabbau abzuwenden, sondern durch Verkürzung der Arbeitszeit die Entlassung von 15 000 Arbeitern zu verhindern und obendrein noch rund 1300 Arbeitslose wieder in Arbeit zu bringen.

Auch bei der Parkverwaltung konnte durch Verhandlungen die Entlassung von etwa 1400 Arbeitern abgewendet werden. Die Einführung der 44-Stunden-Woche für das technische Personal der BVG diente dem gleichen Zweck. Der im Schwebefuhrwerke auf dem Wege des Diktats versuchte Lohnabbau von 12 Proz. wurde durch einen Streik verhindert. In allen übrigen Branchen und Sektionen gelang es, die Lohnabbauwünsche der Unternehmer auf ein Mindestmaß zurückzubringen.

In das Berichtsquartal fielen zum größten Teil auch die Betriebsstreiks, bei denen sich der Gesamtverband im allgemeinen nicht nur gegenüber der A.G.D. gut behauptete, sondern ihr zum Teil wieder Boden abgewonnen hat. Im Zusammenhang mit der Betrachtung der gegenwärtigen Abwehrkämpfe, insbesondere des Kampfes um die Verkürzung der Arbeitszeit, kam Genosse Schaum auf die Veräußerung der Bewegung zu sprechen. Infolge der bedrückten finanziellen Lage der Stadt Berlin hat hier die öffentliche Wirtschaft eine Schlacht verloren.

Die Organisation hat alles getan, um wenigstens die erworbenen Rechte aus den Arbeitserträgen zu sichern. Wenn die Mitglieder trotz der Tatsache, daß die Abwehr gegen die Verschlechterungen nicht voll erfolgreich war, der Organisation die Treue gehalten haben und der Mitgliederbestand stabil geblieben ist, ist das ein Beweis dafür, daß sie die Notwendigkeit des streifen gewerkschaftlichen Zusammenchlusses gerade in diesen schweren Krisenzeiten erkannt haben.

Der Kassierer Genosse Brechte teilte mit, daß trotz der Krise und der großen Arbeitslosigkeit die Kassenverhältnisse zufriedenstellend sind. Von der finanziellen Leistungsfähigkeit des Gesamtverbandes zeugt allein die Tatsache, daß im Laufe des vorigen Jahres an Unterstützungen rund 9 1/2 Millionen Mark ausgezahlt wurden.

In der kurzen Diskussion machten sich einige grundsätzliche „Oppositionelle“ durch eine belanglose, an den Haaren herbeigezogene Kritik der Taktik der Gewerkschaften bemerkbar, fielen aber bei der Versammlung gänzlich ab.

A.G.D. gegen Gehaltskürzung.

Eine Erklärung des Bundesvorstandes.

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat mit äußerster Bestimmtheit davon Kenntnis genommen, daß die Reichsregierung zur Deckung des Defizits der öffentlichen Finanzen wiederum die Kürzung der Beamtengehälter in Aussicht genommen hat. Er betont: Die Erfahrung habe gezeigt, daß Lohn- und Gehaltsabbau infolge Senkung der Massenkauftkraft nur geeignet seien, den Schrumpfungspfeil der Wirtschaft zu verstärken und den Steuerrückgang zu vermehren. In-standesessen könne auch die ruwerdings unabhängige Zahlung der Beamtengehälter weder der Gesundung der öffentlichen Finanzen noch der Anzudebung der Wirtschaft dienen. Wenn zur Versorgung der Arbeitslosen weitere Mittel erforderlich seien, so müßten sie auf dem arbeitslosen Wege der Beseitigung aller Leistungslosigkeit auf-

gebracht werden. Auch die Beamtenschaft sei stets bereit gewesen, zu ihrem Teil an der Aufbringung dieser Lasten teilzunehmen. Sie lehne aber noch wie vor die Sonderbesteuerung ab.

Der Bundesvorstand unterstreicht aus diesen Gründen nochmals ausdrücklich den Standpunkt der Beamtenschaft in den Verhandlungen mit dem Reichsanwalt und erklärt unter Ablehnung der Gehaltskürzung, daß die zur Steuerung der allgemeinen Not der Erwerbslosen erforderlichen Mittel durch eine allgemeine Krisensteuer, in die auch die Beamten einbezogen werden, aufgebracht werden müssen. Hierdurch würde auch die ungeheuerliche Ungerechtigkeit vermieden werden, die in dem von der Reichsregierung anscheinend vorgesehenen Plan, eine Kürzung des ersten Kinderzuschlags vorzunehmen, liege.

Die Berliner Erwerbslosen.

Illustration zum Bericht des Stadtkämmerers.

Wie aus unserer Graphik ersichtlich ist, wächst die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen in Berlin beständig. Ende Dezember 1929 waren es 44 400, Ende Dezember 1930 schon 116 200 und Ende April 1931 bereits 152 600 Wohlfahrtserwerbslose, d. h. also, daß die Zahl derselben sich von Ende Dezember 1929 bis Ende April 1931 fast 3 1/2 mal vergrößert hat. Haben die Wohlfahrtserwerbslosen Ende Dezember 1929 rund 20 Proz. der Gesamtzahl der Erwerbslosen in Berlin ausgemacht, so hat diese Prozentzahl Ende April 1931 bereits rund 38 Proz. erreicht. Und alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen in Berlin noch weiter steigen wird.

Die Erwerbslosen in Berlin Stand: Ende jeden Monats In 1000 Personen



Durchschnittlich rechnet man mit etwa 185 000 Wohlfahrtserwerbslosen. Werden die Jugendlichen unter 21 Jahren aus der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen, dann bedeutet dies, von allen sonstigen Nachteilen abgesehen, eine weitere Belastung des Berliner Wohlfahrtssetats.

Kraftdroschken-Lohntarif gekündigt.

Die Fahrer sollen das Betriebsrisiko tragen.

Der Lohnartiklervertrag der Berliner Kraftdroschkenfahrer ist von der Arbeitergemeinschaft Berliner Kraftdroschkenverbände zum 30. Juni gekündigt worden. Obwohl dem Gesamtverband nur die formale Kündigung übermittelt wurde, ist die Absicht der Berliner Kraftdroschkenfahrer ziemlich klar. Sie halten angesichts der hohnschüchternen Entschuldigungen des Berliner Schlichtungsausschusses in der letzten Zeit offenbar die Zeit für gekommen, den Tariffahrern nunmehr das letzte Recht auf einen festen Lohn gänzlich zu rauben, das ihnen nach dem Streik zu Anfang des vorigen Jahres noch geblieben ist. Man wird sich noch daran erinnern, daß dieser Streik mit dem Abbau des erst 1929 erkämpften Garantielohnes von 8 Mk. je Schicht auf 4,50 Mk. und noch einigen anderen Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen endete.

Das Ziel der Berliner Droschkenbesitzer scheint zu sein, das unwürdige Entlohnungssystem der nur prozentualen Beteiligung an der Bruttoeinnahme wieder einzuführen, das bis 1929 als das schändlichste Entlohnungssystem in ganz Deutschland bestand. Diese Art der Entlohnung wälzt das gesamte Betriebsrisiko auf den Kraftdroschkenführer ab. Es legt ihn nicht in den Stand, vor Beginn der Schicht seiner Familie sagen zu können, was er ihr nach dem Schichtlohn zum Bestreiten des lebensnotwendigsten Unterhalts auf den Tisch legen kann. Dieses schändliche Entlohnungssystem macht den Verdienst des Kraftdroschkenfahrers völlig vom Zufall abhängig. Das Gros der Berliner Kraftdroschkenfahrer verdient heute nur noch

den lärglichen Garantielohn von 4,50 Mk. pro Tag,

und zwar bei zwölfstündiger Arbeitszeit. Nach Abzug der Sozialbeiträge verbleiben ihm dann nur noch 3,50 Mk., wovon er sich und seine Familie ernähren muß. Es war daher kein Wunder, daß in der Funktionärsversammlung der im Gesamtverband organisierten Berliner Kraftdroschkenführer die Wogen der Erregung über den Anschlag der Droschkenbesitzer sehr hoch gingen. Einmütig wurde die Branchenleitung beauftragt, kein gewerkschaftliches Mittel unversucht zu lassen, um die mit Sicherheit zu erwartenden Lohnabbauwünsche der Droschkenbesitzer zu Fall zu bringen.

Wie wir erfahren, soll die Kündigung des Lohnartiklers nicht mit Zustimmung der Mehrheit der in der Arbeitergemeinschaft zusammengeschlossenen Verbände der Berliner Droschkenbesitzer erfolgt sein. Sollte diese Mitteilung zutreffen, dann wäre es interessant, zu erfahren, wer eigentlich die Vollmacht zur Kündigung des Artiklers und zur Entscheidung des Konfliktes erteilt hat.

Die reaktionäre Reichsanstalt.

Unerträgliche Scharfmacherallüren.

Immer wieder muß man sich mit der Personalpolitik der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung befassen. Die Reichsanstalt scheint Wert darauf zu legen, nicht hinter den Abbaumassnahmen der schärfsten Arbeitgeberverbände zurückzustehen. Im Augenblick ist die „vorsorgliche Kündigung“ verbunden mit der Urlaubskürzung und „die Entlassung von Gehaltsüberzahlungen“ an der Reihe.

Zu den verschiedenen Kündigungssterminen werden jeweils eine größere Anzahl Angestellter vorsorglich gekündigt wegen „des zu erwartenden Rückganges der Arbeitslosigkeit“. Diese Maßnahme berührt in Berlin zumindest recht eigenartig, da es sich eigentlich bei der Reichsanstalt schon herumgesprochen haben müßte, daß nach den amtlichen Mitteilungen der Reichsanstalt in Berlin nicht nur ein Rückgang der Arbeitslosigkeit festzustellen ist, sondern sogar ein für den Sommer erheblicher Zugang. Die Durchführung des Personalabbaus infolge der Erhöhung der Mehrziffer ist erfolgt, nichtsdestoweniger werden auch jetzt noch Angestellte mit der obigen Begründung gekündigt, obwohl nun erst meist als Entlassungstermin der 30. September in Frage kommt.

Bei Durchsicht der eigenen Statistik könnte die Reichsanstalt un schwer feststellen, daß zu diesem Termin wegen bereits wieder einsehender beruflicher Arbeitslosigkeit noch nie Entlassungen vorgenommen werden konnten. Was bezwecken denn nun eigentlich die Kündigungen? Will man etwa den Angestellten die Urlaubsvergütungen rauben? Oder hat man verheißene jene Tarifvertragsbestimmungen vergessen, daß in gekündigtem Verhältnis nur anteiliger Urlaub zu gewähren ist, also bei Beschäftigung bis zum 30. September nur sechs Zwölftel der zustehenden Urlaubstage?

Noch offensichtlicher sozialer aber ist das Verhalten der Reichsanstalt gegenüber den Angestellten, die entlassen werden und die nach irgendeiner Schuld zu tilgen haben. Es gibt da Schulden aus „Ueberzahlungen“ infolge falscher Eingruppierung und vor allem aus „Ueberzahlungen“ des Gehalts bei Krankengeldbezug, weil ja das Reichsarbeitsgericht jene denkwürdige Entscheidung gefällt hat, daß infolge der Zulinoverordnung auch ein Krankengeld, das der Angestellte nicht erhält, auf das Gehalt angerechnet werden muß.

In solchen Fällen versendet die Reichsanstalt vorgedruckte Zettel des Inhalts, daß die Gesamtschuldsumme nach einer Verfü gung des Reichsfinanzministers vom letzten Gehalt in Abzug gebracht werden muß. Sämtliche Arbeitsschuldhefte einschließlich des Bürgerlichen Gesetzbuches werden durch diese Verfügung einfach außer Kraft gesetzt. Pfändungsfreier Gehaltsbetrag, Pfändungsgrenze, das Verbot der Aufrechnung mit Lohn- und Gehaltsforderungen usw. existieren für diese Sozialversicherungsbehörde nicht. Die Hauptsache ist, daß das Konto des Angestellten bei seinem Weggang „bereinigt“ ist. Was der Angestellte, der ja nun durch die Arbeitslosigkeit sowieso der Verelendung anheimfällt, macht, das kümmert die Reichsanstalt nicht.

Der doppelte Druck, unter dem die Angestellten der Reichsanstalt stehen, muß zu Entlassungen führen, wenn die Reichsanstalt dazu übergeht, sich über Gesetz, Recht und Moral einfach hinwegzusetzen. So geht es nicht!

Sächsischer Metallschiedspruch.

Zweite Auflage der Lohnkürzung.

In dem Bahnstreit in der sächsischen Metallindustrie wurde nach langen Verhandlungen von der Schlichterkammer gegen die Stimmen der Gewerkschaftsvertreter ein Schiedspruch gefällt, der einen neuen Lohnabbau für die Metallarbeiter bringt. Die Ausgangsziffer für die Zeitlohnarbeiter wird im Spruch von 78 auf 76 und die für Akkordarbeiter von 77 auf 75 Pf. herabgesetzt. Für den Bezirk Bautzen sind die Ausgangsziffern 2 Pf. niedriger. Diese Regelung soll mit einmonatiger Frist erstmalig am 30. November gekündigt werden.

Wahrung B.S.G. Lohn-Rechts! Alle Genossinnen und Genossen treffen sich am Sonnabend, 6. Juni, 20 Uhr, im Cäcilienhof bei Remmerstraße, Teufower Str. 1-4, zum offiziellen Zusammenkunft. Anwesende und Bekannte der Genossen und Genossinnen sind herzlich eingeladen, ebenfalls die Genossen der anderen Kreislagen der B.S.G. Der Wahlkreisvorsitz.

Zuendardruppe des Zentralverbandes der Angestellten
Freitag, 5. Juni, 1931, 19.30 Uhr, im Cäcilienhof bei Remmerstraße, Teufower Str. 1-4, zum offiziellen Zusammenkunft. Anwesende und Bekannte der Genossen und Genossinnen sind herzlich eingeladen, ebenfalls die Genossen der anderen Kreislagen der B.S.G. Der Wahlkreisvorsitz.

Max Dortu: Telegraphenmaße

Der Benz is da — juhei. Freut euch des Lebens! Das Wetter is schön. Ueber die Moorwiesen liegt schreiend der Kiebitz, sein lustiger Schrei: Kwiitt, kwiitt, flügge mit? Jamohl, Freund Kiebitz, wir fliegen mit — mit unserm neuen grauen Auto, Mensch: das is ein Prachtier, unser neuer Töffstöff, unser Brummbrumm — wie ein Stier: so stark is er, der neue graue Benzinwagen — nein, stark wie hundert Stiere is er, der Betriebswagen vom Telegraphenbauamt. Zwölf Mann sitzen wir drauf, der Chauffeur und Vormeister sitzen vorne — und wir zehn „Unbeforderten“, wir sitzen achtern — auf gepolsterten Gerütelasten, richtige Bänke. Wie ein schwerstes Geschütz, wie ein Kriegsmörser rollt unser Betriebsauto dahin, an die dreihingel Vangrohrgehäuse gucken achtern raus — Telegraphenmaße, und da is der blanke Bronzedraht, schön ordentlich aufgerollt — wie Gold, so blinkt er. Und die weißen Porzellanöpfe, wie Wasserrofen blitzen sie unterm Sonnenstrahl, die Isolatoren. Und die frisch schwarzgestrichenen eisernen Isolatorenstützen, mancher Rabe wird hoch droben in der Luft mal drauf sitzen. Du, da, kiel mol, wieder der lustige Vogel, was er für Purzelstürze macht, in der blaustüblernen Moorluft, der Kiebitz: kwiitt, kwiitt, flügge mit?

Sooo, nun sind wir da: an Stelle und Ort, der Nordweststurm hat neulich 'ne Reihe Telegraphenmaße umgelegt. Schon vor 'ner Woche, wir hatten die Leitung provisorisch in Gang gehalten, durch Hilfsmaße, heute aber wollen wir die Telegraphenlinie wieder richtig und schließlich in Stand setzen, wir pflanzen an die dreihingel neue Maße ein. Das is nicht so einfach, der Grund hier is Moor, schwarzes rauchendes Heideemoor, wir graben — mit Wasserstiefeln an den Beinen, mit Gummihandschuhen, die uns bis an den Hintern raufreichen — der blanke Stahlschraubstock — es quackst ordentlich im Grund —, wenn du so 'nen fetten Moorbrocken in der Tiefe losfischst — und schwer ist der Stoff, und rabenschwarz — hol op, Jung, lustig, is Frühling!

Zu Frühstück haben wir schon an die zehn Böcher fertig — nachher kommt Beton hinein, sonst hält der Mast nicht, Beton und Eisengestänge. Das Feuer flackert gar lustig im Binde, die Kaffeekannen sind heiß — an einer Stange hängen sie über dem roten Bekamme —, Mahlzeit: laßt euch Swaitbrood un Speck un Palm-brotter good smucken — hein, häste ool 'nen lütten Küm? — Jo, dor, nipp mol! Wir Telegraphenmänner im Teufelsmoor, wir setzen die Drahtlinie wieder in Schuß. So 'ne Arbeit im Frühling macht Spaß.

Flinke Autos sausen an uns vorüber, bunte Geschäftsautos — und kleine blaue Vergnügungsautos, es gibt immer Leute genug, die nichts zu tun haben — als wie zu reifen. Auch die Handwerksburschen haben nix zu tun, drum reisen sie ja auch — sie reisen, weil sie keine Arbeit haben — hä, Kunden, kommt mal her — da habt ihr 'ne Stulle mit Blutwurst — und nehmt 'nen Schluck Kaffee aus der Blechtanne — jaomohl, 's is Milch dran — und gute Weiterreise, grüßt Wien und Konstantinopel und Bagdad — wenn ihr hinkommt — sagt: wir kämen bald nach, 'ne neue Drahtlinie von Bagdad durch Persien nach Indien zu legen — wir sind die Telegraphen, international durch Beruf, Verband und Partei. Wir bauen dem elektrischen Wort seine lustigen Strafen — wir verbinden Völker und Kontinente — wir kennen keine Grenzen — die Welt und die Menschheit ist ein Ganzes. Telegraphie ist ein rotes Reg, ein Reg von sozialistischen Tendenzen. Jamohl!

Sooo, frühstückt hätten wir — schnell nach einem Blick ringum —, Mensch, wie is das hier schön, im Teufelsmoor. Die Luft

ist blau — aber ganz zart von Silberdunst durchhaucht — zwei breite Pappelbäume, Moorappeln — der Wind klappert drin, im Pappelblatt, als ob du Talerstücke scheffelweise in einen Geldschrank schaufelst. Der rote Fohsbusch blüht. Und am schwarzen Moorloch flackert ganz leicht im Winde das weiße Geträufel vom Wollgras. Du, kiel dor, 'nen geelen Butterling, ein gelber Zitronenfalter — nun setzt er sich aufs Blütengold des halbmannshohen Binsters. Kriechri — Widenten streichen übers Moor. Und die Schwalbe is schon da, die schwarzblaue kleine Moorfischwalbe. Unser Vormeister sagt: Na, Jungens, wölft wi noch mol? — Joo, sagen wir — käuf man noch 'n beeten, Kriechri, dat is moje in 't Moor!

Gegen Mittag sind wir nah von Schweiß, wir haben die Hemdärmel bis unter die Achselhöhlen aufgekrempt, die Mähen liegen am Chauffeurrand, im grünen Gras — und Piet Uhl ruft: hier in dat Lok sit wat Hattes un wat Hottes binnen — und, wahrhaftig, Kollege Piet Uhl hat recht — mit dem Spaten klopft er auf was Hohles, auf Hartes, wie Eisen und Holz — am Ende 'ne Moorleiche — ein Hünengrab, aus vorgeschichtlicher Zeit? Wölft, ganz vorsichtig, zwei Tane her — wir heben ihn, den Sarg, hol em ropp, swor is he, schrecklich schwer — klisch, macht das Grundwasser — quack, sagt der Moorfisch — höger ropp, höger rouff — Wösch, hol di fast: das is ja 'n Kinderfarg? Dat is obers 'n swores Künd, de Sarg müggel an de twee Zentner.

Soo, wi hefft em an 't Licht — den Sarg. Aber es war kein Sarg — das hier ist ein Schach — eine Eisen- und Eichenkiste, da: die Schloßer sind verrostet — heb den Deckel auf — Wösch, fall nich op 'n Mors — das is Gold — 'ne Schachkiste voller dunkelbrauner und hellgelber Goldstücke. Alte Münzen. Was steht drauf? „Hanse-Schach.“ Ein Schiff ist auf den Goldmünzen — und Jahreszahlen — aus der Zeit von 1200 bis 1350. „Hansa-Geld.“ Da hält nun ein Kuto neben uns. Ein alter Weißbart ist ausgestiegen — horrieh, das is ja unfer lieber Parteigenosse aus Bremen, der Professor vom Museum. Und der alte Weißbart, der wird gesprächig — schaa, Jungens, sagt er — ihr habt hier 'nen wichtigen Fund gemacht — ich gratuliere euch im Namen der Wissenschaft, im Namen der Forschung, das alte Hanseatengeld, das gibt prächtige Museumsstücke. Hier im Teufelsmoor stand im Mittelalter die „Ruge Borg“, die „Rauhe Burg“, das Raubritternest der Grafen von Dübelsdred. Sie lauerten den hanseatischen Kaufmannszügen auf — und beraubten die — bis die Hansestädte die „Ruge Borg“ erstürmten und niederbrannten — die Ritter von Dübelsdred kamen an den Pappelbaum, da tanzten sie am Strang ihren letzten Grafentanz. Der Schach hier, die Münzkiste, die war vor der Burgbelagerung von den Rittern vergraben. Ich gratuliere — ich will dafür sorgen — daß ihr belohnt werdet. Wösch! — Und er saust los, der Professor Weißbart, der alte Parteigenosse, die Schachkiste hat er mitgenommen.

Und am nächsten Tag stand es in allen Zeitungen — und nach vierzehn Tagen bekamen wir von der Telegraphendirection jeder ein Geschenk von 200 Mark — für den ausgegrabenen Schach. Was die Direktion dafür bekam, das wissen wir nicht. Oben und unten — ist immer zweierlei Geld und zweierlei Maß —, oben die großen Gehälter, und zu dem vielen Geld einen ganzen Monat Urlaub — unten: die Stundenzehnjährige als hartumkämpfter Lohn, und der Urlaub? Mensch, dies Jahr machen wir uns aber einen guten Acht-tageurlaub, die 200 Mark müssen springen. Zu Ehren der Grafen von Dübelsdred! Wir sind die Telegraphen, Schachgräber vom Teufelsmoor.

Hermann Wendel: Frankreichs erster moderner Dichter Zu François Villons fünfzehntem Geburtstag

Er hat es allezeit toll getrieben, der Magister François Villon, und seiner Sorgen geringste war, ob er ein halbes Jahrtausend nach seinem lästerlichen Erdendwollen noch als großer, als der erste moderne Dichter Frankreich gefeiert würde oder nicht. Anfangs ließ sich sein Leben gar nicht über an, denn obwohl der im Sommer 1431 Geborene von sich sagen durfte:

Ich bin ein Kind von niedrigem Bau,
Von armen Leuten arme Brut,

hielt ein wohlhabender und gebildeter Kaplan von Saint-Benoît-le-Bienourné schon früh seine schützende Hand über den aufgeweckten Knaben, erwarbte ihm Tisch und Bett in dem Pariser Kloster, in dem er selbst wohnte, und schickte ihn auf die Universität, in der Hoffnung, ihn später als wohlbestallten Pfandner der Kirche oder als vergnüglichen Ratsherrn der geistlichen Gerichtsbarkeit wiederzusehen; nach diesem, seinem Adoptivvater, nannte der ungebürdige Dämling, der eigentlich Montcorbier hieß, sich Villon. Aber daß für einen armen Teufel wie ihn die Tafel nicht ebenso reich gedeckt sein sollte wie für die seinen jungen Herren seiner Bekanntheit, leuchtete ihm nicht ein; unbändiger Lebenshunger ließ ihn die Hände nach allem austrecken, was gut und schmackhaft war. Tolle Studentenstreiche brachten ihn zuerst in Konflikt mit der Obrigkeit; dann schlug er im Kaufhandel einen Widersacher tot, und an einem qualifizierten Einbruch beteiligte er sich auch. Fortan, trotz mächtiger Fürsprecher und wohlhabender Gönner, sank er, um es im Jargon des Marktbürgers auszudrücken, von Stufe zu Stufe. Seine Heimstätte: die Kuchemme, seine Gefährten: Pennbrüder, Landstreicher und schwere Jungen, sein Schicksal: unstet umherzuirren, in seuchten Verliehen zu laulen, vom Geruch des Galgen überantwortet zu werden. Zu Anfang 1463 rettete ihn ein in Verse gefestigtes Gnadengesuch an den Parlamentshof vor der Bekanntheit mit des Seilers Tochterlein, aber für zehn Jahre wurde er der Stadt und des Bezirks verwiesen. Er schritt fürbass auf der langen, langen Landstraße und verschwand im Dunkel; keine Spur mehr kündete von ihm; verdorben, gestorben!

Aber hoch empor über den Brodem dieses zerrütteten Daseins schwang sich der Genius der Poesie. Denn François Villon war ein Richter, wie ihn die Literaturgeschichte nur alle paar Jahrhunderte verzeichnet. Gefühl für das künstlerisch Wesentliche, Aufmerksamkeit der Empfindungen, blühende Phantasie, sprudelnder Witz, echt gallischer Geist, Gabe der Darstellung, Kraft des Ausdrucks, Leichtigkeit des Reims, Schmelz und Schwung — Duzende der kühnsten Poetaster des Mittelalters hätten sich mit dem Reichtum dieses Reifus verschwendend ausstaffieren können. Dabei schenkte seine Muse nicht zimperlich vor der Gasse zurück, in die der Dichter trat. Die schonungslossten Strophen französischer Sprache schrieb er wie jene nicht ganz böhsche Ballade, die in der deutschen Nachdichtung von R. V. Ammer ausklingt:

Wind, Hagel, Regen, Schnee, ich bin geborgen,
Zuhälter bin ich, brauch für nichts zu sorgen.
Mit seiner Louise hat sich Louis gepaart.
Welch herrlich Paar! Art findet sich zu Art,
Uns plagen Ehrbegriffe nicht noch Fausen
In dem Bordell, in dem wir beide haufen.

Und das war wirklich nicht „Kunst um der Kunst willen“, er selber stieß zu Zeiten Mädchen auf dem Strich laufen. Sogar im Rotwech der Gauner und Ganoven brachte er Verse auf Papier und sang unbekümmert das Hohelied der Verlausten und Verführten.

Aber zu Unrecht heißt ihn Paul Jech, der mit Bescheid „Die Balladen und lasterhaftenlieder“ nicht nur in Deutsche, sondern auch in den Rhythmus unserer Tage übertragen hat, einen „proletarischen Dichter“ und sein Werk „die erste proletarische Dichtung“. Dem fünfzehnten Jahrhundert blieb das Proletariat als eine besondere, neue, aufsteigende und aufstrebende Gesellschaftsklasse ganz fremd; das verlorene Volk, mit dem sich Villon tausend und hundert herumtrieb, war Abfall, der sich aus der Umwandlung der feudalen in die bürgerliche Ordnung ergab; als Deklassierte standen er und seine Spießgesellen außerhalb der Klassen, zählten zum Lumpenproletariat. Dem Dichter, der das Schmarögen auf die Höhe einer Kunst erhob, lag es denn eher, gelegentlich einen großen Herrn um Gunst und Gnade anzufingern, als in revolutionärem Ingrimm gegen eine Welt aufzubegehren, die ihn ausgestoßen hatte. Gleichwohl spielte die soziale Rolle in seinem Schaffen nicht. Es klang schon wie eitel Hohn auf die überleserte Erb- und Eigentumsordnung, daß der absolute Habensichts, der kaum über die paar Lumpen auf seinem Leibe zu verfügen hatte, für die Zusammenfassung seiner dichterischen Einfälle und Empfindungen die Form seines letzten Willens wählte: „Das kleine Testament“ und „Das große Testament“ umschließen so ziemlich alles, was uns von ihm überkommen ist. Gilt „Das große Testament“ als ein Pamphlet gegen die Reichen, so fanden sicher viele Zeitgenossen hier ausgedrückt, was sie an Wut und Groll gegen die fetten Schieber und Wucherer auf dem Herzen hatten. Da Villon selber den Hungergürt immer enger schnürte, hätte er auch tiefstes Mitleid mit allen Elenden und Entrechteten und tiefstes Verständnis für alle Strauchelnden und Fallenden. In ergreifenden Tönen warb sein Lied um dieses Mitleid und um dieses Verständnis; immer wieder verwies er darauf, daß Not kein Gebot kennt, daß Verbrechen der Armut entspringt und daß es für die in den Tiefen keine Schuld, sondern nur Schicksal gibt; Grundklang seiner Weltbetrachtung wie in der grandiosen „Ballade von den Gefängnissen“ etwa das Wienerische: Menschen san mer alle!

Und gemeinsam allen Menschen der Tod! Wie der Schwingenschlag eines schwarzen Bogels streifte der Gedanke an das unvermeidliche Ende noch die freiesten Strophen Villons. Da hämmerten Reue, Verzweiflung und Zerknirschung auf sein Herz; in frommer Substanz erschauerte seine Seele, und zu erhabener Größe wuchs bei

Meltem dem Untergang Gemeintes das Ahnen um die letzten Dinge empor:

Wie Tob' ich mit das Leben hin,
So wie die Weberfäden ziehn,
Die mit der nimmermüden Hand
Der Weber von der Spule spannt
Und so wie er die Fäden zieht
Und knüpft, wenn etwas reißen will,
So fürcht' auch ich nicht, daß mir was geschieht,
Denn nach dem Tod wird alles still.

Im Leben aber war Villon auch deshalb kein proletarischer Dichter, weil er keinen Nero für das hatte, was man 1931 als „Kollektio“ zu bezeichnen pflegt. Doch seine zeitgeschichtliche Bedeutung liegt gerade darin, daß er nur das eigene Ich kannte und sich als Mittelpunkt des Weltalls empfand. Die französische Dichtung vor ihm war ein unmauerter Garten mit Treibhäusern, in dem nur der Hochadel spazieren ging; das Bürgertum konnte nicht einmal als Zaungast hineinschauen. Die Dichter waren entweder hohe Herren wie der Herzog Karl von Orleans, den Villon auch kennen lernte, oder Diener hoher Herren, wie Alain Chartier, der bei Karl VII. als Geheimsekretär in Lohn und Brot stand. Ihre Poesie war denn durchaus aristokratische Standesdichtung, ganz unindividuell, nach Form und Inhalt über einen Resten geschlagen, Klischee und Konvention und so allgemein, so unpersönlich wie möglich; durch das Medium des Werks sollte der Verfasser beileibe nicht zu erkennen sein. Da kam, eher ein Hinterbühndler als ein Hofpoet, Villon daher und lieferte keine verstaubten Herkulesleistungen, sondern enthüllte in seinen Strophen sein eigenes blutvolles Ich, sein eigenes zuckendes Herz. Sein Empfinden, sein Erleben, sein Erleben lang er, er lang sich, nur sich. Damit wirkte er als Vorbild der bürgerlichen Welt, die die ständische Ordnung in Einzelwesen auflöste; damit erschien er als Ruder des Individuums und des Individualismus, oder, wie es vor bald einem Jahrhundert der Vortragshistoriker Rissard, Bürgertum und Nation gleichlegend auf eine Formel brachte: „Karl von Orleans ist der letzte Dichter der feudalen Gesellschaft; Villon ist der Dichter der modernen Welt, die auf den Trümmern des Feudalismus beginnt.“

Was immer in den Menschenallern nachher im dynastischen und feudalen Denken stecken blieb, hatte darum nichts als Hoch und Verachtung für Villon, aber selbst ein wohlwollender Bruder in Apoll wie Clement Marot mißverstand ihn gründlich, wenn er meinte, daß der Sänger der „Ballade von der dicken Margot“, um den vollen Lorbeer zu erlangen, am Hof von Königen und Prinzen hätte leben müssen. Villon in der Hofluft, falls er sich überhaupt hätte zähmen können, wäre ein jeder irischer Kunsthandwerker geworden, nicht mehr, und heute ganz und gar vergessen. So aber, weil er den Mut hatte, er zu sein und sich zu dichten, lebt er, den Kranz der Unsterblichkeit um die verwülfte Stirn, bis auf diesen Tag weiter.

Der arme Scholar,
Des Name François Villon war.

Gesundheitliche Ratschläge für Juni

Un schönen warmen Junitagen wird hier und da in Flüssen und Seen schon häufig gebadet; vielleicht ist daher der gegenwärtige Beginn der sommerlichen Badezeit der richtige Zeitpunkt, um einmal auf diese und jene Gefahren, wie sie das Baden und Lagern im Freien mit sich bringen könnte, hinzuweisen. Dabei liegt uns nichts fern, als etwa denen, die das Baden im Freien lieben, ihr Vergnügen leid machen zu wollen; es kann kaum etwas Gefährlicheres geben als ein vernünftig betriebenes Freibad und den damit verbundenen Aufenthalt in frischer Luft, sowie die natürliche Sonnenbestrahlung der Haut. Lediglich gewisse wohlangebrachte Vorsichtsmahregeln sollen hier Erwähnung finden.

Da ist zunächst einmal der Gefahr des Kleinbadens zu gedenken. In jedem Jahre wieder hört man von Unglücksfällen, bei denen Badende, die ohne Gesellschaft oder ohne Kameraden in Flüssen und Seen badeten, plötzlich verunglückten und ertranken, weil niemand in der Nähe war, der ihnen hätte Hilfe bringen können. Die verhängnisvollen Bodentrümpfe, Herzschlag und andere unbekannte Körperschäden können die Ursache sein. Wer in ein unbekanntes Gewässer springt, setzt sich zudem der Gefahr aus, daß er in ein Gewirr von Wasserpflanzen gerät, die so dicht miteinander verflochten und verzweigt sind, das sie ihr Opfer wie mit unzerbrechlichen Seilen umklammern und sich — je mehr man sich windet — um so fester um den Leib schlingen. Also: in unbekanntem Gewässern niemals allein baden; im Freien möglichst überhaupt nur in der Gesellschaft oder in der Nähe von anderen Menschen baden!

Daneben gibt es noch eine Reihe weiterer Vorsichtsmahregeln zu beachten. Daß man — zumal bei niedriger Wassertemperatur — sich nicht zu lange im nassen Element aufhalten darf, ist selbstverständlich. Stellen sich nach dem Bade Kopfschmerzen ein, so ist das bereits ein Beweis dafür, daß man zu lange im Wasser blieb. Auch bedarf es keiner besonderen Erwähnung, daß man nicht mit vollem Magen in Bad gehen, sondern umgekehrt die Nahrungsaufnahme an das Bad anschließen soll, wie ja auch durch das Baden der Appetit wohlwiegend angeregt wird. — Doch während der Badezeit: Infolge der kalten Bäder gar nicht selten Ohrenentzündungen auftreten, wird diesen nicht bekannt sein. Zu ihrer Verhütung muß man sich vor allem beim Schwimmen einer richtigen Atemtechnik befleißigen, sonst dringt Wasser in die Ohrtrompete, was zu ernstlichen Schädigungen Veranlassung geben kann. Schnupfen oder sonstige Nasenerkrankungen, ebenso Ohrenentzündungen sind hinreichender Grund, um sich des Kaltbadens zu enthalten; auch dürfen Menschen mit durchbohrtem Trommelfell nur mit ölgetränkter Watte im Ohr schwimmen und auch dies nur dann, wenn seit der Durchbohrung zwei Jahre ohne Krankheitserscheinungen am Ohr vergangen sind.

Schließlich noch ein Wort über das Lagern nach dem Baden. Alljährlich melden sich zur Badezeit in den Hautkliniken eine ganze Reihe von Personen, die nach dem Baden und Lagern im Freien an eigenartigen Hauterscheinungen erkrankten. Am häufigsten stellt sich da die Hautröte, das Erythem, ein, das von einfacher Rotfärbung bis zu Schwellung und Blasenbildung in den verschiedensten Graden auftreten kann. Während manche Menschen sich sehr lange ungestört in der Sonne und im Wasser aufhalten können, kann bei anderen die Rötung der Haut gar von Fieber, Schlaflosigkeit und Kopfschmerzen gefolgt sein. Wieder bei anderen Personen macht sich nach dem Lagern im Großen ein eigenartiger, oft sehr ausgebreiteter Bläschenausbruch des Rückens bemerkbar, dessen Ursache in einer Ueberempfindlichkeit der Haut gegen Reizgräser, Schilf, Carex-Arten, Binsen und Schafgarbe zu suchen ist. Solche Personen dürfen sich also nach dem Baden nicht in unbedecktem Zustand in die Wiese legen, sondern müssen sich auf einem Badetuch, einer Decke oder dgl. lagern.

Das erste Thermometer stammt von dem deutschen Gelehrten Fahrenheit, der eine Skala für das Steigen und Fallen der Temperatur aufstellte. Die niedrigste Temperatur, die er feststellte, nannte er Null, den Gefrierpunkt des Wassers setzte er auf 32 Grad fest, den Siedepunkt auf 212 Grad.

Ein Mensch verhungert langsam.

Tragödie eines ausgesteuerten jungen Metallarbeiters.

Am dem idyllischen Summier See, der eingebettet zwischen Laub und Schilf am äußersten Nordrand Groß-Berlins ein abgeschlossenes Dasein führt, hat ein junger ehemaliger Siemens-Arbeiter einen erschütternden Kampf um das nackte Leben geführt. Es handelt sich um einen früheren Schlosser von Siemens, dem es wie seinen Klassenossen leidlich ging, als er noch im Siemensstädtler Schloßwerk sein Brot verdiente. 22 Jahre ist er erst alt. Als die verheerende Krise einsetzte, war er als Junger einer der ersten, der über die Alltagspringen mußte. Solange er noch seine 20 Mark Arbeitslosenunterstützung bezog, beherbergte ihn seine Schwester wie vordem weiter. Aber die 26 Wochen der Vollunterstützung waren bald vorüber. Dann kamen die schon schmalen 39 Wochen der Arbeitslosenunterstützung und als diese drei Vierteljahre ebenfalls verstrichen waren, da glaubte die Schwester den jungen Menschen, der immerhin ihr Bruder war, nicht mehr belästigen und nicht mehr beherbergen zu können. Wegen irgendwelcher Formalitäten lehnte das Wohlfahrtsamt ein einmal gestelltes Unterstützungsgeluch ab. Jetzt stand der 22jährige Schlosser buchstäblich vor dem Nichts. Eltern, zu denen er hätte gehen können, hatte er nicht mehr. Und eisernerer Angehörige, um die geben am Sonntag mal ein Mittagessen, am Mittwoch mal ein paar Butterbrote, schließlich noch mal 1 Mark und dann haben sie nur noch ein Achselzucken übrig: „Wir haben selber nichts.“

Vielleicht war es dieses unheimliche Achselzucken, das der empfindliche Junge nicht ertragen konnte und er erinnerte sich an den ruhigen Summier See, an dem er oft gebadet und gespielt hatte, als es ihm noch gut ging. Vorherhand war aber nichts da, womit dieses namenlose Opfer der Rationalisierung seinen Hunger hätte stillen können. So schlich er sich Sonntags zu den badenden Ausflüglern und bot um ein Stück Brot. Und wie der kupferne Pfenniglegen auf einen Leiermann um ein Vielfaches größer herunterfällt in der Reinickendorfer Straße als am Kaiserdamm, so stellten diese selbst sorgenerfüllten Proletarier gern ihr Brot mit dem Ausgesteuerten und mit ihm waren die Sonntage diejenigen Tage in dem freudlosen Dasein unseres Armen, an denen er sich leidlich fressen konnte.

Geschlafen hat der Junge in einer Höhle, die er sich am Abhang eines Hügelns selbst gegraben hatte, mit Zweigen und Laub war der Eingang dürftig genug abgedichtet und als Lagerstatt diente ihm das zurückgelassene Papier der Ausflügler, in das er sich nachts einwühlte, um ein wenig vor der Kälte geschützt zu sein. Einige Stunden hob er sich bis zum Montag auf, dann streckte er das erdichte Brot bis zum Dienstag und am Mittwoch mußte ihm der See Nahrung geben. So sah er im Schilf und angelt; fang auch einigermassen. Wer damals an einem stillen Wochentag durch den Wald ging, sah

einen halbentblößten Mann an einem Holzfeuer sitzen, über dem er sich die Fische röstete, ohne Salz, ohne Fett; und ohne einen Bissen Brot verschlang er dann die Fische. In seinen vielen Ruhestunden flocht er sich auch einen Korb, mit dem ging er Blaubeeren oder Steinpilze suchen und die er roh. Mittlerweile zerfiel die Kleidung, kein Hemd war mehr da und keine Schuhe, nur noch eine Hose und eine Jacke. Und der Mensch, der in dieser Hose und in dieser Jacke steckte, der sah mehr aus wie ein Toter als ein Lebender, so abgemagert war er. Aber mit der Kleidung ging es noch an, da brachten Sonntags Ausflügler dieses oder jenes entbehrliche Stück mit; nur die Nahrungsfrage spitzte sich immer mehr zu.

Der härteste Schlag traf den Armen, als ihn der Pächter des Sees beim Angeln erwischt und ihm die Angel abnahm. Jetzt mußte er sich mit vieler Mühe eine neue Angel beschaffen und konnte nur noch in tiefer Nacht an den See gehen. Und war so entkräftet durch den Hunger, daß er ständig beim Warten auf die Fische einschiel. Schließlich wurden die Spenden der Ausflügler immer spärlicher. Man zog sich von dem Armen zurück. Die selber armen Ausflügler sagten: Wir sehen die ganze Woche über so viel Elend. Auch bei uns ist alles arbeitslos und wenn wir nun Sonntags in den Wald fahren oder an den See, dann wollen wir wenigstens versuchen, frühlich zu sein. Aber das können wir nicht, wenn wir immer den halbverhungerten Hähnenmenschen vor Augen haben. So jagen sich die Ausflügler zurück und es war sehr schwer für den Armen, sich die notwendigen paar Streichhölzer zum Feuerzünden zusammenzubekommen.

Katzenfisch haben auch noch einige mit ihm gesprochen, ihn mitunter mit einem Stück Wurst oder einer Schachtel Streichhölzer versorgt. Und immer, wenn jemand von den Arbeitslosen mit ihm sprach, dann bot er sie, doch herauszukommen an den Summier See, mit vereinten Kräften könne man sich dann besser einrichten, die Einsamkeit sei zu fürchtbar. Man fragte ihn auch, warum er denn nicht ins Asyl ginge. Ja, sagte er, soll ich jetzt vielleicht von Summi bis zur Fröbelstraße laufen und um zur Heilsarmee zu gehen? Dazu habe ich nicht die 60 Pf. Schlafgeld.

Als der Winter kam, verließ er die Höhle und zog näher zu den Dörfern heran. Mitunter traf ihn dieser oder jener. Dann hatte er in Strohmieten oder auf Heuböden genächtigt, bis die Kunde von ihm immer spärlicher wurde und als in diesem Frühjahr die ersten Ausflügler an dem Summier See kamen, da war nichts mehr zu sehen, was auf den einstigen Schlosser von Siemens gedeutet hätte.

Niemand vermag zu sagen, wohin diesen Ausgesteuerten das Schicksal getrieben hat. Vielleicht wären andere weniger mit moralischen Hemmungen belastete Naturen an seiner Stelle zum Räuber oder Mörder geworden...

Badeanstalt im Südpark: Eintrittspreis: ohne Zelle 20 und 10 Pf., mit Zelle 40 Pf. Fahrverbindung: Straßenbahn Linie 75 oder 88 bis Straßenbahndepot.

Ziegeleisee Lübars: Eintrittspreis für Erwachsene 10 Pf., für Kinder 5 Pf. Fahrverbindung: S-Bahn bis Bahnhof Waldmannslust, Straßenbahn Linie 68 bis Bahnhof Waldmannslust, Omnibus Linie A 15 bis Platanenstrasse, Linie A 35.

Flußbad Lichtenberg: Eintrittspreis für Erwachsene 25 Pf., für Kinder 10 Pf. Fahrverbindung: Straßenbahn Linie 13 oder S-Bahn bis Stralau-Rummelsburg oder Rummelsburg.

Freibad Oberschöneweide, Freibad Adlershof, Planschwab Wilhelmstrand: Eintrittspreis für Erwachsene 10 Pf., für Kinder 5 Pf. Fahrverbindung: Straßenbahn Linie 87, 187, 95, S-Bahn: Obersee.

Schwimmbad im Weißensee: Fahrverbindung: Straßenbahn Linie 60, 62, 72, 56, 8, 17. Omnibus Linie A 14, 38 (a. Bahnhof Weißensee).

Freibad Tegeler, Uferpromenade: Da infolge Renovierungsarbeiten die Eröffnung noch nicht feststeht, werden entsprechende Mitteilungen noch erfolgen.

Die Kleingärtner tagen.

Ein beachtlicher Kongress in Hannover.

Vom 29. bis 31. Mai tagte in Hannover der Reichsverband der Kleingärtnervereine. Auf dem am 29. stattfindenden Begrüßungsabend wurden vom Senator Dr. Engelke als Vertreter der Stadtverwaltung Hannover die Vertreter und Gäste begrüßt und darauf aufmerksam gemacht, daß Hannover schon im 15. Jahrhundert Kleingärten gekannt habe. Heute umfassen die Kleingärten Hannovers 800 Hektar, die Hälfte davon befindet sich im Eigentum der Stadt und diese habe davon zu billigen Pachtpreisen an Minderbemittelte abgegeben. Die Stadt sei bestrebt, die Kleingärten immer mehr zu vergrößern, ihr Ziel sei die Schaffung von Dauergärten.

Die geschäftlichen Fragen begannen mit einem Referat des Verbandsvorsitzenden, Rektor Förster, Frankfurt a. M. „Zur Lage des deutschen Kleingartenwesens.“ Daraus geht hervor, daß 57,3 Proz. der Mitglieder Arbeiter sind, 10,97 Proz. Angehörige, 14,21 Proz. Beamte, 8,97 Proz. Sozial- und Kleinrentner und nur 8,57 Proz. selbständigen Berufen angehören. Ein großer Teil der Kleingärtner zählt zu den Erwerbslosen und Kurzarbeitern. Daraus ergibt sich die Forderung eines billigen Pachtpreises für die Kleingartenländereien. Der Redner wies auf die wirtschaftliche, volkserzieherische und volksgesundheitliche Seite der Bewegung hin und besonders auf die Jugendpflege der Kleingärtner. Dann referierte Mittelschullehrer Boenike, Halle, über „Kleingarten und Schule“. Frau Ministerialrat Dr. Bäumer, Berlin, hielt dann einen fleißigsten Vortrag über „Die kleingärtnerische Jugendpflege in ihrer Beziehung zur allgemeinen Jugendpflege“ und hob lobend hervor, daß alles, was die Kleingärtner auf diesem Felde geschaffen haben, aus eigener Kraft entstanden ist, ohne öffentliche oder private Hilfe. Die anderen Richtungen der Jugendpflege begannen ihr Werk erst, wenn genügende Unterlagen vorhanden seien. Hier hätten die Eltern ihre Jugendpflege aus sich selbst heraus geschaffen. Die Rednerin hofft, daß diese Eigenart der Jugendpflege auch bestehen bleiben möge, wenn sie zur allgemeinen Jugendpflege stehe. Bisher habe die Kleingartenbewegung in dieser Beziehung ihr Licht unter den Scheffel gestellt. Ministerialrat Richter, Referent für Jugendpflege im preussischen Wohlfahrtsministerium sprach dann ebenfalls zu diesem Thema.

Die Sonntagstagung brachte ein Referat des Rektors Schrader, Hannover, über „Der großstädtische Schulgarten“.

Internationale Mieterinteressen.

Der Internationale Mieterbund hat auf einer in Verbindung mit dem Internationalen Wohnungskongress in Berlin stattfindenden Tagung zu den Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Wohnungsfrage Stellung genommen.

Die wirtschaftliche Lage fordere gebieterisch, die gesellschaftlichen Bestimmungen zur Niedrighaltung des Mietzinses nicht nur ausrechtzuhalten, sondern noch weiter auszugestalten. Der auf privatwirtschaftliche Rentabilität eingestellte Wohnungsbau habe besonders für Kleinwohnungen, wie sie die Masse der Bevölkerung brauche, versagt. Auch die Selbsthilfeorganisationen hätten trotz aller Anstrengungen bisher noch nicht vermocht, den notwendigen Bedarf zu decken. Es ergebe sich deshalb zwingender denn je die Pflicht für die Allgemeinheit, besonders die Wohnungsnotstellung für den Kreis der Minderbemittelten planmäßig zu fördern. Einkommen und Miete müßten in ein erträgliches Verhältnis zueinander gebracht werden.

Auf ins Freibad!

Wie fahren wir hinaus zu Wasser und Sonne?

Die große Sommerferien der Freibäder ist da. Der Großstädter, ob jung oder alt, will hinaus! Wie fährt er am bequemsten? Zu seiner Erleichterung geben wir diese Verbindungen bekannt:

Strandbad Wannsee: Eintrittspreis 20 Pf. für Erwachsene, 5 Pf. für Kinder, Kinder unter 4 Jahren Eintritt frei. Fahrverbindung: Schnellbahn bis Nikolassee, Omnibus: Bahnhof Nikolassee—Strandbad Wannsee, Fahrpreis 10 Pf.

Strandbad Müggelsee: Eintrittspreis 20 Pf. für Erwachsene, 5 Pf. für Kinder. Fahrverbindung: Straßenbahn Linie 187, S-Bahn bis Rahnsdorf.

Wassersportplatz Plöhsensee: Eintrittspreis für Erwachsene 10 Pf., für Kinder 5 Pf., Fahrverbindung: Straßenbahn Linie 8 und 17.

Freibad Grünau: Eintrittspreis für Erwachsene 15 Pf., für Kinder 5 Pf.

Freibad Wendenschloß: Eintrittspreis für Erwachsene 20 Pf., für Kinder 10 Pf. Fahrverbindung: Straßenbahn Linie 83 und 87.

Freibad Gartenstraße: Eintrittspreis für Erwachsene 20 Pf., für Kinder 10 Pf.

Freibad Friedrichshagen, Seestraße 46: Eintrittspreis 20 und 10 Pf. Fahrverbindung: S-Bahn bis Friedrichshagen, Straßenbahn Linie 187, Umsteigen in die Linie 84, oder Straßenbahn Linie 95 Umsteigen in die Linie 84.

Volkssbad Jungfernheide: Eintrittspreis für Erwachsene 25 Pf., für Jugendliche 15 Pf., für Kinder 10 Pf. Fahrverbindung: Straßenbahn Linie 64, 55 und 12.

Freibad Westend: Eintrittspreis für Erwachsene 20 Pf., für Kinder 10 Pf. Fahrverbindung: Straßenbahn Linie 77, 154, 54 bis Kastanienallee.

Freibad Lichterfelde, Hindenburgdamm: Eintrittspreis: 40 Pf. einschl. Garderobe, 20 Pf. Jugendliche, 20 Pf. ohne Garderobe, 20 Pf. für Kinder. Fahrverbindung: Straßenbahn Linie 74 und 56 bis Bültestraße, Omnibus Linie A 23 und 44.

Schwimmbad im Neuköllner Schiffahrtskanal, Grenzallee: Eintritt frei. Fahrverbindung: U-Bahn bis Grenzallee. Straßenbahn Linie 47, 48, 115, 6.

Spandau, Wrodmännerstraße: Eintrittspreis: ohne Zelle 20 und 10 Pf., mit Zelle 40 Pf. Fahrverbindung: Straßenbahn Linie 154 und 58 bis Hafenplatz.

Flußbad Schäferstraße: Eintritt frei. Fahrverbindung: Straßenbahn Linie 75 und 54 bis Schäferstraße.

Grösse verpflichtet!

Unser Dienst am Kunden heisst:



Höchste Qualität
Beste Passform
Grösste
Preiswürdigkeit

SALAMANDER

Berlin muß zahlen können.

Ein Vortrag des Stadtkämmerers.

Ueber die Wirkungen der Berliner Finanzen auf die Arbeitnehmerschaft sprach kürzlich in der Vertreterversammlung des A.F.V.-Ortsartikels der Stadtkämmerer Genosse Bruno Asch. Der Redner gab zunächst ein Bild von der schwierigen Finanzlage der Stadt Berlin und schilderte die Anstrengungen der Stadtverwaltung, den Haushalt für 1931 so zu gestalten, daß die Zahlungsfähigkeit Berlins nicht erschüttert wird. Diese Aufgabe sei nicht leicht angefaßt und die Tatsache, daß die Beteiligung der Stadt Berlin an den Reichs- und Ländersteuern infolge des allgemeinen Rückgangs der Steuereinnahmen ebenfalls immer mehr zurückgeht, der Verteilungsschlüssel dieser Steuern immer wieder zugunsten der Großstädte abgeändert wird, die in Berlin aufgebracht werden, ist ein Mittel in viel geringerem Maße als bisher wieder nach Berlin zurückfließen, alle Einnahmen zurückgehen, während der Fürsorgeaufwand ständig steigt. Diese katastrophalen Rückschläge bei den Einnahmen bei gleichzeitigem Anwachsen der Fürsorgekosten könnten nur durch stärkste Einsparung bei den Ausgaben und größter Beanspruchung der Einnahmequellen in Uebereinstimmung gebracht werden. Diese Uebereinstimmung herbeizuführen, sei sehr schwer und mit viel Unpopulartät verknüpft.

Bei den Ausgaben, wie z. B. denen für Straßenerneuerung, Gebäudeerhaltung usw. würden sogar Abstriche vorgenommen werden müssen, die der Stadt Berlin zwar im Augenblick Ersparnisse bringen, ihr in späteren Jahren aber bedeutend höhere Ausgaben verursachen müssen, als jetzt für diese Zwecke nötig wären. Allein solche rein wirtschaftlichen und finanziellen Erwägungen müssen jetzt leider ausgeklammert werden, um eine Zahlungsfähigkeit Berlins und damit Kreditkündigungen zu verhindern, deren katastrophale Folgen Deutschland schon mehrfach erlebt hat, zuletzt erst nach der Septemberrevolution.

Um die Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit zu erreichen, unter der u. a. auch die Bewag-Transaktion beurteilt werden muß, dürfte kein Opfer zu groß sein. Die Stadt Berlin stehe mit vielen anderen großen Gemeinden in Deutschland in den nächsten Jahren vor der schweren Aufgabe, nur ihre dringlichsten Pflichten zu erfüllen und alle weniger dringlichen zurückzustellen. Im Interesse aller Arbeitnehmer und des Wohles der gesamten Berliner Bevölkerung liege es aber auch, daß Berlin selbst diese Aufgabe löst und sie nicht anderen überläßt.

Freudentag der Kinder.

Das Warenhaus der Konsum-Genossenschaft in der Oranienstraße veranstaltet jetzt in regelmäßiger Folge Kindertage, an denen gewissermaßen das ganze Warenhaus dem Kind unterstellt worden ist. Alle Abteilungen besorgen dann Kinderartikel; die Besucher werden überreicht sein, wie viele Kaufartikel sich mit den Bedürfnissen des Kindes befassen. Und alle diese Dinge zeigen ein gewisses Niveau: Sie müssen trotz ihrer Billigkeit geübt und praktisch sein, damit Arbeiterkinder ihre Kaufgroschen nicht unnützlich verplempern.

Die große Attraktion des Kindertages sind aber die Kinder selbst. Sie sind an solchen Tagen Gäste des Konsum-Warenhauses. Der ganze Erfrischungsraum ist mit Fähnchen drapiert. An den Wänden hängen lustige Bilder vom Struwwelpeter und dem schwarzen Mohren. Väterlich besorgte Angestellte nehmen die Kleinen in Empfang und placieren sie Reihe an Reihe, während die Angehörigen für diese Zeit vollständig abgemeldet sind. Immer mehr Kinder kommen, die Läden in den Reihen füllen sich. Bald ist es eine große Volksversammlung nur von Kindern. Bald werden von fleißigen Helferinnen ganze Berge des leckersten Konsumkuchens herangeschleppt. Andere schenken aus riesigen Kannen Schokolade ein. Mit dem Kuchen in der Hand wird die Sitzung nicht eher unterbrochen, bis das Bäuchlein gespannt voll ist. Neben den Tafelgenüssen warten noch andere Freuden. Eine feine Spielweise breitet sich vor dem Wirtshaus „Zum weißen Köffel“ aus; es darf dort ebenfalls gratis und franks geritten, geschaukelt und getanzt werden. Den Müttern und Anverwandten der Kinder sind mittlerweile in einem anderen Teil des Erfrischungsraumes ebenfalls Ueberraschungen aufgebaut worden. Hier placiert sich ein Stand mit den bekannten G.C.G.-Erzeugnissen in Puddingpulvern, Vanillezucker, Backpulver usw., und die Mütter haben Gelegenheit, die vorzüglichen Erzeugnisse der G.C.G. an ungezählten Gratisproben zu erproben. Diese Kindertage des Konsums, die allmonatlich wiederholt werden, sind eine gute Werbeidee, die durchaus die Erwartungen rechtfertigen, die man an sie knüpft, nämlich, daß die Arbeiterfrau als Käuferin in das Konsum-Warenhaus gehört!

Achtung, Kraftfahrer!

Beim Kraftverkehrsamt findet vom 2. Juni d. J. ab am Dienstagmittag jeder Woche ein besonderer Abfertigungsdienst für die behördlicherseits angeordneten Nachkontrollen von Kraftfahrzeugen statt. An diesen Nachmittagen können in der Zeit von 16 bis 20 Uhr auch solche Kraftfahrzeuge vorgestellt werden, bei denen lediglich die Kennzeichen neu gestempelt werden sollen. Es empfiehlt sich, bei Nachstempelungen von dieser Möglichkeit schnellerer Abfertigung ausgiebig Gebrauch zu machen.

Staatliche Porzellanmanufaktur. Am Mittwoch, dem 10. Juni, veranstaltet das Bezirksamt Schöneberg eine Führung durch die Staatliche Manufaktur mit ihren mannigfachen Werkstätten, alten Sammlungen und Verkaufsräumen. Treffpunkt: 14 Uhr, Haupteingang Wegely-Straße 1 (nahe Bahnhof Tiergarten). Vorverkauf in den bekannten Buchhandlungen. Lustnunft: Rheingau 810, Anschlag 9.

Um das Ledigenheim.

Ein aufklärender Bericht des Bezirksamtes.

Das Bezirksamt Wedding hat über die Ursachen des Mieterstreiks im Ledigenheim in der Schönstedtstraße der Bezirksversammlung Wedding einen Bericht vorgelegt, dem wir folgendes entnehmen:

Das Berliner Ledigenheim Schönstedtstr. 1, am Brunnenplatz, zwischen den Nordringbahnhöfen Wedding und Gesundbrunnen, wurde von dem Verein „zur Beschaffung von Kleinwohnungen und zur Bekämpfung des Schlafstellenmangels“ in den Jahren 1914 bis 1917 errichtet. Die Stadt Berlin stellte dem Verein das Grundstück kostenlos zur Verfügung; die städtische Sparkasse gab eine 1. Hypothek von 1 Million Mark, beides mit der Maßgabe, daß bei der Auflösung des Vereins oder im Falle von Zahlungsschwierigkeiten und des Konkurses das Heim in das Eigentum der Stadt übergehen solle. Am 4. November 1920 wurde das Heim infolge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in denen sich der Verein befand, von der Stadt übernommen. Das Ledigenheim ist zwar eine soziale Einrichtung, aber ein Unternehmen, das wirtschaftlich auf sich selbst gestellt ist. Anträge auf Zuschüsse durch die Stadtgemeinde wurden durch Magistratsverfügung vom 29. September 1921 mit der Begründung abgelehnt, daß das Heim seiner Einrichtung und Zweckbestimmung nach sich selbst erhalten müsse. Demnach seien die Mieten den derzeitigen Verhältnissen anzupassen.

Für ein 8 Quadratmeter großes Zimmer wird zur Zeit an Besatzmiete 23 Mark (von Arbeitslosen bei Erlaß der Hauszinssteuer 20,70 Mark) inkl. Reinigung, Heizung, Beleuchtung, Warmwasser, Gastloggelegenheit, erhoben. Das Ledigenheim untersteht in rechtlicher Beziehung nicht dem Reichsmietengesetz. Auch die Bestimmungen des Mieterschutzgesetzes finden auf die Mieter des Heimes keine Anwendung.

Das Damenbesuchverbot, einer der Hauptbeschwerdepunkte einzelner Mieter, besteht seit der Einrichtung des Heimes und liegt in der ganzen Struktur des Hauses begründet. Mit vorübergehenden Versuchen, den Damenbesuch zu gestatten, wurden die denkbar ungünstigsten Erfahrungen gemacht, die sogar zum Einschreiten des Oberstaatsanwalts führten. Dabei sind in geeigneten Fällen trotz dieses Verbotes Ausnahmen gemacht worden, um Härten für die Angehörigen, besonders wenn es sich um solche außerhalb Berlins handelte, zu vermeiden. Die Mieterschaft hatte mit wenigen Ausnahmen sich mit der erfolgten Regelung abgefunden. Dies wurde anders, als am 26. April 1930, anscheinend durch einige Mieter des Heimes veranlaßt, die Fraktion der SPD. in der Bezirksversammlung den Antrag stellte, Beschwerden und Mißstände abzustellen. Von einem von der Bezirksversammlung gewählten zwölfgliedrigen Ausschusse wurden die Beschwerden der Mieter nachgeprüft und durch Beschluß der Bezirksversammlung vom 18. Juni 1930 erledigt.

Inzwischen hatte ein Teil der Mieter sich in dem „Mieter- und Wohnungsuchenden-Verband Reimann“ organisiert. Mieterzeitungen, die früher hin und wieder erschienen, wurden jetzt eine regelmäßige Einrichtung und sorgten für die nötige Beunruhigung der bis dahin ruhigen Mieter. Die von der Verwaltung vorgenommenen ordnungsmäßigen Kündigungen einiger Mieter, die die Hausordnung verletzten oder ohne stichhaltigen Grund mit der Mietzahlung im Rückstand geblieben waren, nahmen die Unruhe zum Anlaß, die übrigen Mieter aufzuheizen. Die größere Zahl der Mieter hat trotz Terror und Belästigung durch streikende Mieter ihre Miete wie bisher pünktlich und ohne Vorbehalt gezahlt.

Wird die Mollie kleiner?

Starkbierverbrauch geht zugunsten des Maßbiers zurück.

Die Berliner sind nächst den Münchenern allen Deutschen in der Trinksittlichkeit voran. Die größten Brauereien Deutschlands besitzt Berlin, und der jährliche Bierausstoß kommt der weltbekanntesten Massenproduktion der bayerischen Metropole ziemlich nahe. Kein Wunder, daß die jüngste Beprobung der verdoppelten Biersteuer eine abfällige Beurteilung gefunden hat.

Der Rückgang des Bierverbrauchs ist nicht zu leugnen. Schon vor dem Kriege und erst recht in den Zeiten der In- und Deflation hat das Berliner Gastwirts-gewerbe einen starken Konjunkturrückgang zu verzeichnen. Die Zahl der Schankwirtschaften mit Vollbetrieb ging in diesen Jahren (1923/25) um ein Fünftel zurück und von den Schankstätten mit beschränkter Konzession verschwand fast ein volles Fünftel. Der Rückgang dieser Halbkonzessionierten, die sich gegenüber den anderen Schankstätten nicht halten konnten, ist bis zum Jahre 1929 auf 35 Proz. des Jahres 1923 zurückgegangen. Das verfloßene Jahr hat diese Entwicklung verstärkt. Dagegen sind in der gleichen Zeit die Schankstätten, die nur alkoholfreie Getränke verkaufen, um 63,2 Proz. gestiegen. Diese Abkehr vom Gerstenkorn, die auf die wachsende Sportbetätigung zurückzuführen ist, macht sich auch in den Brauereibetrieben bemerkbar, wo der Ausstoß des alkoholarmen Maß- und Jungbieres stärker zugenommen hat, als der des Starkbieres. Immerhin entfällt in Berlin noch auf je 280 Einwohner eine Wirtschaft, in Alt-Berlin sogar auf je 248 und in einzelnen Bezirken auf noch weniger Einwohner, aber schon sind Bezirke, wie Mitte, Tiergarten, Charlottenburg, Reinickendorf, Kreuzberg, Wedding, Neutölln und Treptow prozentual stark mit alkoholfreien Gasthäusern durchsetzt.

Die Einführung der Getränkesteuer hat auch diesen Betrieben einen Konsumrückgang gebracht, und erst die Aufwärtsbewegung des Wirtschaftsbarometers und die damit verbundene Hebung der Konsumkraft der Bevölkerung wird eine stärkere Sicherheit für den tatsächlichen Eingang der berechneten und für den Ausgleich des Berliner Haushaltsplanes sehr wichtigen Steuerbetrages ergeben können.

Berlins Wasserversorgung.

168 Millionen Kubikmeter Wasser verkauft.

Der Geschäftsbericht nebst Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung für das 7. Geschäftsjahr — Kalenderjahr 1930 — der Berliner Städtischen Wasserwerke A.-G. wurde von dem Aufsichtsrat in der Sitzung vom 1. Juni 1931 genehmigt.

Im Geschäftsbericht 1930 ist das Versorgungsbereich der Gesellschaft durch Uebernahme des bisher von der Charlottenburger Wasser- und Industriewerke A.-G. versorgten Ortsteiles Brunnewald am 8. Oktober 1930 mit einer Grundfläche von 259 Hektar, 833 Grundstücksanschlüssen und 7946 Einwohnern erweitert worden. Der Wasserverkauf belief sich auf rund 168 Mill. Kubikmeter Wasser, ist also im Vergleich zum Jahre 1929 um fast 6 Mill. Kubikmeter = 3,4 Proz. gesunken. Der Rückgang ist teils auf das Zurückgehen des Wasserverbrauches in den industriellen

Betrieben infolge der allgemeinen Verschlechterung der Wirtschaftslage, teils auf die Witterungsverhältnisse in der zweiten Hälfte des Jahres 1930, die im Vergleich zu der gleichen Zeit des Jahres 1929 erhebliche Niederschläge brachten, zurückzuführen.

Der tarifmäßige Wasserpreis betrug im Geschäftsjahr 20 Pf. je Kubikmeter; Wassermessergebühren oder Zuschläge irgendwelcher Art, Mindestgebühren oder dergleichen wurden nicht erhoben. In Betrieb befanden sich 13 Werke mit Wassergewinnung, 2 große Zwischenpumpwerke und 3 Heberpumpstationen ohne Wassergewinnung. Durch den Ausbau der Werke ist deren tägliche Gesamtleistungsfähigkeit innerhalb des 1 Mill. Kubikmeter Tageshöchstleistung anstrebenden Bauprogramms auf etwa 950000 Kubikmeter gebracht worden, entsprechend einer jährlichen Förderung von schätzungsweise 220 Mill. Kubikmeter. Die Gesamtlänge des Strahlenrohrnetzes betrug am Schluß des Geschäftsjahres 3710 Kilometer.

Die Gesamtsomme der für die Durchführung der Bauprogramme aufgenommenen Kredite belief sich am Jahreschluß auf insgesamt 18 Mill. Mark. Die Zahl der Angestellten betrug 639, die Zahl der Arbeiter 1263. Die Bilanz schließt mit 50,8 Mill. Mark ab. Das Aktienkapital der Gesellschaft ist unverändert geblieben. Der Wasserverkauf im ersten Vierteljahr des laufenden Geschäftsjahres ist gegenüber derselben Zeit des Vorjahres etwas zurückgegangen; eine Hebung des Wasserverkaufes wird von einer Besserung der Wirtschaftslage und von den Witterungsverhältnissen des Sommers abhängig sein.

Saisonbeginn im Freilichttheater Jungfernheide.

Da hatte sich doch zur Eröffnungsvorstellung am Mittwoch der böse Wettergott mit dem bösen Zwerg Kumpelstizchen verbündet; so schwebt nicht nur das wackere Müllerstöckerlein Käthe, das sich dem arglistigen Kumpelstizchen verschrieb, sondern auch seine gesamte Gefolgschaft auf und vor der Gartenbühne in allerlei Räten, denn es regnet und regnet ohne Unterlaß, bis sich schließlich Kumpelstizchen wie Petrus für besetzt erklärte. Mit viel Geschick erledigten sich die Darsteller ihrer Aufgabe; Irina Bodo war ein beherztes Müllererkind, das sich mit Anmut und spinnerischem Geschick ein königlich Herz eroberte; Paul Helm, ihr Vater, ein humorvoller Blaublut-Spätling, Harry Berber, der Held der Geschichte, wirbelte mit faunischen Sprüngen und furchterregendem Strubbelbart durchs Geschehen, und der fugehrunde Peter (Wag Wenden) führte mit Alotria und spaßiger Gebärde die Sache zum guten Ende. Das Volksbildungsamit Charlottenburg zeichnet als Veranstalter des fröhlichen Märchenfestes, das den kleinen Besuchern alltäglich um 10 Uhr vormittags, Mittwochs und Sonnabends auch nachmittags um 5½ Uhr, zu einem Eintrittspreis von 25 Pf. vorgeführt wird. Im Rahmen der sommerlichen Schulausflüge nach der schönen Jungfernheide wird ein Besuch bei „Kumpelstizchen“ der kleinen Gesellschaft sicherlich viel Spaß bereiten.

Von Monte Carlo durch Monaco hoch hinauf führt der Weg zum Jardin d'Exotique. Dieser Garten ist wohl das eine der Aftersparadiese der Welt. Einen ähnlichen Genuss Naturschönheiten aus Bolivien, Afrika, Mexiko, Peru und den Schladern des Himalaja zu bewundern, bietet zur Zeit nur Berlin. Anhalt am Hermannplatz im 2. Stadtkreis.

BESUCHT
DAS NEUE LEBENS MITTELKAUFHAUS
AM ALEXANDERPLATZ, ALTE SCHÜTZENSTR. 3-4 ECKE KEIBELSTR.
ERFRISCHUNGSRAUM • BEACHTEN SIE DIE BILLIGEN PREISE! • UNTERHALTUNGSMUSIK